



1

2 **Köln 2030 - unsere Vision für unsere Stadt**

3 **Wahlprogramm der Freien Demokraten Köln zur Kommunalwahl 2025**

4 **Inhalt:**

5 1. Die digitale, bürgernahe Stadt

6 2. Die Stadt der besten Bildungschancen

7 3. Die innovative, wachsende Stadt

8 4. Die Stadt der selbstbestimmten, freien Entfaltung

9 5. Die weltoffene Heimatstadt

10 6. Die Stadt, die rechnen kann

11 7. Die nachhaltige, lebenswerte Stadt

12

13 **Präambel**

14

15 Köln ist unsere Heimatstadt. Köln hat Potenzial. Weil wir Köln lieben, wollen wir Chancen für unsere
16 Stadt und die Menschen schaffen. Wir wollen Schluss machen mit Stillstand und "Et es wie et es"-
17 Mentalität. Fehlende KiTa- und Schulplätze, marode Straßen, kein Fortschritt beim ÖPNV-Ausbau,
18 fehlende Wohnungen, lange Bauzeiten - all das wollen wir nicht mehr hinnehmen.

19

20 Unsere Vision für Köln ist eine Stadt, die digital, wachsend, frei, weltoffen und nachhaltig ist. Daher
21 machen wir in diesem Programm in sieben Kapiteln umfassende Vorschläge, wie wir Köln
22 voranbringen wollen. Unsere Lösungen sind pragmatisch, unideologisch und ambitioniert.

23 Diese Stadt kann so viel mehr und die Kölnerinnen und Kölner wünschen sich genau das. Wir
24 brauchen günstigen Wohnraum, sichere und zukunftsfähige Arbeitsplätze, gute

25 Rahmenbedingungen für Handel und Gewerbe, eine digitale und bürgernahe Verwaltung sowie
26 zuverlässige Mobilitätsangebote.

27

28 Wir Liberale verwandeln Missstände in Motivation, die Dinge zu ändern. Zu lange wurde diese Stadt
29 nur verwaltet. Wir wollen sie gestalten und laden Sie ein, mit uns zusammen an diesen Zielen zu
30 arbeiten.

31



33

34 1. Die digitale, bürgernahe Stadt

35 **Die Digitalisierung ist heute ein wesentlicher Baustein, der die Beziehung der Stadt und ihrer**
 36 **Bürgerinnen und Bürger trägt. Hierbei ist es wesentlich, dass die Stadt Köln als größte Stadt in**
 37 **NRW eine Vorreiterrolle einnimmt. Als Chancen-Multiplikator wollen wir die Digitalisierung in**
 38 **allen Lebenslagen nutzen, um den Alltag der Bürgerinnen und Bürger zu vereinfachen. Denn:**
 39 **das Leben ist bereits komplex genug, da sollte die Stadtverwaltung es nicht noch komplizierter**
 40 **machen. Eine digitale Stadt vereinfacht den Zugang zu Behörden, indem sie auf E-Services setzt,**
 41 **so dass Bürgerinnen und Bürger ihre Angelegenheiten bequem von zu Hause aus erledigen**
 42 **können. Gleichzeitig profitieren auch die städtischen Abläufe von der Digitalisierung, da**
 43 **Prozesse effizienter gestaltet werden. Außerdem müssen Stellen in Ämtern und städtischen**
 44 **Gesellschaften transparent an die qualifiziertesten Personen vergeben werden, um das**
 45 **Vertrauen der Menschen in den Stadtrat und die Verwaltung wiederherzustellen.**

46 1.1 Digitales Stadtleben

47 Wir lieben Köln und möchten die Stadt noch besser machen. Unser Ziel ist es, Köln auch in Zukunft
 48 als attraktive Großstadt zu positionieren, an der sich andere Städte orientieren. Besonders im
 49 Bereich der Digitalisierung sehen wir großes Potenzial, das wir noch stärker nutzen und ausbauen

50 wollen. Als Millionenstadt ist Köln nicht nur das wirtschaftliche Zentrum der Region, sondern verfügt
51 auch über eine umfangreiche Verwaltung, die mit der von Bundesländern vergleichbar ist. Um die
52 Vielzahl an täglichen Verwaltungsaufgaben effizienter, schneller und smarter zu bewältigen, muss
53 Köln im Bereich der Digitalisierung weiter voranschreiten. Obwohl bisherige Projekte sinnvoll
54 erscheinen, ist die Digitalisierung der Stadt noch lange nicht abgeschlossen. In Zukunft werden
55 digitale Prozesse eine noch größere Rolle spielen, weshalb wir bereits jetzt darauf vorbereitet sein
56 müssen. Unser Ziel ist es, die Digitalisierung aktiv zu gestalten und Köln zu einer Vorreiter-Stadt zu
57 machen, an der sich andere Städte orientieren. Dadurch steigern wir die Lebensqualität der
58 Bürgerinnen und Bürger und verschaffen den Unternehmen einen Wettbewerbsvorteil. Unser Ziel
59 ist es, dass Köln bis 2035 die führende deutsche Stadt in der Digitalisierung wird. Um dies zu
60 erreichen, wollen wir neue Digitalisierungsprozesse anstoßen und bestehende Projekte
61 konsequenter vorantreiben. Alle Zuständigkeiten in diesem Bereich sollen zentral gebündelt werden.
62 Für uns ist die Digitalisierung sowie der schnelle und konsequente Ausbau digitaler Möglichkeiten
63 ein zentraler Aspekt, um Köln fit für die Zukunft zu machen.

64 **1.1.1 Home Office und digitale Verwaltung**

65 Wir wollen bis 2030 die Papierakte zu einem Relikt der Vergangenheit machen und somit nicht nur
66 die Datenhaltung vereinfachen, sondern jedem Mitarbeiter der Verwaltung - mit einem geeigneten
67 Tätigkeitsbereich - die Möglichkeit geben, von zuhause zu arbeiten. Zusätzlich wollen wir die
68 digitalste Stadt Deutschlands werden und beispielsweise Anträge nicht nur so schnell wie möglich
69 online verfügbar machen, sondern eine Zentrale App schaffen, mit der die Bürgerinnen und Bürger
70 all ihre wichtigen Verwaltungsvorgänge in einem One-Stop-Shop erledigen können: von der
71 Beantragung eines Personalausweises über die Anmeldung einer Demonstration bis hin zur
72 Anmeldung eines Fahrzeuges.

73 **1.1.2 IT-Sicherheit**

74 Damit die Anforderungen und vor allem die Aspekte der IT-Sicherheit gewährleistet werden, wollen
75 wir in Zusammenarbeit mit anderen Städten einen gemeinsamen IT-Dienstleister mit
76 Nachbarstädten aufbauen. Hier bildet die Dataport in Norddeutschland ein Beispiel, wie
77 Synergieeffekte die kommunale Kasse schonen und den IT-Betrieb stärken können. Gleichzeitig
78 wollen wir, wo es praktikabel ist, unter der Prämisse "Public Money, Public Code" möglichst viele
79 Open-Source-Projekte nutzen, um die eigene Souveränität zu steigern und die Kosten für Software
80 zu senken.

81 **1.1.3 Datenschutz**

82 In einer urbanen und weltoffenen Stadt wie Köln fallen viele verschiedene Daten an. Deren
83 Gewinnung und Nutzung kann für die Stadtentwicklung entscheidend sein, sie sind der Rohstoff der
84 Zukunft. Wir setzen uns allerdings für den Schutz aller persönlichen Daten ein. Daten dürfen für

85 diese Zwecke nur in gesichert anonymisierter Form zur Verfügung gestellt werden. Das Ziel soll
86 sein, Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger zu verbessern.

87 **1.1.4 Verkehrsleitsysteme**

88 Im Bereich der digitalen Infrastruktur wollen wir kosteneffizient vorgehen. So wollen wir die
89 Verkehrsleitsysteme in das 21. Jahrhundert bringen und durch intelligente Ampelsteuerung nicht
90 nur die Standzeiten für Autos verringern, sondern auch Fußgängern und Radfahrern eine
91 bequemere Verkehrsbeteiligung ermöglichen. Unsere Vision für Köln ist eine echte Smart City. Die
92 KVB sowie weitere ÖPNV benötigt eine vollumfassende Digitalisierung mit intelligenter Vernetzung.
93 Wir möchten den gesamten Verkehr mithilfe von intelligenten Sensoren verbessern, um die
94 Luftverschmutzung zu minimieren und den Bürgern sowie Unternehmen ihre wertvolle Zeit
95 zurückzugeben. Unser Ziel ist, dass Navigationssysteme über alle Angebote für Mobilität in Echtzeit
96 unter Berücksichtigung von Luftbelastung und Lärm den Menschen helfen, möglichst wenig Zeit
97 unterwegs zu verbringen. Die Stadt hat diesen Weg mit Hilfe des Bundesverkehrsministeriums
98 (Projekt MoCKiii) begonnen und wir wollen diese Digitalisierung zum Umweltschutz vorantreiben.
99 Der Ausbau Kölns zu einer Smart City hat für die FDP-Priorität – und zwar ohne Überwachung der
100 Bürgerinnen und Bürger.

101 In Nippes zeigt sich das ParkPilot-Projekt als erfolgreich. Eine Ausweitung auf den gesamten
102 Stadtkern begrüßen wir. Doch nicht nur das Parken ist für die Kölner im öffentlichen Raum wichtig,
103 sondern auch das Sicherheitsgefühl. Hier wollen wir mit smarten Laternen zum einen die
104 Energiekosten senken und zum anderen bei nächtlichen Spaziergängen die Laternen heller leuchten
105 lassen. Dabei sollen vor allem einfache Sensoren zum Einsatz kommen. Eine Lösung über Kameras
106 lehnen wir aufgrund des Einschnittes in die Privatsphäre als auch die hohen Kosten strikt ab.

107 **1.1.5 Digitale öffentliche Mobilität**

108 Noch immer sind viele KVB-Tunnel Funklöcher. Gerade Pendler sind aber häufig auf stabile
109 Verbindungen angewiesen. Auch so lässt sich die Attraktivität der öffentlichen Verkehrsmittel
110 steigern. Im Zuge künftiger Sanierungen soll die KVB das Internet und Telefonqualität in den
111 Bahntunneln der Stadt verbessern und mit Verstärkern ausbauen.

112 **1.1.6 Künstliche Intelligenz (KI) in der Smart City Köln**

113 Programme mit „künstlicher Intelligenz“ (KI) sind für Aufgaben in der Verwaltung das, was Roboter
114 am Fließband sind: sie können Menschen entlasten, die Effizienz und Produktivität steigern und so
115 zu sozialem, ökologischem und ökonomischem Fortschritt beitragen, wenn auf die notwendige
116 Sicherheit geachtet wird. In Köln verfügen wir bereits jetzt über eine beeindruckende KI-Kompetenz
117 in unseren Unternehmen und Forschungseinrichtungen. Es ist entscheidend, dass die Expertinnen
118 und Experten sich vernetzen, um diese Stärke weiter auszubauen. Die Stadt Köln muss weiterhin

119 die bestehenden Initiativen der Köln Business zum Ausbau Kölns als KI-Hub unterstützen. Denn die
120 Vernetzung am Standort Köln ist nicht nur ein wichtiger Schritt zur Stärkung unserer lokalen
121 Wirtschaft, sondern spielt auch eine zentrale Rolle in der gesellschaftlichen Transformation.
122 Künstliche Intelligenz bietet uns die Chance, sowohl wirtschaftliche als auch sozial nachhaltige
123 Innovationen zu gestalten.

124 Die Schaffung einer Smart City ist ein weiterer Baustein, um ein innovatives und zukunftsorientiertes
125 Wirtschaftsumfeld zu schaffen. Durch die Implementierung intelligenter Infrastrukturen, wie zum
126 Beispiel vernetzter Verkehrssysteme und digitaler Dienstleistungen, streben wir eine effiziente
127 Nutzung von Ressourcen an und schaffen gleichzeitig attraktive Arbeitsplätze im Bereich der
128 Informationstechnologie und des Ingenieurwesens. Unsere Vision einer Smart City ist geprägt von
129 einer florierenden Wirtschaft, die auf Innovation und Nachhaltigkeit basiert und gleichzeitig die
130 Lebensqualität unserer Bürgerinnen und Bürger verbessert.

131 Wir wollen ein optimal geeignetes Netzwerk bereitstellen. Mit dieser Implementierung kann die Stadt
132 proaktiver vorgehen, indem beispielsweise Füllstände in Altkleidercontainern erkannt und diese
133 schneller geleert werden können. Oder das Grünflächenamt kann mit diesem Netzwerk
134 Gießanzeiger in den städtischen Parks betreiben. Bürger können dann mit den zugänglichen Daten
135 sehen, ob die Stadt schon reagiert hat.

136 **1.1.7 Glasfaserausbau**

137 Schnelles Internet stellt in Zeiten immer weiter steigender Datenvolumen und digitaler
138 Anwendungen eine unverzichtbare Grundstruktur dar. Dies gilt besonders für die Arbeitssituationen
139 im Homeoffice, aber auch für die gestiegenen Anforderungen im gewerblichen Bereich. Das Fehlen
140 guter Internetverbindungen stellt heute einen wirtschaftlichen Standortnachteil dar. Neben den
141 modernen Arbeitsformen und Anforderungen sind gute Datenverbindungen aber auch in Alltag und
142 Freizeit unverzichtbar. Während im Stadtkern und den angrenzenden Stadtteilen und Bezirken
143 Glasfaser und 5G keine Seltenheit mehr darstellen, wollen wir bis 2030 insbesondere die vollflächige
144 gesamtstädtische Anbindung verbessern. Dabei wollen wir uns auf die unterversorgten Bereiche
145 der Stadt konzentrieren.

146 **1.1.8 Bürgerbeteiligung**

147 Eine weltoffene Stadt lebt von ihren Bürgerinnen und Bürgern und entwickelt sich durch deren
148 unterschiedliche Lebensrealitäten und Perspektiven. Mit Jungspunden, Technikfans und späten
149 Ersteinsteigern leben in Köln Menschen mit den unterschiedlichsten Berührungspunkten zur
150 Digitalisierung. Hier ist es unsere Verantwortung, alle von dort mitzunehmen, wo sie stehen. Daher
151 wollen wir in den Bürgerämtern Geräte und Personal zur Verfügung stellen, damit jeder Bürger
152 Zugang zu den Onlinediensten hat. Ein indirekter Ausschluss von Menschen, die keine modernen
153 Endgeräte haben, darf unter keinen Umständen passieren.

154 **1.1.9 Digitale Bürgerbeteiligung**

155 Wir wollen die Leitlinien zur Öffentlichkeitsbeteiligung auf alle Ausschüsse ausweiten und die
156 Verwaltung soll bei jeder Vorlage einen Vermerk setzen, ob eine Jugendbeteiligung sinnvoll ist.

157 Eine stärkere digitale Öffentlichkeitsbeteiligung fordern wir insbesondere auch für kontroverse
158 Themen. So sind einige der überstürzten Verkehrsversuche bei vielen Bürgern auf starke Ablehnung
159 gestoßen und haben die wirtschaftliche Existenz von lokalem Gewerbe gefährdet. Wir wollen
160 betroffene Vereine und Gemeinschaften vor Ort besser einbeziehen und die
161 Öffentlichkeitsbeteiligung stärker bewerben, da viele Bürger das Beteiligungsportal der Stadt nicht
162 kennen und noch weniger Bürger aktiv mitbekommen, wozu sie aktuell ihre Meinung kundtun
163 können. Hierzu soll das Portal „Meinung für Köln“ ausgebaut werden.

164 Auch bei Themen, die stadtweit für Aufsehen sorgen, aber für die keine direkte Bürgerbeteiligung
165 vorgesehen ist, soll die Stadt mehr kommunizieren. Seien es die Uniwiese oder die Ost-West-Achse
166 der KVB - das Social-Media-Team der Stadt kann hier einfach über bevorstehende Anhörungen,
167 öffentliche Sitzungen und Ähnliches informieren.

168 **1.1.10 Informationsfreiheit**

169 Zum anderen wollen wir eine kommunale Informationsfreiheitsatzung erlassen. Dabei soll die
170 Anzahl der verfügbaren öffentlichen Quellen erhöht werden. Von Akten und Vorgängen bis hin zum
171 digitalen Bauarchiv. Dies dient der Stärkung des Vertrauens in die Verwaltung.

172 **1.1.11 Korruptionsbekämpfung**

173 Wir pochen auf strikte Compliance- Regelungen, die Korruption innerhalb der Stadtverwaltung
174 verhindern sollen. Wir betonen dabei die Bedeutung des Public Corporate Governance Codex
175 (PCGC) und fordern seine Einhaltung. Wo dieser noch nicht greift oder nicht ausreicht, muss er
176 sinnvoll überarbeitet werden. Wir fordern, dass bei Neubesetzungen von Vorstands- und
177 Geschäftsführungspositionen in städtischen Unternehmen zwingend eine Ausschreibung unter
178 Beteiligung eines unabhängigen Personalberaters oder -Beraterin erfolgen muss . Die Schaffung
179 von Führungspositionen, die Ausschreibung dieser Positionen sowie die Auswahl des
180 Personalberaters haben zwingend durch Beschluss des Aufsichtsrates zu erfolgen und können nicht
181 delegiert werden. Bei Neubesetzungen von Positionen in Geschäftsleitungsorganen der Stadt soll
182 die Muss-Bestimmung, dass die interne Ausschreibung der externen Ausschreibung vorgeht, in
183 eine Kann-Bestimmung umgewandelt werden, um frischen Wind in die Verwaltung zu bringen.

184 **1.1.12 Kommunikation mit der Verwaltung**

185 Doch nicht nur die interne Verwaltung muss transparenter werden. So wollen wir das “Sag’s uns”-
186 Portal ausbauen und zum Beispiel über QR-Codes, die es Eltern an Spielplätzen ermöglichen, schnell

187 und bequem wilden Müll zu melden. Dabei hat die Stadt eigene Zielvorgaben zu setzen, in welcher
188 Zeit die entsprechenden Missstände behoben und dem Melder als erledigt mitzuteilen sind. Das
189 Ampelsystem von “Hey Nippes” bietet hier eine gute Grundlage, um eine einheitliche
190 Kommunikation aufzubauen. Wir wollen die digitalen Auftritte der Kölner Verwaltung und des Kölner
191 Rats ergonomischer und übersichtlicher gestalten. Nutzerinnen und Nutzer sollen intuitiv verstehen
192 können, wie die Navigation auf den städtischen Seiten aufgebaut ist und sich leicht zurecht finden
193 können. Die Seite des zum Beispiel Bundestags kann als Vorlage dienen.

194 **1.1.13 Smarte Laternen für ein größeres Sicherheitsgefühl**

195 Durch smarte Laternen an geeigneten Stellen, die (mit einem Sensor ausgestattet) erst dann
196 leuchten, wenn sich Personen in ihrer Nähe aufhalten, kann in Zukunft Lichtverschmutzung
197 reduziert werden. Durch ein vernetztes System und unter Nutzung moderner Datenverarbeitung
198 sind auch Algorithmus basierte Laternen denkbar, die dieses Verfahren noch weiter optimieren und
199 bereits leuchten, bevor sich Personen nähern.

200

201 **1.1.14 Autonomes Fahren als Zukunftstechnologie**

202

203 Als mögliche Technologie der Zukunft betrachten wir das autonome Fahren und wollen mit einer
204 Teststrecke und intensiver Zusammenarbeit mit Hochschulen auch hier führend in der Forschung
205 und Anwendung werden. Auch ein ÖPNV, der durch autonome Busse auf festen Strecken
206 unterstützt wird, kann bei entsprechenden rechtlichen Rahmenbedingungen eine wertvolle
207 Ergänzung sein. Besonders nachts wäre so eine höhere Taktung möglich und viele Weidel ließen
208 sich so besser an das Verkehrsnetz in der Nacht anbinden. Denkbar wären auch autonome Taxen.
209 Durch eine Offenheit gegenüber dieser Technologie und der Förderung durch die Stadt können
210 mittelfristig neue Unternehmen und Arbeitsplätze in Köln entstehen. In diesem Zuge sollte eine
211 Kooperation mit Hochschulen in diesem Bereich eingegangen werden, damit Köln der
212 Technologiestandort in unserer Region werden kann. Autonomes Fahren wird die Mobilität
213 besonders in unseren Städten grundlegend verändern. Die Stadt sollte die Vertreterinnen und
214 Vertreter der Verkehrsanbieter und -initiativen zu einem Bündnis zusammenschmieden, um in
215 dieser Frage eine Vorreiterrolle einnehmen zu können.

216 **1.2 Gaming und E-Sports**

217 Als weltoffene Studentenstadt ist Köln nicht nur national beliebt, sondern auch international. Dank
218 mehrerer Universitäten und dem Cologne Game Lab der TH Köln ist Köln das deutsche Zentrum für
219 die Ausbildung junger Menschen im Bereich der Spieleproduktion. Zusammen mit unzähligen
220 Veranstaltungen rund um die Branche gilt Köln als wichtiger Standort für die Games-Industrie.
221 Leider bleibt davon nicht viel in Köln. Dank Bürokratie, mangelnder Unterstützung und schlechten
222 kommunalen Perspektiven kehren viele internationale Studierende in ihre Heimat zurück und viele
223 der deutschen Studenten wandern ins Ausland ab. Durch eine stärkere Vernetzung der Akteure

224 sowie einer helfenden Hand wollen wir den jungen Menschen langfristig eine Perspektive schaffen
225 und Köln nicht nur zu einer Heimat für neue Start-Ups, sondern insbesondere zu einer langfristigen
226 Heimat für die Branchen-Mitarbeiter machen.

227 Köln, als Gastgeber der Gamescom, einer der größten Messen für Videospiele weltweit, hat bereits
228 eine bedeutende Stellung in der globalen Gaming-Industrie. Um diese Position weiter zu stärken
229 und den E-Sport in der Stadt zu fördern, setzen wir uns für gezielte Maßnahmen ein.

230

231 Initiativen zur Stärkung von E-Sports:

232

233 1. E-Sport soll steuerrechtlich dem Sport und seinen Vereinen gleichgestellt werden.
234 Sportvereine, die auch E-Sports anbieten, dürfen vom Finanzamt nicht in ihrer
235 Gemeinnützigkeit bedroht werden.

236 2. Ausbau der Infrastruktur für E-Sports: Wir wollen damit insbesondere den Breiten E-Sport
237 und den Aufbau von E-Sport Vereinen fördern. In Zusammenarbeit mit dem Landesverband
238 für E-Sport NRW wollen wir möglichst in Köln ein Landes-E-Sport-Zentrum (LEZ) wie mit
239 Kiel in Schleswig-Holstein etablieren.

240 3. Veranstaltung und Unterstützung von E-Sport-Wettbewerben: Als Heimatort der ESL, Heimat
241 der Gamescom und Gamescom-LAN sowie weiterer kleiner und großer Sport Events sind
242 wir Vorreiter in Deutschland. Durch eine weitere Unterstützung dieser Events wollen wir
243 unsere Position als führende E-Sport-Stadt ausbauen.

244 4. Förderprogramme für Talente: Ähnlich wie in traditionellen Sportarten sollen auch im E-
245 Sport Förderprogramme für junge Talente etabliert werden. Diese Programme werden
246 Training, Coaching und Unterstützung umfassen, um die Fähigkeiten der Spieler zu
247 entwickeln und sie auf Wettbewerbe vorzubereiten. Aber auch die Trainerausbildung ist zu
248 forcieren, indem weitere Schulungen für Trainerlizenzen für Kölner E-Sportvereine
249 unterstützt werden.

250 5. Partnerschaften mit und Universitäten: Wir wollen E-Sport als Teil der digitalen Bildung in
251 das Curriculum von und Hochschulen integrieren. Dadurch können junge Menschen nicht
252 nur ihre spieltechnischen Fähigkeiten verbessern, sondern auch wichtige Kompetenzen wie
253 strategisches Denken und Teamarbeit entwickeln. Hier ist auch die Zusammenarbeit mit
254 Vereinen wie E-Sports Cologne (ECO) und CGN E-Sports auszubauen, die gute Angebote
255 haben und die richtigen Ansprechpartner dafür sind.

256 6. Wissenschaftliche und wirtschaftliche Zusammenarbeit: Die Förderung von Forschung und
257 Entwicklung im Bereich E-Sports und Gaming wird angestrebt. Mit der Deutschen
258 Sporthochschule hat Köln dazu einen versierten Ansprechpartner, die in dem Bereich schon
259 aktiv sind und forschen.

260

261



Die Stadt der besten Bildungschancen

262
263
264
265

2. Die Stadt der besten Bildungschancen

266 **Hervorragende Bildung befähigt Menschen zur Unabhängigkeit, und eine ausgezeichnete**
267 **Ausbildung verleiht ihnen Eigenständigkeit. Sie ist der Schlüssel für individuelle Chancen und**
268 **unsere gemeinsame Zukunft in Freiheit und Wohlstand. Dazu benötigen wir Kindergärten,**
269 **Schulen und Berufsschulen in einwandfreiem Zustand – zahlreich, für alle zugänglich und**
270 **modern ausgestattet.**

271 **Wir bekennen uns zum Hochschulstandort Köln: Unsere erstklassigen Kölner Hochschulen**
272 **möchten wir mit ebenso erstklassiger Infrastruktur im städtischen Umfeld stärken und**
273 **attraktiver für Lehrende und Studierende gestalten. In einer sich wandelnden Welt denken wir**
274 **weiter: Lebenslanges Lernen wird immer bedeutender. Daher soll es in unserer Stadt**
275 **zahlreiche Lernorte und interessante Angebote für alle Lebensphasen geben.**

276 **Lasst uns gemeinsam daran arbeiten, Köln zur Stadt der besten Bildungschancen zu machen!**

277 **2.1 Schulwesen**

278 Wir Freie Demokraten sind überzeugt, dass Bildung der Schlüssel zu sozialem Aufstieg ist.
279 Deshalb setzen wir uns dafür ein, Köln zur Stadt der besten Bildungschancen zu machen. Nur
280 dann, wenn wir ausreichend Chancen bieten, können wir das Versprechen einlösen, dass jeder
281 Mensch aus eigener Kraft vorankommen kann. In einer Metropole wie Köln gibt es bereits
282 zahlreiche Möglichkeiten, aber wir müssen diese weiter ausbauen und innovative Ansätze nutzen,
283 um das Bildungsangebot in unserer Stadt noch weiter zu verbessern. Köln muss im Bereich
284 Bildung überall aufholen. Leider mangelt es noch immer an Schulplätzen an allen Schulformen
285 sowie an einer frühzeitigen, transparenten und fairen Schulplatzvergabe; weiterhin herrscht
286 Sanierungsstau bei Gebäuden und technischer Ausstattung. Diese Missstände müssen wir
287 dringend angehen - denn Bildung ist Freiheit. Die Schule ist der zentrale Ort, der unseren
288 Bildungsweg maßgeblich beeinflusst. Hier werden die Grundlagen für das weitere Leben gelegt.
289 Chancengleichheit und das Versprechen des sozialen Aufstiegs beginnen genau hier. Deshalb
290 legen wir besonderen Wert auf das Angebot unterschiedlichster Schulformen in Köln. Bildung
291 kann nur dann erfolgreich sein, wenn unsere Schulen gut ausgestattet sind und sich sowohl
292 Schülerinnen und Schüler als auch das Lehrpersonal dort wohlfühlen. Außerdem sind nicht alle
293 Schulkarrieren gleich. Kinder und Jugendliche müssen deshalb auch verschiedenste Wege gehen
294 können und benötigen eine große Auswahl.

295 **2.1.1 Schnellstmöglich neue und moderne Schulgebäude errichten, Sanierungsstau begegnen**

296 Köln - unsere Millionenstadt - wird weiterhin wachsen, was sich in steigenden Zahlen
297 schulpflichtiger Kinder zeigt. Daher muss die Stadt dringend zusätzliche Schulbauprojekte
298 realisieren. Für uns hat der Bau neuer Schulen im gesamten Stadtgebiet höchste Priorität.
299 Verfahren müssen beschleunigt werden und Schulbauprojekte müssen Vorrang vor anderen
300 Vorhaben haben. Auch bei frei werdenden Flächen sollte zuerst geprüft werden, ob diese für den
301 Bau von Schulen geeignet sind. Dabei dürfen jedoch qualitative Standards nicht vernachlässigt
302 werden. Die Stadt verfügt nicht über ausreichend Personal, um die zahlreichen neuen Schul-
303 Sanierungsprojekte selbst zu betreuen. Daher sollte sie vermehrt die Unterstützung privater
304 Unternehmen in Anspruch nehmen. Diese können schneller arbeiten, da sie nicht den
305 Vorschriften des öffentlichen Vergaberechts unterliegen. Wir setzen uns dafür ein, Aufträge
306 häufiger an Generalunternehmer zu vergeben, die die Gebäude im Auftrag der Stadt fertigstellen.
307 Zudem sollte die Stadt verstärkt auf Öffentlich-Private-Partnerschaften (ÖPP) setzen, bei denen
308 Unternehmen die Schulen auf eigene Kosten bauen und diese für 25 Jahre an die Stadt
309 vermieten. Beide Modelle haben sich bewährt, werden jedoch in Köln noch zu selten genutzt.
310 Viele der bestehenden Schulen in Köln müssen ausgebaut werden, um ihr volles Potenzial zu
311 entfalten. Es ist wichtig, dass die Schulen über ausreichend Klassenräume, stets verfügbare
312 Fachräume und qualitativ hochwertige Arbeitsplätze für Lehrkräfte verfügen. Zu viele Kölner
313 Schülerinnen und Schüler müssen in Containern lernen. Diese sollen möglichst schnell durch
314 Klassenzimmer ersetzt werden, um Kindern und Jugendlichen eine angemessene Lernumgebung

315 zu ermöglichen. Lernen in Containern ist nicht nur unattraktiv, sondern schützt Kinder und
316 Jugendliche nicht ausreichend vor Witterungseinflüssen wie Hitze und Kälte. Die verwendeten
317 Container sollen möglichst nachhaltig weiterverwendet werden. Der bestehende
318 Sanierungsrückstand an unseren Schulen muss dringend beseitigt werden. Zudem muss die
319 Gebäudewirtschaft strukturell gestärkt werden, um dieser Mammutaufgabe Herr werden zu
320 können.

321 **2.1.2 Langfristige Schulplanung**

322 In ihrer langfristigen Planung muss sich die Stadt an seriösen Prognosen orientieren und
323 weitblickend planen. Bei Bedarf sind zusätzliche Stellen in der Verwaltung dafür zu schaffen.
324 Vorhandene Daten müssen regelmäßig ausgewertet werden, um zuverlässige Prognosen zu
325 bekommen, wie viele Schülerinnen und Schüler in den nächsten zehn Jahren an den Schulen
326 erwartet werden, um entsprechende Planungen und Vorbereitungen möglichst früh zu beginnen.
327 Hierzu soll der Kontakt zu möglichen neuen Trägern gesucht werden. Die Verwaltung soll freie
328 Träger bei der Gründung unterstützen. In Köln fehlen zahlreiche Schulplätze. Das hat zahlreiche
329 negative Konsequenzen für junge Menschen und deren Familien. Die Stadt Köln ist verantwortlich,
330 dieses Problem schnellstmöglich und langfristig zu beseitigen. Dies gilt auch für zukünftige
331 Szenarien, in denen weniger Schulplätze benötigt werden.

332 **2.1.3 Schulgebäude als Lern- und Lebensraum**

333 Schulen sollten weit mehr bieten als nur Klassenräume und Fachräume. Es ist entscheidend, dass
334 das Raumkonzept angepasst wird, um den Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler gerecht zu
335 werden, die heutzutage nicht nur lernen, sondern auch viel Zeit in den Schulen verbringen. Neben
336 den Lernräumen sind auch Freiräume und Hobbyräume notwendig. Rückzugsorte und
337 Begegnungsräume für den Austausch sowie Orte zur Selbstentfaltung wie etwa Schülercafés sollten
338 trotz bestehender Raumnot wieder geschaffen werden. Dies gilt insbesondere für den
339 Außenbereich: Schulhöfe sollten sowohl zum Verweilen einladen als auch Möglichkeiten für
340 Freizeitsport bieten.

341 Wir, die Freien Demokraten, setzen uns dafür ein, dass Pädagogik und Schulbau gemeinsam
342 gedacht werden. Daher sollte die Verwaltung die Schulgemeinschaft frühzeitig in die
343 Planungsprozesse einbeziehen und moderne Gestaltungskonzepte berücksichtigen. Bei der Planung
344 von Schulen muss die Pädagogik mitgedacht werden, da sie maßgeblich das Lernen und die
345 Entwicklung der Schüler beeinflusst. Schulgebäude sollten daher komfortabel und ansprechend
346 gestaltet sein, um Ablenkungen zu minimieren.

347 Zusätzlich sollten sie funktionale Räume bieten, die verschiedene Unterrichtsstile unterstützen,
348 Sicherheitsaspekte berücksichtigen, um Unfälle zu vermeiden, sowie gute Beleuchtung und
349 Belüftung bieten, um das Lernen zu fördern. Schließlich sollten sie Raum für soziale Interaktionen
350 und gemeinschaftliches Miteinander schaffen, da Schulen nicht nur Orte des Lernens, sondern auch
351 der sozialen Entwicklung sind.

352 **2.1.4 Kriteriengeleitete Gebäudeevaluation**

353 Schulgebäude müssen heute mehr können als nur Schulen zu sein. Sie müssen sowohl für die
354 Nutzung passend als auch flexibel sein. In der Planung der Schulen von heute sind andere
355 Nutzungen bereits mitzudenken. Die Demographie zeigt uns deutlich, dass der Bedarf an
356 Schulplätzen, auch wenn er heute noch sehr hoch ist, wieder abnehmen wird. Dort, wo wir nicht
357 durch zurücknehmbare Verdichtung mehr Plätze schaffen können, müssen wir Gebäude
358 konzipieren, die nach dem Ende der geplanten Nutzung auch anderen Nutzungen zugeführt werden
359 können - beispielsweise wird der Bedarf an Pflegeheimen und Senioren-Residenzen zukünftig
360 steigen. Eine bei der Planung der Schule mitgedachte zukünftige Umnutzung spart Kosten und Zeit
361 und ist in Zeiten der Nachhaltigkeit nicht wegzudenken.

362 **2.1.5 Beste Hygienebedingungen in Schulen**

363 Als öffentliche Räume, in denen viele Menschen aufeinandertreffen, ist es besonders wichtig, dass
364 Schulen höchste Hygienestandards erfüllen. Da Kinder und Jugendliche hier viel Zeit verbringen,
365 sollten vorbildliche Hygienemaßnahmen selbstverständlich sein. Dazu gehören natürlich auch
366 saubere Toiletten. Regelmäßiges Händewaschen mit Seife und das Abtrocknen mit
367 Papierhandtüchern müssen immer und überall möglich sein. Jeder Klassenraum sollte zukünftig
368 wieder mit einem eigenen Waschbecken und der entsprechenden Ausstattung ausgestattet werden.
369 Sanitäreanlagen möchten wir flächendeckend mit Damenhygieneartikeln ausstatten.

370

371 **2.1.6 Wahlfreiheit durch Stärkung aller Schulformen schaffen**

372 Die Freien Demokraten stehen uneingeschränkt hinter dem dreigliedrigen Schulsystem und
373 betrachten den Abschluss der Fachoberschulreife als wertvoll und unterstützenswert. Realschulen
374 sind in den letzten Jahren oft vernachlässigt worden, weil die Stadt Köln sich auf den Ausbau von
375 Gesamtschulen und Gymnasien fokussiert hat. Eine gezielte Förderung der Realschulen wird
376 insbesondere dem Kölner Handwerk zugutekommen. Daher fordern wir - neben der Errichtung
377 neuer Grundschulen, Gesamtschulen und Gymnasien - auch den Ausbau von Realschulen. Dieser
378 Ausbau soll durch ein umfassendes Investitionspaket gefördert werden.

379 Die Gesamtschule ergänzt das dreigliedrige Schulsystem auf sinnvolle Weise, und die anhaltend
380 hohe Nachfrage nach Gesamtschulplätzen bestätigt deren Bedeutung. Um die Wahlfreiheit der

381 Eltern zu gewährleisten und ihnen die Möglichkeit zu geben, ihre Kinder an der von ihnen
382 bevorzugten Schulform anzumelden, müssen in Köln zusätzliche Gesamtschulplätze geschaffen
383 werden. Dies soll sowohl durch die Erweiterung bestehender Gesamtschulen als auch durch den
384 Bau neuer Gesamtschulen erfolgen. Dabei muss jedoch darauf geachtet werden, dass dies nicht
385 auf Kosten anderer Schulformen wie des Gymnasiums geschieht, da auch dort ein Mangel an
386 Schulplätzen herrscht.

387 **2.1.7 Berufskollegs endlich in ihrer Wichtigkeit anerkennen und angemessen behandeln**

388 Die 17 Berufskollegs in Köln sind gemessen an der Schülerzahl, zusammen mit den Grundschulen,
389 die größte Schulform der Stadt. Dennoch fehlt es an einer klaren strategischen Ausrichtung der
390 beruflichen Bildung, die für die Fachkräftesicherung der ansässigen Unternehmen von
391 entscheidender Bedeutung ist. Es mangelt an einer personellen oder zumindest inhaltlichen
392 Zuständigkeit seitens der Stadt. Berufliche Bildung wird oft nur durch die Perspektive der
393 allgemeinen Bildung betrachtet. Es fehlen konkrete Pläne der Stadt, wie sie eine zukunftsfähige
394 berufliche Bildung gestalten möchte.

395 Zwar wurden in den letzten Jahren Projekte wie der Medien- oder Gesundheitscampus sowie ein
396 neues Berufskolleg in Köln-Kreuzfeld angedacht, doch wurden diese Ideen nicht konsequent
397 umgesetzt. Auch wenn die laufende Schulentwicklungsplanung unter Einbeziehung aller Akteure
398 vielversprechend ist, besteht die Gefahr, dass sie aufgrund fehlender Umsetzungsmöglichkeiten ins
399 Leere läuft. Viele Berufskollegs kämpfen seit Jahren mit fehlenden Sanierungen und notwendigen
400 Erweiterungen, die entweder ausbleiben oder verschoben werden. Eine klare Planung, wann welche
401 Maßnahmen umgesetzt werden, fehlt gänzlich. Die Schulentwicklungsplanung 2023 erwähnt die
402 Berufskollegs nicht, was die Bedeutung dieser Schulform weiter marginalisiert. Wir fordern deshalb
403 einen "Masterplan Berufsschulen" für die Stadt Köln. Hier sollen alle geplanten und notwendigen
404 baulichen Maßnahmen sowie strategische Entwicklungsmöglichkeiten der BKs aufgezeigt und mit
405 konkretem Zeitplan zur Umsetzung versehen werden.

406 Die Auszubildenden an den Berufskollegs sind in ihren Betrieben oft an eine digitale und gut
407 funktionierende Arbeitsumgebung gewöhnt, während sie in den Schulen zwar eine wachsende
408 digitale Ausstattung vorfinden, diese aber oft nicht richtig funktioniert. Die IT-Administration ist mit
409 dem Wachstum der Ausstattung nicht Schritt gehalten. Der notwendige IT-Support ist unzureichend,
410 und Lehrkräfte müssen zunehmend Aufgaben übernehmen, die eigentlich in den
411 Verantwortungsbereich des Schulträgers fallen. In Bezug auf die Zusammenarbeit mit der Stadt
412 fehlt der Überblick. Die Einführung einer Geschäftsstelle für Berufskollegs könnte Abhilfe schaffen,
413 indem sie als zentrale Anlaufstelle für alle Themen rund um Ausstattung, IT und Gebäude dient. Wir
414 fordern deswegen eine eigene Abteilung in der Stadtverwaltung für die spezifischen Bedarfe der
415 Berufsschulen, am besten soll diese Abteilung an das Amt für Wirtschaftsförderung angegliedert
416 werden, um die Zusammenarbeit mit der Kölner Wirtschaft weiter zu fördern und auszubauen.

417 Insgesamt müssen die Berufskollegs besser unterstützt werden, da Investitionen in die berufliche
418 Bildung langfristig der Stadt zugutekommen, indem sie den Unternehmensstandort Köln stärken
419 und damit die Gewerbesteuererinnahmen sichern. Nicht zuletzt leisten die Kölner Berufskollegs einen
420 unermesslichen Beitrag zur Integration geflüchteter Menschen, indem sie diese in einer großen
421 Anzahl internationaler Förderklassen beschult.

422 **2.1.7 Bildungsvielfalt durch private Ersatzschulen stärken**

423 Als Chance für eine vielfältige Bildungslandschaft in Köln sehen wir auch die Möglichkeit, das
424 Angebot von Schulen in freier Trägerschaft zu vergrößern. Dies kann einen belebenden
425 Wettbewerbseffekt schaffen und so neue pädagogische Ideen und Konzepte nach Köln bringen.
426 Hierzu soll der Kontakt zu möglichen neuen Trägern gesucht werden; auch bereits bestehende
427 Schulen könnten Ersatzschulen unter freier Trägerschaft werden. Denkbar wäre z.B. eine
428 Kooperation mit der Kölner Handwerkskammer oder eine zusätzliche jüdische Schule in Köln.
429 Wichtig ist uns hierbei immer, dass Familien mehr Wahlfreiheit bekommen und so den in ihren
430 Augen besten Weg für ihr Kind wählen können.

431 Freie Schulen bieten wertvolle Ergänzungen zum bestehenden Bildungssystem, indem sie oft
432 alternative Bildungsansätze verfolgen. Dies gibt Schülerinnen, Schülern und Eltern die Möglichkeit,
433 eine Schule zu wählen, die besser auf ihre individuellen Bedürfnisse und Präferenzen eingeht. Durch
434 ihre größere Freiheit in der Gestaltung des Lehrplans und der Organisationsstruktur können freie
435 Schulen zudem schneller auf veränderte Anforderungen und Trends reagieren und innovative Lehr-
436 und Lernmethoden ausprobieren. Darüber hinaus dienen sie häufig als Labore für pädagogische
437 Innovationen, indem sie neue Ideen und Methoden testen, die später in das traditionelle
438 Schulsystem integriert werden können, um die Bildungsqualität insgesamt zu verbessern.

439 **2.1.8 Digitales Informationsportal und einheitliche, digitale Anmeldeverfahren**

440 Um den Eltern eine bessere Übersicht zu ermöglichen, soll die Stadt die regelmäßige
441 Veröffentlichung eines aktualisierten Schulwegweisers in digitaler Form herausgeben. Dieser
442 Leitfaden soll alle Schulen samt ihrer speziellen Angebote und Schwerpunkte auflisten; im
443 weiteren Verlauf kann er zu einem umfassenden Informationsportal ausgebaut werden, auf dem
444 sich die Schulen detailliert präsentieren können.

445 Zur Behebung der bestehenden Ungleichbehandlung der verschiedenen Schulformen sollen die
446 Anmeldeverfahren für alle Schulformen gleichzeitig stattfinden. Dies soll durch eine gemeinsame
447 Online-Plattform erfolgen, auf der Eltern den Anmeldestatus ihrer Kinder transparent verfolgen
448 können.

449 **2.1.9 Beste Bildung im offenen Ganztag**

450 Um die Betreuung durch Ganztagschulen zu verbessern, muss Köln die Anzahl der offenen
451 Ganztagschulen gemäß der Nachfrage erhöhen. Diese Schulen sollten über qualifiziertes Personal
452 verfügen, das für die Betreuung der Kinder verantwortlich ist. Bei der Vergabe von Verträgen an
453 private Dienstleister im Bereich der offenen Ganztagschulen ist darauf zu achten, dass hohe
454 qualitative Standards bei Personal, Ausstattung und Verpflegung eingehalten werden. Falls
455 erforderlich, sollte die Stadt zusätzliche Mittel bereitstellen, um diese Standards zu sichern.

456 Vor allem der Ausbau der offenen Ganztagschulen im Primarbereich steht vor Herausforderungen:
457 es gibt nach wie vor einen Mangel an verfügbaren Plätzen sowie an geeigneten Räumlichkeiten und
458 Personal. Dies ist teilweise auf den Fachkräftemangel zurückzuführen. Als Lösung sollten
459 Sportvereine, Musik- und Kunstschulen sowie andere relevante Akteure in das Angebot der
460 Ganztagschulen integriert werden, um das Angebot zu erweitern und zu verbessern.

461 **2.1.10 Deutschlandticket für alle Kölner Schülerinnen und Schüler**

462 Außerschulische Lernorte sind ein wesentlicher Bestandteil der pädagogischen Arbeit, doch oft sind
463 diese nur unter hohen Kosten für Schülerinnen und Schüler (sowie für das Lehrpersonal) erreichbar
464 - insbesondere dann, wenn kein Schüler-Deutschlandticket zur Verfügung steht. Wir setzen uns
465 daher für ein Deutschlandticket für alle Schülerinnen und Schüler ein, unabhängig davon, wie weit
466 ihre Schule vom Wohnort entfernt ist. Dies würde nicht nur die Kosten für den Zugang zu
467 unterschiedlichen Lernorten senken, sondern auch dazu beitragen, dass Kinder und Jugendliche
468 den öffentlichen Nahverkehr als alltägliches Fortbewegungsmittel in der Stadt kennenlernen.

469 **2.2 Fit für die Zukunft durch Bildung!**

470 Erstklassige Bildung bedeutet, den Fokus auf relevante Zukunftskompetenzen zu legen. Damit dies
471 in Kölns Schulen gelingt, müssen sie die Freiheit haben, Fähigkeiten wie Programmieren, Soft Skills
472 und interkulturelle Kompetenzen angemessen zu vermitteln. Dazu sollten Kooperationen mit
473 außerschulischen Partnern, wie Unternehmen, Vereinen und anderen Organisationen, insbesondere
474 im Rahmen von Arbeitsgemeinschaften oder im Ganztagsbereich, gefördert werden. Eine
475 zukunftsorientierte, hochwertige Bildung ist der Schlüssel zu einem erfolgreichen und
476 selbstbestimmten Leben. Unsere jungen Menschen werden in einer vernetzten Welt leben und
477 Berufe ergreifen, die wir heute noch nicht kennen. Um sie darauf vorzubereiten, ist es unerlässlich,
478 ihnen im Rahmen der allgemeinen Schulbildung die Möglichkeit zu geben, diese wichtigen
479 Kompetenzen zu erwerben.

480 Ab 2026 haben Schülerinnen und Schüler ab der ersten Klasse das Recht auf einen
481 Ganztagsschulplatz. Um eine qualitativ hochwertige, vielfältige und abwechslungsreiche

482 Ganztagsbildung sicherzustellen, sind Kooperationen mit außerschulischen Partnern wie Vereinen,
483 Unternehmen und anderen Trägern nicht nur wünschenswert, sondern auch notwendig.

484 **2.2.1 Digitale Infrastruktur für Schulen und Lehrkräfte**

485 Es reicht nicht, dass unsere Schulen flächendeckend an das Glasfasernetz angeschlossen sind. Die
486 Netzstrukturen innerhalb aller Schulen müssen über genügend Bandbreite verfügen, um die
487 Leistungsfähigkeit des Glasfaseranschlusses vollständig auszuschöpfen. Deshalb fordern wir eine
488 Investitionsoffensive der Stadt, um sicherzustellen, dass alle Schulen über schnelles WLAN mit
489 ausreichender Kapazität verfügen. Es muss weitergehen, dass alle Schulen mit den notwendigen
490 Geräten und dem erforderlichen Know-how ausgestattet werden müssen. Vor allem muss vonseiten
491 der Stadt mehr IT-Personal zur Verfügung gestellt werden, damit Lehrkräfte sich voll auf ihren
492 Unterricht konzentrieren können. Inzwischen wurden Lehrkräfte durch Landesmittel mit iPads
493 ausgestattet. Allerdings ist es derzeit nicht möglich, eigene Apps einfach auf die Tablets zu laden
494 und deren Funktionen somit vollständig und unkompliziert zu nutzen. Wir setzen uns daher für ein
495 einfacheres Verfahren zum Download von Apps ein, um den Lehrkräften das Verfassen von
496 Zeugnissen und Dokumentationen auf größeren Bildschirmen zu ermöglichen. Zudem muss sich
497 die Stadt Köln zügig um die Einführung eines digitalen Klassenbuchs an allen Schulen bemühen.
498 Dieses sollte über eine Schnittstelle für den Zeugnisdruck und die Kommunikation mit den
499 Erziehungsberechtigten verfügen, um etwa häufige Verspätungen effizient melden zu können. Die
500 Stadt Köln als Träger der Schulen soll die einheitliche Einführung einer sicheren Kommunikations-
501 und Lernplattform vorantreiben. Zur Unterstützung dieser Initiative sollte die Stadt Köln eine
502 spezielle Serviceeinheit in der Schulverwaltung einrichten. Lehrerinnen und Lehrer sollten sich auf
503 die Didaktik und den Unterricht konzentrieren können, während die notwendige technische
504 Infrastruktur zuverlässig bereitgestellt wird.

505 Eine digitale Ausstattung fordern wir auch für alle Schülerinnen und Schüler: wir streben an, dass
506 alle Kinder und Jugendlichen lernen, sich sicher und kompetent in der digitalen Welt zu bewegen.
507 Um dies zu gewährleisten, müssen digitale Endgeräte professionell in den Schulalltag integriert
508 werden. Deshalb sollten alle Schülerinnen und Schüler spätestens beim Übergang in die
509 weiterführende Schule mit einem digitalen Endgerät ausgestattet werden, das den schulischen
510 Anforderungen entspricht.

511 Die Stadt Köln muss zudem ein langfristiges Konzept erstellen, was den Austausch und die
512 Instandhaltung der digitalen Endgeräte des Lehrpersonals sowie der Schülerinnen und Schüler
513 regelt und koordiniert.

514 **2.2.2 Bessere Förderung für besonders begabte junge Menschen**

515 Alle Schülerinnen und Schüler in Köln sollen die bestmöglichen Lernchancen erhalten. Auch
516 besonders begabte junge Menschen. Daher soll die Stadt Köln die Fördermöglichkeiten für

517 hochbegabte Schülerinnen und Schüler ausbauen und bekannter machen. In jeder Schule gibt es
518 Schülerinnen und Schüler, die ihre Leistungsfähigkeit im regulären Schulunterricht nicht
519 vollumfänglich ausschöpfen können. Da auch diese jungen Menschen das Recht auf eine
520 individuelle Förderung und die Entfaltung ihrer Talente haben, sollen die Lehrkräftefortbildungen
521 der Stadt Köln in diesem Bereich bekannter gemacht werden. Vorbereitungen möglichst früh zu
522 beginnen. Hierzu soll der Kontakt zu möglichen neuen Trägern gesucht werden. Die Verwaltung
523 soll freie Träger bei der Gründung unterstützen. In Köln fehlen zahlreiche Schulplätze. Das hat
524 zahlreiche negative Konsequenzen für junge Menschen und ihre Familien. Die Stadt Köln ist
525 verantwortlich, dieses Problem schnellstmöglich und langfristig zu beseitigen. Dies gilt auch für
526 zukünftige Szenarien, in denen weniger Schulplätze benötigt werden könnten.

527 **2.2.3 Sprachförderung**

528 Bereits in den Kindertagesstätten muss aktive Sprachförderung betrieben werden, damit alle Kinder
529 mit den gleichen Chancen in die Schule starten können. Kinder, die nicht über ausreichende
530 Deutschkenntnisse verfügen, beginnen ihre Schulzeit mit einem klaren Nachteil. In der Schule ist
531 nur begrenzt Zeit und Raum, um diese Defizite aufzuholen. In der Schule sollte der Fokus demgemäß
532 auf den Kindern liegen, die keine deutsche Kindertagesstätte besuchen konnten.

533 **2.2.4 Psychosozialen Schwierigkeiten durch mehr Fachpersonal begegnen**

534 Für eine erstklassige Bildung, die sich auf die Bedürfnisse jedes Einzelnen konzentriert und deren
535 Besonderheiten berücksichtigt, benötigt Köln eine größere Anzahl an Schulsozialarbeiterinnen und
536 Schulsozialarbeitern sowie an psychologisch geschultem Fachpersonal. Dieses sollte nicht nur
537 Kinder und Jugendliche unterstützen, sondern auch für das Lehrerkollegium als Ansprechpartner
538 bereitstehen. Der Umgang mit psychischen Erkrankungen ist oft noch tabuisiert, was ernsthafte
539 Konsequenzen haben kann. Daher muss das Personal an Schulen in der Lage sein, Probleme
540 frühzeitig zu erkennen und professionelle Hilfe bereitzustellen.

541 Obwohl Köln für seine lebendige LGBTIQ*-Community bekannt ist, gibt es immer noch viele
542 Jugendliche, die nicht offen zu ihrer Sexualität stehen. Gerade in den letzten Jahren kam es
543 vermehrt zu Anfeindungen gegenüber Menschen an Schulen, die sich offen zu ihrer
544 geschlechtlichen Identität bekennen. Vertreterinnen und Vertreter der Initiative SchLAu Köln
545 berichten zudem von einer schwindenden Zahl von Menschen, die an Aufklärungs-Projekten und -
546 Begegnungen teilnehmen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt Köln gemeinsam mit
547 Vertreterinnen und Vertretern der Stadt-AG Queerpolitik ein verbindliches pädagogisches Konzept
548 für unterschiedliche Schulformen entwickelt, in dem über Homosexualität und
549 Geschlechtsidentitäten aufgeklärt wird.

550

551 **2.2.6 Erste-Hilfe-Kurse an Schulen**

552 Angesichts der wachsenden Herausforderungen, denen Schülerinnen und Schüler heute
553 gegenüberstehen, ist es unerlässlich, unsere Bildungseinrichtungen umfassend zu unterstützen.
554 Wir fordern die Einrichtung und Förderung von Ersthelferkursen an allen Kölner Schulen, um
555 sicherzustellen, dass alle Jugendlichen die notwendige Unterstützung erhalten, um ihre
556 Bildungsziele zu erreichen. Diese Kurse sollen gezielt auf die individuellen Bedürfnisse der
557 Schülerinnen und Schüler eingehen und Hilfestellungen in Kernfächern wie Mathematik, Deutsch
558 und Englisch bieten, sowie Unterstützung bei Lernschwierigkeiten und Prüfungsvorbereitungen
559 leisten.

560 Durch diese Initiative streben wir nicht nur eine Steigerung der akademischen Leistungsfähigkeit
561 an, sondern auch eine Stärkung des Selbstvertrauens und der persönlichen Entwicklung junger
562 Menschen. Unser Ziel ist es, durch diese Hilfskurse eine Chancengleichheit zu schaffen und jedem
563 Kind in Köln den Zugang zu den bestmöglichen Bildungschancen zu ermöglichen.

564 Wir setzen uns dafür ein, dass in allen Schulen ab der 7. Klasse spätestens alle zwei Jahre für die
565 Schülerinnen und Schüler ein Kurs in erster Hilfe durchgeführt wird. Das trägt dazu bei, dass Leben
566 gerettet werden können und Schülerinnen und Schüler in Notfallsituationen reagieren können.

567 **2.3 Lebenslanges Lernen in der Ausbildung und im Beruf**

568 Eine solide Ausbildung ist die Basis für ein selbstbestimmtes und finanziell unabhängiges Leben.
569 Deshalb betrachten wir dies als wesentlichen Bestandteil bester Bildung. Unser Ziel ist, dass kein
570 Jugendlicher die Schule ohne eine klare berufliche Perspektive verlässt. Bildung umfasst jedoch
571 weit mehr als nur die Schulzeit. Auch nach einer Ausbildung oder einem Studium sollten im Sinne
572 des lebenslangen Lernens Möglichkeiten bestehen, den eigenen Bildungsweg fortzusetzen oder
573 zusätzliche Qualifikationen berufsbegleitend zu erwerben. Wer später sein Abitur oder einen anderen
574 Schulabschluss nachholen möchte, sollte von uns unterstützt und auf einem geeigneten Weg
575 begleitet werden.

576 **2.3.1 Stärkung der Berufsberatung und -orientierung**

577 Wir möchten die Berufsberatung und -orientierung an Schulen intensivieren. Dazu sollen
578 Programme zur Berufsberatung ausgebaut werden, und auch der direkte Kontakt zwischen
579 ausbildenden Unternehmen und potenziellen Auszubildenden ist für uns von großer Bedeutung.

580 **2.3.2 Online-Portal zur Berufsorientierung weiterentwickeln**

581 Die Stadt sollte ein zielgerichtetes Online-Portal einrichten, das es Jugendlichen ermöglicht, sich
582 umfassend über Berufsperspektiven und Ausbildungsmöglichkeiten zu informieren. Gleichzeitig
583 können Unternehmen dort ihre Angebote präsentieren. Das derzeitige Portal ist unzureichend, daher

584 wollen wir eine bessere Vernetzung mit den Angeboten der Berufskollegs in Köln schaffen, um eine
585 vollständige Übersicht über alle Aus-, Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten zu bieten. Das Portal
586 soll leicht zugänglich sein und durch Gamification-Elemente zusätzlichen Anreiz bieten, sich mit dem
587 Thema auseinanderzusetzen. Zudem soll es eine direkte Verbindung zur Agentur für Arbeit schaffen,
588 um weiterführende Beratungen zu ermöglichen.

589 **2.3.3 Erschwinglicher ÖPNV und Wohnraum für Auszubildende**

590 Die Stadt hat die Verantwortung, die Attraktivität der Ausbildung in Köln weiter zu steigern, indem
591 sie beispielsweise vergünstigte ÖPNV-Tarife für Auszubildende anbietet und zusätzlichen,
592 erschwinglichen Wohnraum speziell für sie bereitstellt. Dazu sollten neben dem Studierendenwerk
593 weitere Partner gewonnen werden, die von einer verbesserten Situation für Auszubildende
594 profitieren könnten.

595 **2.3.4 Neue Abendschule auf der rechten Rheinseite**

596 Um allen die Möglichkeit zu bieten, Abschlüsse nachzuholen, sind bedarfsgerechte Angebote an
597 Abendschulen erforderlich. Insbesondere benötigen wir eine Erweiterung der Kapazitäten durch
598 eine neue Abendschule auf der rechten Rheinseite sowie zusätzliche Wochenendkurse. Um Hürden
599 abzubauen und allen bessere Chancen zu eröffnen, sollten in diesen Abendschulen auch
600 Kinderbetreuungsangebote geschaffen werden.

601 **2.3.5 Stärkung, Ausbau und Digitalisierung der VHS**

602 Die Volkshochschule (VHS) spielt eine zentrale Rolle im lebenslangen Lernen. Ihr breites Angebot
603 muss weiter ausgebaut und an die wachsende Nachfrage angepasst werden, insbesondere durch
604 die Aufnahme zusätzlicher Kurse zur beruflichen Qualifikation. Die Stadt sollte diese
605 Weiterbildungsmöglichkeiten stärker bewerben und bestehende Informationsdefizite abbauen, um
606 eventuelle Hemmschwellen zu überwinden. Auch auf unser Bestreben hin wurden in der letzten
607 Ratsperiode Verbesserungen bei der Bezahlung der Lehrkräfte erreicht. Um weiterhin ein qualitativ
608 hochwertiges und umfangreiches Angebot zu gewährleisten, ist es wichtig, auch in Zukunft auf gute
609 Arbeitsbedingungen und faire Bezahlung der Lehrkräfte an der VHS und in anderen
610 Bildungseinrichtungen, wie etwa der Musikschule, zu achten.

611 Um das Konzept des lebenslangen Lernens zu fördern, sollten wir auch Möglichkeiten schaffen,
612 dass Menschen im höheren Alter weiterhin am Bildungsangebot teilnehmen können. Hierfür wären
613 Kooperationen zwischen Bildungseinrichtungen wie der VHS und Seniorenheimen sinnvoll, ebenso
614 wie die Entwicklung digitaler Angebote. Onlinebasierte Kurse ermöglichen es auch Menschen, die
615 zuhause Kinder betreuen oder Angehörige pflegen, am Unterricht teilzunehmen. Der gezielte
616 Ausbau von Eltern-Kind-Kursen an der VHS könnte ebenfalls ein wertvoller Schritt sein.

617 Zudem spielt die VHS eine wichtige Rolle in der Sprachbildung. Niedrigschwellige Sprachkurse
618 tragen entscheidend zur aktiven Integration bei und sollten daher besonders gefördert werden.

619 **2.3.6 Steigerung der Fortbildungsquote**

620 Bildung eröffnet jedem Einzelnen sowohl persönliche als auch berufliche Perspektiven, und eine gut
621 weitergebildete Bevölkerung kommt der gesamten Gesellschaft zugute. Menschen mit besseren
622 Qualifikationen sind auf dem Arbeitsmarkt gefragter und leichter vermittelbar. Daher sollte die Stadt
623 Köln der Fortbildung eine zentrale Rolle einräumen und die Fortbildungsquote deutlich erhöhen.
624 Bildungsgutscheine sind ein effektives Mittel dafür, werden jedoch leider noch zu selten genutzt.
625 Die Stadt muss hier mehr Aufklärung betreiben und die Angebote aktiv bewerben.

626 Gleichzeitig sollten die Fortbildungsangebote der Jobcenter sowie die Weiterbildungsprogramme
627 für Arbeitslose kritisch überprüft und stärker an den tatsächlichen Bedarf angepasst werden. Es
628 darf nicht vorkommen, dass Menschen nur zur Erfüllung von Maßnahmen in Fortbildungen
629 geschickt werden. Stattdessen sollte verstärkt die Zusammenarbeit mit Unternehmen gesucht
630 werden, um Fortbildungsprogramme an den Marktbedarf anzupassen und echte Perspektiven für
631 Arbeitssuchende zu schaffen. Wer sein Leben aktiv gestalten möchte, benötigt maßgeschneiderte
632 Fortbildungsprogramme, die persönliche Interessen mit den Anforderungen des Arbeitsmarktes in
633 Einklang bringen. Solche Programme sollten auch das Ziel verfolgen, Unternehmen und
634 Arbeitssuchende besser zu vernetzen.

635

636 **2.3.7 Stärkung und Ausbau der Bibliotheken als Kulturorte**

637 Bibliotheken sind zentrale Orte für kulturelle und außerschulische Bildung und müssen im gesamten
638 Stadtgebiet erhalten bleiben. Gleichzeitig sollte das Online-Angebot durch eine größere Auswahl an
639 ausleihbaren eBooks weiter ausgebaut werden. Als „Orte des Wortes“ sind Stadtbüchereien ideal,
640 um auch zur Sprachförderung beizutragen. Wir setzen uns für zusätzliche Lese- sowie Vorlese-
641 Angebote ein, die alle Altersgruppen ansprechen. Zudem möchten wir, dass Bibliotheken verstärkt
642 zu Lern- und Begegnungsräumen ausgebaut werden, in denen Menschen, die zuhause wenig Platz
643 zum Lernen haben, einen geeigneten Ort finden. Auf unsere Initiative hin wurden die Öffnungszeiten
644 der Bibliotheken an den Wochenenden verlängert, dieses Angebot soll bestehen bleiben und
645 ausgebaut werden. In Zusammenarbeit mit Hochschulen oder der VHS sollen in unseren
646 Bibliotheken vermehrt Bildungsangebote stattfinden. Das umfassende Angebot der Kölner
647 Bibliotheken sollte stärker beworben und in der Stadtgesellschaft präsenter gemacht werden.

648 **2.4 Inklusion und Integration**

649 Wir stehen fest zur gesellschaftlichen Inklusion von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung. Für
650 uns Liberale ist es eine Selbstverständlichkeit, dass die Gesellschaft und die Politik dafür

651 verantwortlich sind, eine erfolgreiche Inklusion und Integration aller Menschen zu gewährleisten.
652 Die FDP Köln unterstützt ausdrücklich die Ziele und Inhalte der UN-Behindertenrechtskonvention
653 (BRK).

654 **2.4.1 Wahlfreiheit für Eltern durch Inklusions- und Förderschulen**

655 Ob Inklusion besser an Regelschulen oder Förderschulen gelingt, sollten die betroffenen Familien
656 individuell entscheiden können, anstatt sich auf staatliche, oft pauschale Lösungen verlassen zu
657 müssen. Um sowohl Inklusions- als auch Förderschulen unter optimalen Bedingungen zum Wohle
658 der Kinder zu fördern, möchten wir die Inklusion nicht auf alle Schulen verteilen, sondern gezielt
659 Inklusionsschulen in Köln etablieren, die diesen Schwerpunkt in ihrer pädagogischen Arbeit sehen.
660 Gleichzeitig muss das Angebot an Förderschulen erweitert werden, damit dieser Bildungsweg allen
661 offensteht, die ihn bevorzugen.

662 Eine umfassende Evaluation soll ermitteln, wie groß der Bedarf an ausgebildeten
663 Sonderpädagoginnen und -pädagogen im Kölner Stadtgebiet ist. Um diesen Bedarf zu decken, muss
664 die Stadt eng mit den Hochschulen zusammenarbeiten und zusätzliche Ausbildungs- und
665 Studienplätze schaffen.

666 **2.4.2 Deutschunterricht als Schlüssel zur Integration**

667 In Köln leben Kinder und Jugendliche aus verschiedenen Herkunftsländern und mit
668 unterschiedlichen Geschichten zusammen. Unser Ziel ist es, alle erfolgreich in die Stadtgesellschaft
669 zu integrieren. Besonders Menschen, die neu in Deutschland sind, sollen durch erstklassige
670 Bildungschancen Aufstiegsmöglichkeiten erhalten. Für den Bildungserfolg spielt die Sprache eine
671 entscheidende Rolle. Daher ist es wichtig, dass alle Kinder in Köln schnell und unkompliziert Zugang
672 zu Deutschunterricht erhalten. Eine gemeinsame Sprache bildet die Grundlage für erfolgreiche
673 Bildungs- und Integrationsprozesse.

674 Um dies zu erreichen, benötigen wir bedarfsgerechte Klassen für Deutsch als Fremdsprache (DaF)
675 an Grund- und weiterführenden Schulen, die von qualifiziertem Personal geleitet werden. Auch in
676 Kindertagesstätten sollte der Deutschunterricht verstärkt werden, wozu zusätzliches Personal
677 eingestellt werden muss. Zur Deckung des Bedarfs an DaF-Lehrkräften sollte die Stadt mit der
678 Universität und dem Zentrum für schulpraktische Lehrerbildung (ZfsL) in Köln und Leverkusen
679 zusammenarbeiten, um eine ausreichende Anzahl von Zertifikatskursen anzubieten.

680 Ein weiterer Ansatz könnte die Nutzung des Potentials älterer Bürgerinnen und Bürger sein.
681 Tandempartnerschaften zwischen Senioren und Geflüchteten könnten sowohl der Einsamkeit im
682 Alter vorbeugen als auch den Spracherwerb und die Integration in die Gesellschaft fördern. Auf
683 diese Weise lassen sich auch Vorurteile abbauen.

684 **2.5 Kindertagesstätten und Betreuungsangebote**

685 Lebensgestaltung und Bildungschancen sind im Bereich der frühkindlichen Bildung und Betreuung
686 in Kitas und anderen Einrichtungen besonders eng miteinander verknüpft. Schon in der frühen
687 Kindheit werden wesentliche Grundlagen für den späteren Bildungsweg gelegt. Um wirklich die
688 besten Bildungschancen zu bieten, muss eine zukunftsorientierte Bildungspolitik genau hier
689 beginnen. Zudem eröffnet eine qualitativ hochwertige und vertrauensvolle Betreuung auch mehr
690 Perspektiven für Eltern, die wieder in den Beruf einsteigen möchten. Nur dann, wenn Eltern sicher
691 sein können, dass ihr Kind gut betreut ist, haben sie das notwendige Vertrauen, um beruflich neue
692 Wege zu gehen.

693 **2.5.1 Vollständige Abdeckung des Betreuungsbedarfs**

694 Unser Ziel ist es, innerhalb der nächsten fünf Jahre eine vollständige Deckung des
695 Betreuungsbedarfs zu erreichen. Um dies zu gewährleisten, müssen verschiedene Ansätze verfolgt
696 werden: ein rein staatlich getragenes System lehnen wir klar ab. Vielmehr streben wir nach einem
697 vielfältigen Angebot und setzen uns für die Förderung privater Kita-Initiativen ein, die nicht durch
698 bürokratische Hürden und langwierige Genehmigungsverfahren gehemmt werden sollten. Die Stadt
699 soll aktiv neue Träger anwerben und Elterninitiativen durch professionelle Beratung unterstützen.

700 Zusätzlich möchten wir ein Startfördergeld für private Kitas einführen, da private Einrichtungen auch
701 zur Reduzierung der Kosten für die Stadt beitragen können. Diese Einsparungen sollen jedoch nicht
702 im allgemeinen Haushalt untergehen. Stattdessen benötigen wir mehr Investitionen in bestehende
703 Kitas, um die Betreuungsschlüssel zu verbessern und eine kindgerechte Ausstattung
704 sicherzustellen. Weitere notwendige bauliche Verbesserungen umfassen unter anderem die
705 Schaffung von Barrierefreiheit und den Ausbau der Küchen, um eine gesunde Verpflegung in allen
706 Kitas zu ermöglichen.

707 **2.5.2 Verlässliche Kinderbetreuung in Köln heißt Tagespflege stärken**

708 In Köln gibt es derzeit einen erheblichen Mangel an U3-Betreuungsplätzen, insbesondere in den
709 Stadtteilen Chorweiler, Kalk, Mülheim und Porz. Dieser Engpass ist auf den schleppenden Ausbau
710 von Kitas zurückzuführen, wobei zwischen dem Beschluss für eine neue Kita und ihrer Eröffnung
711 oft sechs bis sieben Jahre vergehen. Hinzu kommt die unzureichende Bezahlung der
712 Tagespflegepersonen.

713 Um dieses Problem zu lösen, müssen wir die Unterstützung für Tagespflegepersonen verstärken.
714 Dazu gehören die Eröffnung von Kinderstuben in Stadtbezirken mit besonders hohem Bedarf sowie
715 die Einführung von Prämien für besonders erfahrene Tagespflegepersonen. Zusätzlich sollten
716 Prämien für Tagespflegepersonen eingeführt werden, die in den genannten Stadtteilen Gruppen
717 eröffnen, um die Betreuungslücke zu schließen.

718 **2.5.3 Unterstützung und Verbesserung der Arbeit in Kitas aktiv vorantreiben**

719 Die Qualität der staatlichen Kitas muss konsequent erhöht werden. Häufig werden Erzieherinnen
720 und Erzieher in ihrer Arbeit und ihrem Engagement durch komplexe bürokratische Anforderungen
721 ausgebremst. Deswegen müssen wir dringend Maßnahmen zur Entlastung ergreifen: dazu gehört
722 die Einstellung von zusätzlichem Verwaltungspersonal, beispielsweise zur Unterstützung bei
723 Dokumentationsaufgaben, damit die Erzieher mehr Zeit für die Betreuung der Kinder haben.
724 Während der Corona-Pandemie wurden auf Initiative der FDP-Landtagsfraktion in NRW
725 "Alltagshelferinnen und -helfer" in Kitas eingesetzt. Wir unterstützen die Fortführung dieses
726 Programms, das es Kitas ermöglicht, Aufgaben an zusätzliches Personal zu delegieren, um den
727 Erzieherinnen und Erziehern mehr Zeit für eine qualitativ hochwertige Betreuung der Kinder zu
728 verschaffen.

729 **2.5.4 Gerechtere Kita-Beiträge für Köln**

730 In Köln sind die Elternbeiträge für die Betreuung und Verpflegung in Kitas extrem hoch,
731 insbesondere für die Mittelschicht. Derzeit zahlt etwa ein Paar mit einem durchschnittlichen
732 Bruttoeinkommen für eine 45-Stunden-Betreuung 532 Euro pro Monat - zusätzlich zum
733 Verpflegungsgeld. Dies führt in vielen Fällen dazu, dass sich Eltern überlegen müssen, ob es sich
734 lohnt, wieder arbeiten zu gehen. Um dieses Problem zu beheben, müssen die Tabellen für
735 Elternbeiträge angepasst werden. Es sollten zusätzliche Einkommensstufen für Haushalte mit über
736 120.000 und über 150.000 Euro Bruttoverdienst eingeführt werden. Zudem müssen die
737 Gehaltsspannen in der Tabelle verringert werden, um eine gerechtere Beitragsstruktur zu
738 gewährleisten.

739



Die innovative, wachsende Stadt

740

741 3. Die innovative, wachsende Stadt

742 **Noch immer gilt: Köln wächst! Ein gutes Zeichen für die Zukunft unserer Stadt und eine Chance,**
743 **die wir mutig und entschlossen nutzen wollen. Die alte Mehrheit im Stadtrat hat sich darum nicht**
744 **ausreichend gekümmert. Für manche ist Wachstum überhaupt ein Problem. Das sehen wir**
745 **anders! Wir wollen schnell innovative Konzepte und wirkungsvolle Lösungen bei Wohnungsbau**
746 **und Infrastruktur entwickeln und umsetzen – im Einklang mit steigender Lebensqualität.**

747 **Wachstum ist unverzichtbar, um den Herausforderungen unserer Zeit zu begegnen und die**
748 **Lebensqualität unserer Bürgerinnen und Bürger kontinuierlich zu verbessern. Wir werden uns**
749 **aktiv dafür einsetzen, ein Umfeld zu schaffen, das Unternehmertum und Innovation fördert,**
750 **Arbeitsplätze schafft und die lokale Wirtschaft stärkt. Durch kluge Stadtplanung, Investition in**
751 **Infrastruktur und die Förderung von Bildung und Technologie werden wir sicherstellen, dass**
752 **unser Wachstum allen zugutekommt und niemanden zurücklässt. Wachstum ist im Übrigen die**
753 **Grundvoraussetzung für Soziales, Umweltschutz und ein intaktes gesellschaftliches Miteinander.**

754 **Die Corona-Pandemie hat die Arbeitswelt verändert. Die verstärkte Möglichkeit zum Homeoffice**
755 **wirkt sich auf die Nachfrage nach Büroraum in der Stadt aus und lässt auch weitere Arbeitswege**
756 **erträglicher erscheinen, wenn sie nicht jeden Tag angetreten werden müssen. Dies beeinflusst**
757 **die Nachfrage an Wohn- und Büroflächen in und um Köln und die Pendlerströme mit Einfluss auf**
758 **die Luftqualität. Die Versorgung der Stadt und des Umlandes mit digitaler Infrastruktur hat**

759 **entscheidenden Einfluss auf diese Veränderungsprozesse. Wir brauchen zukunftssichere**
760 **Arbeitsplätze und wollen Köln zu einem Wirtschaftsstandort ersten Ranges weiterentwickeln,**
761 **und deshalb soll Köln Deutschlands Digitalstadt Nr. 1 werden: eine echte Smart City!**

762 **3.1 Bauen und Wohnen**

763 Köln ist beliebt. Die Bevölkerungszahl wächst kontinuierlich. Der Wohnungsbau hält damit aber
764 schon lange nicht mehr Schritt. Das Missverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage auf dem
765 Wohnungsmarkt ist das Ergebnis jahrzehntelanger Fehlplanung der Baupolitik unserer Stadt.
766 Deshalb steigen die Wohnungsmieten auch weiterhin. Es wird zu wenig gebaut. Dafür gibt es
767 verschiedene Gründe: es gibt zu wenig Grundstücke- seit Jahren werden zu wenige neue Flächen
768 für den Wohnungsbau ausgewiesen. Daneben wird Bauen immer teurer. Die Bauherren werden
769 durch ständig steigende Anforderungen im Europa- und Bundesrecht belastet. Deshalb sollten wir
770 in der Stadt Köln die Anforderungen nicht noch mehr steigern. Wir wollen alle städtischen
771 Zusatzregeln, die über schon bestehende Vorschriften anderer Ebenen hinausgehen, abschaffen.

772 Köln darf nicht weiter das Schlusslicht in den Bearbeitungszeiten für Baugenehmigungen sein! Alle
773 Bauherren, Privatpersonen wie gewerbliche Investoren, müssen von der Verwaltung besser betreut
774 werden. Wir fordern weiter, dass Bauherren ein verbindliches Recht auf eine zeitnahe Rückmeldung
775 auf ihre Anträge haben. Kölner Politik und Verwaltung sind gefordert, Bauvorhaben konstruktiv zu
776 begleiten und Genehmigungsprozesse zu beschleunigen. Ermessensspielräume müssen zu
777 Gunsten der Projekte genutzt werden. Es muss gelten: im Zweifel immer für den Wohnungsbau.

778 **3.1.1 Mehr Grundstücke für den Wohnungsbau**

779 Es gibt zu wenige Flächen für den Wohnungsbau. In den Außenbereichen müssen deutlich größere
780 Flächen erschlossen werden. Die Schaffung eines neuen großen Stadtteils Kreuzfeld, den die Kölner
781 FDP lange gefordert hat, ist dafür ein gutes Beispiel, weil hier bereits ein S-Bahn-Anschluss
782 vorhanden ist. Bei vergleichbaren Projekten muss grundsätzlich darauf geachtet werden, dass die
783 notwendige Infrastruktur, insbesondere die Verkehrsanbindung durch Straßen und ÖPNV sowie
784 Kindergärten und Schulen, aber auch gesundheitliche Nahversorgung und Einzelhandel rechtzeitig
785 geschaffen wird.

786 Der FDP Köln ist es wichtig, dass Wohnraum für jeden Geldbeutel entsteht – also auch bezahlbare
787 Wohnungen für Menschen mit geringem Einkommen. Im Rahmen einer vielschichtigen Nutzung
788 sind neben individuellen auch verdichteten Wohnformen auszuweisen. Konzepte für preiswertes
789 Bauen sollen gefördert werden, um günstigen Wohnraum innerhalb der Stadtgrenzen zu schaffen.
790 Beispielsweise kann „serielles Bauen“ die Baukosten und die Bauzeit erheblich reduzieren.

791 Es dürfen aber nicht nur Geschosswohnungen gebaut werden. Es muss außerhalb der Innenstadt
792 genügend Ein- und Zweifamilienhäuser geben, um Familien in der Stadt zu halten und ein

793 ausgewogenes städtebauliches Bild zu erhalten. Für viele Familien ist diese Wohnform ein echter
794 Wunsch. Wir wollen dafür arbeiten, dass diese Wünsche auch in Zukunft in Erfüllung gehen können.

795 **3.1.2 Kreativ verdichten**

796 Wir fordern eine behutsame Nachverdichtung des urbanen Raums. Eine qualitativ hochwertige
797 Verdichtung soll dabei zu einer Aufwertung des städtischen Raums führen.

798 Wohnflächen können durch eine Aufstockung auf Gewerbeimmobilien, Garagen, Kindergärten etc.
799 gewonnen werden. Wir unterstützen den Ausbau von Dächern und die Aufstockung von niedrigeren
800 Wohngebäuden und erwarten das auch von der Verwaltung. Die Schließung von Baulücken muss
801 weiter forciert werden. An vielen Stellen sollte man höher bauen. Einzelne zusätzliche Hochhäuser
802 sorgen für ein aufgelockertes Großstadt-Ambiente und führen zu grünen Freiflächen drumherum.
803 Leerstand muss genutzt werden: Dafür brauchen wir viel mehr Anreize. Eine intelligente Architektur
804 kann die Ausnutzung von Flächen erheblich steigern, zum Beispiel indem Nutzflächen zu
805 Lärmquellen hin ausgerichtet werden, um Wohnräume zu schützen.

806 Brachflächen und Mindernutzungen sollen bevorzugt entwickelt werden. Die Verdichtung darf aber
807 nicht auf Kosten von Grünflächen oder Kaltluftschneisen gehen, damit den Kölnerinnen und Kölnern
808 nicht „die Luft zum Atmen“ genommen wird. Die Bepflanzung von Dächern und Fassaden muss
809 noch stärker gefördert werden, weil sie gut für das Klima ist: lokal und global. Das kann dadurch
810 geschehen, dass solche Projekte im Bauamt Priorität bekommen.

811 **3.1.3 Lebensqualität durch mehr Vielfalt beim Bauen**

812 Große Wohnungsbauprojekte werden meistens von leistungsstarken Investoren realisiert. Dabei
813 sollte die Vielfalt der Architektur immer ein Ziel sein. Wir möchten, dass mehr urbane Räume und
814 weniger Schlafsiedlungen entstehen. Die Stadt soll in Zukunft an geeigneten Stellen häufiger
815 kleinteiligere Flächen verkaufen, um auch privaten Investoren und Baugruppen die Möglichkeit zu
816 geben, durch abwechslungsreichere Entwürfe zur Lebensqualität in den Veedeln beizutragen. Und
817 neue Wohngebiete sollen auch echte Veedel werden können.

818 Auch die Mischung der Nutzungen sollte vor dem Hintergrund verödeter Innenstädte wieder in den
819 Blick genommen werden. Wo sich Nutzung nicht gegenseitig stört, beleben sie Gebiete. Zur Vielfalt
820 können auch nachwachsende Rohstoffe beitragen. Bauten aus Holz statt aus Beton sind vor dem
821 Hintergrund des Klimawandels eine zukunftsweisende Alternative. Sie sollten von der Stadt gezielt
822 gefördert werden. Wir wollen nicht nur schöne alte Gebäude erhalten, sondern auch Gebäude von
823 heute in Köln, die so schön gebaut sind, dass sie es wert sind, einmal unter Denkmalschutz zu
824 stehen.

825 **3.1.4 Bauen vernetzt denken**

826 Sowohl beim Bestand, als auch beim Neubau müssen Zukunftstechnologien mitgedacht werden,
827 die den Bedürfnissen der zukünftigen Bürgerinnen und Bürger entsprechen. Dazu gehört nicht nur
828 Energieeffizienz, sondern auch die Integration von Smart-Home-Technologien. Neben dem
829 individuell gesteigerten Wohnkomfort kann die ganze Stadt davon profitieren, wenn viele Haushalte
830 miteinander vernetzt sind und so von Energieversorgung bis zur Müllentsorgung viele Probleme
831 gelöst werden können.

832 **3.1.5 Vielfalt der Investoren und Wohnformen fördern**

833 Die Stadt hat in der Vergangenheit ihre Grundstücke oft an den Meistbietenden Investor verkauft.
834 Dabei haben Genossenschaften und privat organisierte Baugruppen das Nachsehen. Um ihnen eine
835 Chance zu geben, müssen Vergaben durchgeführt werden, die sich gezielt an Genossenschaften,
836 Baugruppen und andere wenden, die ihre Wohnungsbestände langfristig halten. Außerdem soll die
837 Stadt auf diesem Weg neue Wohnformen fördern wie Mehrgenerationenwohnen und flexibles
838 Wohnen, das sich an die Anforderungen der Bewohnerinnen und Bewohner anpasst. Dazu soll die
839 vorhandene Beratungsstelle in der Verwaltung zusammen mit der MitStadtZentrale ausgebaut
840 werden. Es soll, nach Hamburger Vorbild, ein Leitfaden für Baugruppen entwickelt werden. Dieser
841 Leitfaden soll klare Vorgaben zur Begleitung und abgestufte Leistungsanforderungen für
842 Baugemeinschaften auf dem Weg zur Vergabe und Umsetzung der Projekte machen. Wir setzen
843 uns dafür ein, dass die Stadt Köln nach dem Vorbild anderer Großstädte hier deutlich größer denkt.

844 **3.1.6 Kölner Sonderweg bei Bauvorschriften beenden**

845 Kölns Attraktivität als Standort leidet durch eine überbordende Regulierung, die wir auf das rechte
846 Maß zurückstutzen müssen. Die Lex Colonia, das heißt Sonderwege von Stadtratsmehrheit und
847 Verwaltung, verlangt für das Bauen oft mehr als Recht und Gesetz von Europa, Bund und Land. Die
848 Verwaltung macht für viele Bauvorhaben zusätzliche Auflagen und Anforderungen, die über die
849 Gesetzeslage hinausgehen. Auch der Stadtrat hat sich leider angewöhnt, auf die Krise am
850 Wohnungsmarkt mit immer neuen Auflagen zu reagieren. Dies vertreibt Investoren.

851 Wir Freien Demokraten fordern, dass sich die Verwaltung nur am Bundes- und Landesrecht
852 orientiert. Auf diese Weise können wir schneller und günstiger bauen. Es dürfen keine Standards
853 vorgegeben werden, die über den Vorgaben des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) liegen. Es darf
854 keine zusätzlichen städtischen Anforderungen zu Außenanlagen, Fassaden und Infrastruktur geben,
855 die über die gesetzlichen Anforderungen hinausgehen. Es dürfen keine zusätzlichen
856 Brandschutzanforderungen gestellt werden, die über das Baurecht hinausgehen. Es darf keine
857 Anforderungen an den Naturschutz geben, die über das europäische Artenschutzrecht hinausgehen.

858

859 **3.1.7 Kürzere Genehmigungsverfahren**

860 Kölner Politik und Verwaltung müssen Bauvorhaben konstruktiv unterstützen und
861 Genehmigungsprozesse, wo immer möglich, beschleunigen. Im Rahmen der Gesetzeslage bieten
862 sich Ermessensspielräume. Diese müssen zu Gunsten der Bauvorhaben genutzt werden. Insgesamt
863 muss die Verwaltung eine positiv motivierte Baubegleitung an den Tag legen. Die städtische
864 Überregulierung muss abgebaut werden, die aus einem übersteigerten Sicherheitsbedürfnis und
865 der Überlastung der Verwaltung entspringt.

866 Bauanträge sind wieder fristgerecht zu bearbeiten. Eine digitale Bauakte kann das leisten, indem
867 mehrere Ämter parallel an einer Baugenehmigung arbeiten. So können die Bürgerinnen und Bürger
868 unkompliziert den Stand ihrer Verfahren beobachten. Bauvorhaben lassen sich auch durch eine
869 „One Stop Agency“ beschleunigen. Dabei ist für alle Bauherren eine einzige Stelle in der
870 Stadtverwaltung als Ansprechpartner zuständig und kümmert sich um die Koordination mit allen
871 beteiligten Stellen der Verwaltung. Der Rat hat auf Antrag der FDP beschlossen, eine qualifizierte
872 Bauberatung in der Verwaltung zu schaffen. Die muss jetzt schnell umgesetzt und auch auf kleine
873 Vorhaben angewendet werden. Das spart Zeit und entlastet das knappe städtische Personal.

874 Die städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen durch eine Verwaltungsreform zusätzliche
875 Kompetenzen bekommen. Sie sollen so motiviert werden, schnelle Entscheidungen zugunsten des
876 Wohnungsbaus zu treffen. Praktische Lösungen müssen Vorrang haben vor zusätzlichen
877 Anforderungen an die Bauherren, die dazu führen könnten, dass Bauvorhaben zurückgestellt oder
878 abgesagt werden.

879

880 **3.1.8 Wohneigentum ist der beste Schutz vor steigenden Mieten**

881 Wohnen gehört zu den existenziellen Grundbedürfnissen der Menschen. Deshalb muss die Politik
882 die Menschen dabei unterstützen, ihre Vorstellungen von preiswertem und attraktivem Wohnen zu
883 erreichen. Dazu gehört, sich den Traum eines Eigenheims verwirklichen zu können. In Köln fehlt
884 aber entsprechender Wohnraum. Der Staat ist der Kostentreiber Nummer eins. Bürokratie, Auflagen
885 und Rekordsteuern (Grunderwerbsteuer) bremsen private Investitionen in Wohnungsbau und
886 machen es den Menschen immer schwieriger, selbst Eigentum zu erwerben. Gerade jungen
887 Familien mit Kindern ist es oft unmöglich, passenden Wohnraum in Köln zu finden oder ein
888 Eigenheim zu finanzieren.

889 Die FDP setzt sich für eine liberale Bau- und Wohnungspolitik ein, die Investitionen in den
890 Wohnungsmarkt und den Erwerb von Eigenheim erleichtert. Bei der Grunderwerbsteuer wollen wir
891 einen Freibetrag in Höhe von 500.000 Euro für die erste selbstgenutzte Immobilie einführen. Dies
892 wäre ein wesentlicher Beitrag dafür, dass sich junge Familien ein Eigenheim leisten können.
893 Eigentumsförderung verhilft zahlreichen Menschen zu den eigenen vier Wänden und reduziert
894 dadurch das Risiko der Altersarmut.

895 **3.1.9 Wohngeldregelungen müssen verbessert werden**

896 Der Wohnungsbau ist davon abhängig, dass alle Mieterinnen und Mieter zahlungsfähig sind. Dafür
897 sorgt ein sachgerecht ausgestaltetes Wohngeld. Das muss der örtlichen Mietenentwicklung jährlich
898 angepasst werden. Es kommt jeder Mieterin und jedem Mieter sofort zugute, sobald sie oder er
899 eine Wohnung angemessener Größe zu einem angemessenen Mietpreis gefunden haben oder eine
900 Erhöhung der Miete seiner Wohnung wegen steigender Vergleichsmieten hinnehmen müssen. Die
901 „Subjektförderung“ mit Wohngeld verdient aus liberaler Sicht den Vorzug vor einer
902 „Objektförderung“. Es ist nicht sinnvoll, der Hälfte der Bevölkerung in Köln einen
903 Wohnberechtigungsschein auszustellen, anstatt sie mit Wohngeld gezielt zu unterstützen. Der
904 öffentlich geförderte Wohnungsbau soll vorrangig für die Menschen da sein, die auf dem freien
905 Wohnungsmarkt auch mit einem Wohngeldanspruch erfolglos bleiben.

906 **3.1.10 Für einen wirksamen öffentlich geförderten Wohnungsbau**

907 Aufgabe des öffentlich geförderten Wohnungsbaus ist es, durch Impulse und Anreize eine
908 flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit preisgünstigem Wohnraum zu erreichen. Bund
909 und Land müssen den sozialen Wohnraum weiter fördern. Dies ist auch wichtig für den Erhalt der
910 städtischen Belegungsrechte. Die Förderkonditionen des öffentlich geförderten Wohnungsbaus
911 müssen für private Klein-Investoren attraktiver werden, die weit mehr als die Hälfte der
912 Mietwohnungen bewirtschaften. So können wertvolle Potenziale für Investitionen besser
913 ausgeschöpft werden. Die verschiedenen Förderinstrumente müssen sich stetig und flexibel an
914 äußere Umstände wie z. B. Zins- und Baukostensteigerungen anpassen, um das Bauen von
915 geförderten Wohnungen weiterhin attraktiv zu halten.

916

917 **3.1.11 Entfesselungsbeschluss für die Stadt Köln**

918 Die Stadt Köln versucht erfolglos, Wohnungsbau zu steuern. Kooperatives Baulandmodell,
919 Konzeptvergaben, städtisches Vorkaufsrecht oder Milieuschutzsatzungen sind gut gemeint, machen
920 Köln aber unattraktiv für Menschen, die Wohnraum schaffen wollen. Außerdem beschäftigen sie
921 das knappe städtische Personal und damit werden alle Vorgänge viel langsamer. Wir wollen alle
922 diese Maßnahmen im Sinne eines Entfesselungsbeschlusses für fünf Jahre aussetzen. Die
923 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Ämtern sollen sich in dieser Zeit darauf konzentrieren,
924 Bauland auszuweisen, Bebauungspläne aufzustellen und Baugenehmigungen zu erteilen. Dazu
925 müssen die offenen Stellen bei der Stadtverwaltung besetzt werden. Auch Liegenschaftsamt,
926 Stadtplanungsamt und Bauaufsichtsamt sollen mehr Personal bekommen. Um die Gewinnung neuer
927 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in diesem Bereich zu erleichtern, müssen Möglichkeiten einer
928 besseren Bezahlung geschaffen werden.

929 **3.1.12 Entlastung statt Zweitwohnungssteuer**

930 Die Zweitwohnungssteuer ist eine Mehrbelastung, die vor allem Auszubildende und Studierende
931 stark trifft. Um diese Menschen mit geringen Einkommen zu entlasten, will die Kölner FDP die
932 Besteuerung eines zweiten Wohnsitzes in Köln abschaffen.

933 **3.2 Stadtentwicklung**

934 Das Bevölkerungswachstum stellt Köln nicht nur im Wohnungsbereich vor große
935 Herausforderungen. Die bereits hier lebenden und die neuen Bürgerinnen und Bürger Kölns
936 brauchen Arbeitsplätze. Sie brauchen Kindergärten, Schulen, Einkaufsmöglichkeiten und
937 Dienstleister aller Art. Und nicht zuletzt brauchen sie Wege und Straßen, Busse und Bahnen,
938 Grünanlagen und Frischluftschneisen. Daran zeigt sich: das Wachstum einer Stadt muss mit
939 Weitblick gestaltet werden.

940 Das erfordert den Ausgleich vieler widerstreitender Interessen und Ziele. Köln ist von der Fläche
941 her eine große Stadt, aber in Zukunft müssen wir uns mit der Nutzung jedes Hektars genauer
942 befassen. Hier sind Weitsicht und Mut zu zukunftsweisenden Ideen gefragt.

943 Es ist die Aufgabe von Verwaltung und Politik, Wachstum zu unterstützen und so zu gestalten, dass
944 die Stadt lebenswert und vielfältig bleibt. Liberale Politik will die Grundlage schaffen, damit die
945 nächsten Generationen in einer dynamisch und professionell geführten Stadt leben.

946 **3.2.1 Wohnen und arbeiten zusammen denken**

947 In der Vergangenheit hat man Wohngebiete getrennt von Industrie- und Gewerbegebieten angelegt.
948 Dies war sinnvoll in Zeiten, als Industrie noch Umweltbelastung in Form von in heutiger Sicht
949 übermäßigem Lärm und Luftverschmutzung bedeutete. Eine Folge davon ist aber bis heute die
950 lange Zeit, die viele Menschen von ihrer Wohnung bis zum Arbeitsplatz zurücklegen. Steigende
951 Mieten durch knappes Angebot in zentralen Lagen haben dieses Problem weiter verschärft. Es ist
952 deshalb wichtig, dass in Zukunft Wohnen und Arbeiten immer zusammen gedacht werden. In neuen
953 Stadtteilen und auf großen Entwicklungsflächen in der Stadt müssen immer Wohnraum und
954 Arbeitsplätze geschaffen werden.

955 **3.2.2 Bessere Planungskultur für Köln**

956 Köln braucht eine bessere Planungskultur, eine ansprechendere Baugestaltung und ein
957 ästhetischeres Stadtbild. Wenn alle Verantwortlichen an einem Strang ziehen und Kompetenzen klar
958 verteilt sind, wird die Stadt Köln beim Planen und Bauen effizienter. Das zentrale Ziel der Freien
959 Demokraten ist es, Planungs- und Bauprozesse zu beschleunigen. Dazu gehört die Umsetzung des
960 städtebaulichen Masterplanes für die Innenstadt. Die FDP Köln will alle vorgeschlagenen Projekte
961 mit einem Zeit-Maßnahmen-Plan versehen.

962

963 **3.2.3 Erbbaurecht nur in besonderen Fällen anwenden**

964 Die Anwendung des Erbbaurechts statt des Verkaufs städtischer Grundstücke kann für
965 herausragende Flächen und Immobilien eine gute Alternative sein, denn die Stadt behält dadurch
966 die langfristige Verfügungsmöglichkeit für künftige Entwicklungen. Im Normalfall wirkt das
967 Erbbaurecht jedoch hemmend auf Investitionsentscheidungen, da unter anderem Banken in solchen
968 Fällen grundsätzlich einen geringeren Anteil finanzieren. Die Folge: Gerade Menschen mit wenig
969 Geld können sich kein Wohneigentum mehr leisten und das Wohneigentum konzentriert sich bei
970 finanzstarken Investoren. Wir lehnen das Erbbaurecht als Regel für städtische Grundstücke ab.

971 **3.2.4 Erhalt der urbanen Vielfalt**

972 Die Freien Demokraten wollen die urbane Vielfalt in den Veedeln erhalten. Insbesondere ehemalige
973 Industrieflächen bieten sich für Mischungen aus kultureller und wirtschaftlicher Nutzung an. Bei der
974 Weiterentwicklung und Wiederbelebung muss gerade auch privates Kapital aktiviert werden, denn
975 der städtische Haushalt kann die vielen Herausforderungen in entsprechenden Gebieten nicht
976 alleine stemmen. Wir setzen uns für den Ausbau der Beratungsstelle für gemeinschaftliche
977 Wohnprojekte nach dem Vorbild von Hamburg ein. Die Aufgabe ist die reibungslose Verzahnung
978 von privat finanziertem und städtischem Wohnungsbau.

979 **3.2.5 Experimente mit Stadtlaboren**

980 Die FDP Köln unterstützt bürgerschaftliches Engagement. Dies gilt auch für sogenannte
981 „Stadtlabore“ oder „Reallabore“. Bei denen setzen sich Menschen dafür ein, bestimmte Flächen
982 oder Gebäude in ihrer Struktur zu erhalten und neu zu nutzen. Die Vielfalt Kölns kann von solchen
983 Entwicklungen profitieren. Die Stadtverwaltung muss sich für solche Initiativen einsetzen, wenn die
984 Rahmenbedingungen stimmen.

985 **3.2.6 Schaffung einer Stadtbaumeisterfunktion**

986 Die Planungs- und Baukultur muss in Köln besser werden. Deshalb will die FDP eine
987 Stadtbaumeisterin oder einen Stadtbaumeister, welcher/r als „übergeordnete Instanz“ tätig wird.
988 Formal soll diese Person direkt der Oberbürgermeisterin bzw. dem Oberbürgermeister unterstellt
989 sein. Wer die Funktion innehat, muss den Gestaltungsbeirat der Stadt Köln führen, die Umsetzung
990 des Masterplanes kontrollieren, die Rahmenbedingungen der Pflege unseres Stadtbildes definieren
991 und die Einhaltung der Vorgaben bei großen Bauvorhaben kontrollieren.

992 **3.2.7 Aufwertung des Gestaltungsbeirates**

993 Der Gestaltungsbeirat der Stadt Köln muss eine deutliche Aufwertung erfahren. Er soll als „Anwalt
994 der Preisgerichte“ Wettbewerbsergebnisse in ihrer Umsetzung begleiten. Es soll ein regelmäßiger
995 Austausch des Gestaltungsbeirates mit der Stadtspitze stattfinden.

996 **3.2.8 Digitale Informationen zur Stadtplanung**

997 Die FDP Köln setzt sich für mehr Transparenz bei der Stadtplanung ein. Der Weg dahin sind einfache
998 Zugänge zu Informationen im Internet, die aktuell gehalten sein müssen. Die Informationskampagne
999 „Köln baut“ und das Projekt „Stadtplanung im Netz“ der Stadt Hamburg sowie die interaktive
1000 Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in Planungsprozesse können dabei als Vorbild dienen.

1001 **3.2.9 Bau eines neuen Stadtteils in Kreuzfeld**

1002 Westlich der S-Bahn-Haltestelle Blumenberg soll ein neuer Stadtteil „Kreuzfeld“ entstehen. Die
1003 Kölner FDP hat sich bereits vor mehr als 10 Jahren intensiv dafür eingesetzt. Wenn man die
1004 Planungen damals fortgesetzt hätte, hätten wir heute weniger Probleme auf dem Wohnungsmarkt.
1005 Mittlerweile scheinen endlich alle Parteien und die Stadtverwaltung von der Notwendigkeit dieses
1006 neuen Stadtteils überzeugt. Die Planungskonzepte stehen. Die Bauleitplanung soll schnell umgesetzt
1007 werden. Dies gilt genauso für den Deutzer Hafen und die Parkstadt Süd.

1008 **3.2.10 Neugestaltung des Ebertplatzes**

1009 Eine neue Gestaltung des Ebertplatzes ist ein Leitprojekt des Masterplans Köln. Fußgängerinnen
1010 und Fußgänger auf der Verbindung Eigelstein/Neusser Straße müssen aus der
1011 heruntergekommenen Passage ans Tageslicht gebracht werden. Einer Quartiersgarage gegen die
1012 Parkplatznot im Agnes- und im Eigelsteinviertel wäre dringend notwendig gewesen, aber leider gab
1013 es dafür bisher keine politische Mehrheit. Wir setzen uns auch für den derzeitigen
1014 Beteiligungsprozess zur weiteren Gestaltung ein und unterstützen bis zur Umsetzung die
1015 Zwischennutzung zur Belebung des Platzes.

1016 **3.2.11 Umgestaltung des Breslauer Platzes**

1017 Wenn die Oper fertig saniert und das Staatenhaus zur Musical-Halle umgebaut ist, muss das blaue
1018 Zelt am Breslauer Platz abgebaut werden. Dann kann endlich der Platz final gestaltet werden. An
1019 dieser Stelle wollen wir eine exponierte Architektur und Nutzung. Der Busbahnhof muss in dieser
1020 zentralen Lage bleiben, auch für private Buslinien, und bei der Neugestaltung neu angelegt werden.

1021 **3.2.12 Köln in der Region vernetzen**

1022 Köln muss in Zukunft stärker über den Tellerrand blicken. Bei Fragen von Verkehr, neuen
1023 Siedlungen und Arbeitsplätzen durch neue Unternehmen muss Köln mit den Nachbargemeinden
1024 zusammenarbeiten. Dabei reicht es nicht, wenn sich Bürgermeisterinnen und Bürgermeister treffen.
1025 Die Zusammenarbeit muss auf Verwaltungsebene institutionalisiert werden. Wir brauchen auch ein
1026 parlamentarisches Gremium. Wir streben ein Landesgesetz für Köln und seine Nachbarn an, wie es
1027 sich im Großraum Aachen bewährt hat. Die Mobilität muss mit Kooperationen im ÖPNV ausgebaut
1028 werden.

1029 **3.3. Wirtschaft und Arbeit**

1030 Köln wächst. Damit steigen die Anforderungen von Kölnerinnen und Kölner an ein Umfeld, in dem
1031 sie sich entfalten können. Zuwanderer aus dem In- und Ausland wollen bei uns ankommen und
1032 Chancen nutzen. Unternehmerinnen und Unternehmer schaffen Arbeitsplätze. Durch Arbeit werden
1033 Menschen in die Lage versetzt, ihre Möglichkeiten zu nutzen und Neues zu schaffen. Eine starke
1034 Wirtschaft ermöglicht Entwicklungspotenziale.

1035 Köln braucht Rahmenbedingungen, die flexibel, dynamisch und unbürokratisch sind: eine
1036 zukunftsorientierte Politik, die Althergebrachtes hinterfragt und eine lokal präsenste Wirtschafts- und
1037 Arbeitsmarktpolitik anstrebt. Neues und Innovatives muss ohne Hürden umsetzbar werden.
1038 Industrie- und Gewerbeflächen sind die Voraussetzung für eine blühende Wirtschaft in Köln, so wie
1039 bezahlbarer Wohnraum für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

1040 Köln muss seine wirtschaftliche Kraft und Strahlkraft in Kooperation mit den Nachbarstädten am
1041 Rhein und bis zu unseren europäischen Nachbarn stärken. Für Unternehmen, Selbstständige,
1042 Startups und Bildungseinrichtungen muss Köln die erste Adresse sein. Die hinzugewonnenen
1043 Bürgerinnen und Bürger sollen sich auch langfristig in Köln unabhängig und frei entfalten können.

1044 **3.3.1 Kölner Wirtschaft wieder auf die Beine helfen**

1045 Unser Land und damit auch Köln brauchen einen stabilen Wirtschaftsaufschwung. Die Stadt ist
1046 selbst finanziell stark betroffen und die Gewerbesteuer ist ihre wichtigste Einnahmequelle. Es gilt:
1047 nur Unternehmen mit Gewinnen zahlen Steuern und können Menschen bezahlen - welche wiederum
1048 ihrerseits durch das, was sie kaufen, Steuereinnahmen generieren. Darum muss die Stadt alles
1049 dafür tun, dass die Unternehmen in den nächsten vier Jahren mehr Geld zur Verfügung haben, um
1050 wieder stabil wirtschaften zu können. Wir erwarten, dass mit dem so ausgelösten Wachstum
1051 etablierter und neuer Unternehmen auch die Steuereinnahmen mitwachsen.

1052 **3.3.2 Köln als Herz des Silicon Valley von NRW**

1053 Startups zeichnen sich durch innovative Tätigkeiten aus. Häufig wachsen sie schnell, schaffen
1054 Arbeitsplätze, ziehen junge Talente an und leisten dadurch einen wesentlichen Beitrag zur
1055 Entwicklung einer Stadt. Köln als Hochschul- und Wissenschaftsstandort sowie die offene Kölner
1056 Kultur bieten dafür hervorragende Bedingungen. Gründungen können noch stärker gefördert
1057 werden. Köln fehlt ein Haus der Gründer, eine Vernetzung mit dem Mittelstand und Plattformen, die
1058 Startups, Spin-offs etc. zusammenbringen. Die Stadt Köln kann Rahmenbedingungen schaffen,
1059 indem sie zum Beispiel Labore für BioTech- Startups wie den „Biocampus“ oder das „RTZ“ weiter
1060 fördert und Haushaltsmittel bereitstellt.

1061 **3.3.3 KölnBusiness Wirtschaftsförderungsgesellschaft**

1062 Wir bekennen uns ausdrücklich zur Köln Business Wirtschaftsförderungsgesellschaft (KBW). Seit
1063 Ihrer Gründung hat sie wesentliche Beiträge zur Sicherung und zum Ausbau des

1064 Wirtschaftsstandorts Köln geleistet. Die Finanzierung der KBW muss langfristig sichergestellt
1065 werden. Dabei sind europarechtliche Spielräume maximal auszunutzen und auskömmliche
1066 Haushaltsmittel bereitzustellen.

1067 Startups sind die Wirtschaftskraft von morgen. Kleine und junge Unternehmen sind oft innovativ,
1068 haben aber besondere Anforderungen. Über 760 Startups sind Teil des aufstrebenden Kölner
1069 Startup-Ökosystems. Ein Großteil davon treibt die Innovationen in den Bereichen Software, Health
1070 sowie Medien und Marketing. Wir unterstützen ausdrücklich den weiteren Ausbau der „Start-Up-
1071 Unit“ bei der KBW.

1072 Köln ist Austragungsort von einer Vielzahl von Veranstaltungen, die für die Startup-Szene eine hohe
1073 Bedeutung haben. Auf diesen Events präsentieren Gründer ihre Geschäftsideen und knüpfen
1074 wichtige Kontakte zu Unternehmen sowie anderen Akteuren des Standorts. Wir setzen uns auch
1075 zukünftig für die Durchführung von Veranstaltungen der Start-Up- und KI-Szene ein.

1076 **3.3.4 Ein international attraktiver Standort für Investoren und Unternehmen**

1077 Die Globalisierung geht auch an Köln nicht vorbei. Internationale Unternehmerinnen und
1078 Unternehmer, Investorinnen und Investoren schauen sich Köln genau an und prüfen ihre
1079 Möglichkeiten. Eine internationale Kontaktstelle für Unternehmen und ein aktives Management für
1080 Auslandsentsendungen (Expatriate-Management-System) müssen eingerichtet werden, damit Köln
1081 als attraktiver Standort erkennbar ist und Unternehmen und ihre Expatriates schnell in Köln Fuß
1082 fassen können. Flächen müssen dafür ausgewiesen und international transparent gemacht werden.

1083 Köln muss seine Steuerpolitik immer mit den Nachbarstädten vergleichen. Infrastruktur
1084 auszubauen, transparent zu machen und zu bewerben, ist nicht nur für internationale Unternehmen
1085 wichtig. Das stärkt auch die schon bestehende Wirtschaft. Grundlage dafür ist eine Verwaltung, die
1086 international ausgerichtet ist sowie zügig und effizient arbeitet und die sich ein Beispiel an Estland
1087 nimmt. Dazu gehören ein aktives internationales Marketing und ein professioneller Internet-Auftritt
1088 auf Englisch und in weiteren Sprachen.

1089

1090 **3.3.5 Köln braucht eine unternehmens- und kundenorientierte Verwaltung**

1091 Die Verwaltung muss Unternehmen als Kunden verstehen. Ein Anliegen muss bearbeitet und ggf.
1092 intern weitergereicht statt zurückgewiesen werden (One-Stop-Shop). Dafür muss zunächst
1093 Transparenz über die Ansprechpartnerinnen und -partner bestehen. In einer digitalisierten Welt
1094 muss man online den Status eines Antrages einsehen können. Wir wollen in Köln
1095 Verwaltungsleistungen über das Internet (E-Government) schnell weiter ausbauen. Dazu gehören
1096 Online-Anträge, Online-Verfahren und Apps. Die FDP Köln erwartet von der Verwaltung vor allem
1097 Datensicherheit, Datenschutz und schnelle und rechtssichere Entscheidungen. Die Ämter brauchen

1098 einen Service-Point für englischsprachige Anträge, damit die Hürden für Gründungen von nicht-
1099 deutschsprachigen Bürgerinnen und Bürgern fallen.

1100 **3.3.6 Bekenntnis zu Köln als Industriestandort**

1101 Auch wenn der Dienstleistungsbereich für Köln immer wichtiger wird, ist die industrielle Basis doch
1102 unverzichtbar für die Widerstandsfähigkeit unserer Wirtschaft. Die FDP bekennt sich zu Köln als
1103 Industriestandort und will die Industriegebiete der Stadt erhalten und noch besser nutzen. Die FDP
1104 bekennt sich zum Branchenforum Industrie.

1105 Köln braucht mehr Industrie- und Gewerbeflächen. Wenn Flächen in diesen Gebieten frei werden,
1106 soll sich nicht nur der Eigentümer, sondern auch die Wirtschaftsförderung der Stadt um die
1107 Ansiedlung von innovativen Unternehmen kümmern. Wir wollen Köln zum innovativsten
1108 Industriestandort in Europa machen und hierzu beste Investitionsbedingungen schaffen. Wir wollen
1109 die Wettbewerbsfähigkeit der breit aufgestellten industriellen Wertschöpfungsketten und der
1110 wirtschaftlichen Innovationsnetzwerke stärken. Dabei sollen die Unternehmen dazu angehalten
1111 werden, die Flächen in den Industriegebieten durch höhere Bebauung intensiver zu nutzen. Für den
1112 Erhalt der Industriegebiete ist es wichtig, dass kein Wohnungsbau und keine soziale Infrastruktur in
1113 den Gebieten der vorgeschriebenen Abstandsflächen zugelassen w

1114 **3.3.7 KMU in Köln spezifisch unterstützen**

1115 Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sind das Rückgrat der deutschen Wirtschaft. Diese sind
1116 von zunehmenden Auflagen zeitlich und finanziell überlastet, insbesondere weil immer mehr nicht
1117 delegiert werden kann: Aufgaben werden von den Behörden als Leitungssache definiert oder die
1118 richtigen Fachleute fehlen. Auflagen dürfen zukünftig nur nach einer „Kostenfolgeabschätzung“ mit
1119 besonderer Berücksichtigung von Unternehmensmerkmalen wie der Unternehmensgröße erlassen
1120 werden. Radwege- und Straßenkonzepte müssen die Ver- und Entsorgung, zum Beispiel Parken
1121 und Anlieferung im Gewerbe viel besser berücksichtigen.

1122

1123 **3.3.8 Förderung von (mittelständischen) Innovationsclustern**

1124 Mittelständische Unternehmen müssen fit werden für die digitale Zukunft und sich verändernde
1125 Märkte. Innovative Ideen entstehen jedoch nicht unbedingt im Rahmen traditioneller
1126 Geschäftsabläufe, sondern zum Beispiel im Umfeld der Start-up-Szene. Durch Vernetzung beider
1127 Seiten können neue, zukunftsorientierte Geschäftsmodelle entstehen. Dies möchten wir im Rahmen
1128 von Innovationsclustern fördern. Ihre Initiierung sehen wir als wichtige Aufgabe für die
1129 KölnBusiness Wirtschaftsförderungs-GmbH.

1130 **3.3.9 Handwerksbetriebe unterstützen**

1131 Das Handwerk gehört zu den Grundpfeilern einer funktionierenden Stadt. Es bietet wichtige und
1132 zukunftssichere Arbeitsplätze. Das Handwerk hat aber mit einer Reihe von Problemen zu kämpfen,
1133 für die die Unterstützung der Stadt gebraucht wird. Gewerbeflächen für Handwerksbetriebe sind
1134 derzeit nicht ausreichend vorhanden. Das muss in allen Stadtbezirken bei der Stadtplanung
1135 berücksichtigt werden. Es müssen Handwerkerhöfe errichtet werden, um dem Handwerk auch im
1136 urbanen Umfeld einen Raum zu geben. So können kleine Betriebe Synergien schaffen und das
1137 Handwerk wird für die städtische Bevölkerung sichtbar und erlebbar. Ebenso müssen für
1138 Handwerker die Möglichkeit erhalten bleiben, ihre Baustellen im Stadtgebiet auch mit Werkstatt-
1139 oder Lieferwagen jederzeit erreichen zu können. Alle Gewerbegebiete müssen an schnelles Internet
1140 angeschlossen werden, damit die Betriebe und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die
1141 Möglichkeiten der Digitalisierung nutzen können

1142 **3.3.10 Nachwuchs im Handwerk fördern**

1143 Viele Handwerksbetriebe suchen händeringend nach Personal. Dieses Problem muss auf
1144 verschiedenen Ebenen angegangen werden. Handwerksberufe müssen in unserer Gesellschaft
1145 mehr Wertschätzung erfahren, um mehr junge Menschen für eine Ausbildung anstelle eines
1146 Studiums zu interessieren. Jugendliche ohne Schulabschluss müssen nachqualifiziert werden. Das
1147 Handwerk hat auch mit zu hohen Auflagen zu kämpfen. Diese behindern z.B. die Integration von
1148 Geflüchteten oder Menschen mit besonderem Bedarf, die Ausbildungsplätze besetzen könnten. Eine
1149 spezifische Frauenförderung kann das Handwerk diverser machen und Perspektiven schaffen. Fort-
1150 und Weiterbildung für das Handwerk müssen in die kommunale Förderung aufgenommen werden
1151 – beispielsweise durch eine würdevolle Gebäude-Ausstattung der Berufsschule Porz als
1152 „Hochschule Handwerk“ oder durch die Unterstützung von Schulwerkstätten. In der handwerklichen
1153 Ausbildung, Fort- und Weiterbildung muss die digitale Kompetenz deutlich intensiviert werden.
1154 Förder- und Beratungsprogramme müssen den Handwerksbetrieben viel einfacher zugänglich
1155 gemacht werden. Tempo und Qualität müssen bei Verfahren der Behörden verbessert werden.

1156 **3.3.11 Ein Azubi-Wohnheim bauen**

1157 Zahlreiche Unternehmen spüren den Fachkräftemangel. Auch die Kölnerinnen und Kölner leiden
1158 hierunter, wenn sie z.B. wochen- oder gar monatelang auf Handwerker warten müssen. Eine
1159 berufliche Ausbildung ist das beste Mittel gegen den Fachkräftemangel. Viele Auszubildende können
1160 sich eine Ausbildung in Köln nicht leisten, da die Ausbildungsvergütung nicht für Miete und Leben
1161 reicht - wenn für sie überhaupt Wohnraum zu finden ist. Studierende erhalten BAföG, das höher
1162 sein kann als eine Ausbildungsvergütung, und können auf Studierendenwohnheime zurückgreifen.
1163 Auch Auszubildende brauchen kostengünstigen Wohnraum, damit für diese eine Ausbildung in Köln
1164 attraktiv ist. Wir fordern ein Azubi-Wohnheim, um auch den Ausbildungsberufen Respekt
1165 entgegenzubringen und eine diverse Arbeitsmarktpolitik zu fördern.

1166 **3.3.12 Lokale Vielfalt im Handel erhalten**

1167 Neben dem Handwerk war der Handel schon immer die tragende Säule des urbanen Lebens in
1168 Köln. Wie wichtig ein lebendiger stationärer Handel ist, hat uns die Corona-Pandemie deutlich vor
1169 Augen geführt. Die Stadt mit ihren Veedeln muss auch langfristig ein überregionales
1170 Handelszentrum bleiben. Der Online-Handel nutzt den öffentlichen Raum und zahlt dafür wenig an
1171 die Stadt. So hat er einen Wettbewerbsvorteil gegenüber dem stationären Handel, der einer
1172 umfangreichen Genehmigungspflicht unterliegt und die damit verbundenen Kosten trägt. Der
1173 stationäre Handel darf keine Nachteile durch gesetzliche, infrastrukturelle oder steuerliche Barrieren
1174 haben. Wir wollen stabile Rahmenbedingungen schaffen, die dem Wandel des Handels Rechnung
1175 tragen. Politik und Verwaltung müssen den Einzelhandel unterstützen und entlasten, statt immer
1176 mehr Auflagen und Restriktionen zu erlassen. Köln soll als „Modellstadt Einkauf“ fungieren, in der
1177 der Handel sonntags geöffnet haben darf. Politik und Verwaltung müssen alles daransetzen, dass
1178 die Aufenthaltsqualität verbessert wird und der Urbanität der Stadt und der nachhaltigen
1179 Lebensqualität ihrer Veedel Rechnung trägt. Die Schildergasse und Hohe Straße sind exemplarisch
1180 für die abnehmende Aufenthaltsqualität. Hier unterstützen wir einen Gestaltungswettbewerb für
1181 verbesserte Aufenthaltsqualität und experimentelle Räume. Gebühren, ordnungsrechtliche
1182 Kontrollen und Vorgaben müssen maßvoll angewendet werden, Planungs- und
1183 Genehmigungsprozesse müssen schneller werden. Weiter fordert die Kölner FDP:

- 1184 1. Durchführung von mehr verkaufsoffenen Sonntagen.
- 1185 2. Regelmäßige und schnellere Aktualisierung des Einzelhandels- und Zentrenkonzepts,
1186 um auf Marktveränderungen reagieren zu können.
- 1187 3. Ausreichend kostenfreie Kurzzeitparkzonen („Brötchentaste“).
- 1188 4. Erhöhung der Aufenthaltsqualität im urbanen Raum durch die konsequente
1189 Umsetzung des Gestaltungshandbuchs .
- 1190 5. Gewerbesteuerersatz-Festschreibungen auf fünf Jahre, um Neuansiedlungen von
1191 externen Händlern und Handwerkern für Köln zu generieren.
- 1192 6. Einführung einer Veedels-Plattform, um die Geschäftsmodelle der Händler,
1193 Gastronomen und Dienstleister zu digitalisieren und die lokale Kundenbindung zu
1194 stärken, z.B. durch lokale Treueprogramme.
- 1195 7. Mehr Reinigung und mehr Kontrollen für mehr Sauberkeit.
- 1196 8. Wirtschaftsparkplätze für Handwerker, Dienstleister oder Pflegedienste.

1197 **3.3.13 Hotel- und Gastronomiebranche durch Tourismus stärken, Bettensteuer abschaffen**

1198 Der Städtetourismus und mit ihm die Hotel- und Gastronomiebranche in Köln haben unter der
1199 Corona-Pandemie sehr gelitten. Viele Existenzen und Arbeitsplätze sind gefährdet oder gar schon
1200 verloren. Wann, wenn nicht jetzt gehört die Kulturförderabgabe auf Hotelübernachtungen
1201 (sogenannte „Bettensteuer“) abgeschafft? Sie erhöht die Hotelbettenpreise und macht den
1202 Städtetourismus und Geschäftsreisen unattraktiver, statt ihn zu fördern.

1203

1204 **3.3.14 Weniger Bürokratie für die Gastronomie**

1205 Gastronomie sorgt für eine gute und attraktive Stadtatmosphäre. Sie leistet mit ihren vielfältigen
1206 Angeboten einen wertvollen Beitrag zum positiven Lebensgefühl in Köln. Zusätzlich steigert sie das
1207 Sicherheitsgefühl der Menschen durch die Belebung des städtischen Raumes. Durch die Corona-
1208 Pandemie sind viele Betriebe in ihrer Existenz bedroht worden oder mussten schließen. Wir wollen
1209 es den Wirten erleichtern, Außengastronomie für die Gäste anzubieten. Dabei wollen wir sie von
1210 überflüssiger Bürokratie befreien, indem wir zum Beispiel verstärkt zu mehrjährigen, gebührenfreien
1211 Genehmigungen von Außengastronomie übergehen. Die regelmäßigen Anlieferungen müssen
1212 durch konsequentes Abschleppen in den Ladezonen unterstützt werden.

1213 **3.3.15 Abschaffung der stillen Feiertage**

1214 In der Vergangenheit sind schon Messen aus Köln weggegangen, weil hier an stillen Feiertagen
1215 keine Messen bzw. messenahe Veranstaltungen stattfinden dürfen. Das wollen wir nicht hinnehmen.
1216 Die FDP Köln setzt sich beim Land dafür ein, die stillen Feiertage abzuschaffen. Entsprechend ist
1217 die Bezirksregierung Köln zu ermutigen, etwaig bestehende Ermessensspielräume bei der
1218 Gewährung von Veranstaltungsgenehmigungen zu stillen Feiertagen zu deren Gunsten auszunutzen.

1219 **3.3.16 Logistikangebote für Gewerbe und Industrie innovativ organisieren**

1220 Der E-Commerce wächst und dadurch steigt der Bedarf an Logistikdienstleistungen. Das bringt
1221 erhebliche Herausforderungen für den städtischen Verkehr, aber auch für große Unternehmen mit
1222 sich. Wir wollen die Logistikangebote für Gewerbe und Industrie innovativ und stadtverträglich
1223 organisieren. Dabei muss die gesamte Infrastruktur von Köln berücksichtigt werden, also die
1224 Straßen, der Rhein, der Flughafen, die Bahn etc. Fahrräder mit großen Lieferboxen sollen in Teilen
1225 der Innenstadt die Funktion der Lieferwagen übernehmen.

1226 **3.3.17 Aktive Förderung der Kultur- und Kreativwirtschaft**

1227 Köln ist eine Medienstadt und eine Hochburg der Kultur- und Kreativwirtschaft. Köln zieht die
1228 entsprechenden Köpfe an und diese haben schon viele gute Konzepte wie c/o Pop, Gamescom,
1229 ArtCologne, Comicon usw. verwirklicht. Die Vermarktung davon muss durch KölnTourismus
1230 international fokussiert werden. Die zahlreichen Festivals müssen mehr unterstützt, innovative
1231 Konzepte gefördert und dadurch auch eine Kultur- und Kreativlandschaft in den Veedeln ermöglicht
1232 werden. Dafür braucht es eine Offenheit der Verwaltung für z.B. Kunstinstallationen und Festivals
1233 an ungewöhnlichen Orten. Kreativität und Innovation entstehen durch Kollaboration. Eine
1234 Vernetzung der Kreativschaffenden soll durch die Stadt Köln aktiv durch mehr Beratung gefördert
1235 werden.

1236 **3.3.18 Vielfältige Sharing Economy Angebote ermöglichen**

1237 Köln platzt aus allen Nähten und steht als wachsende Stadt vor Mobilitäts-, Wohn- und
1238 Parkproblemen. Deshalb überprüfen immer mehr Menschen, wie viel Fläche sie eigentlich
1239 brauchen. Teilen (Sharing) spart Ressourcen und ermöglicht individuell und gesellschaftlich
1240 vielfältige Möglichkeiten. Die Sharing Economy ermöglicht neue Geschäftsmodelle. Die Stadt soll
1241 diese Entwicklung fördern, wo dies das Zusammenleben der Menschen verbessert. Dazu gehören
1242 die Förderung von Parkplätzen für das Carsharing und die Berücksichtigung von
1243 Wohngemeinschaften und Kurzzeitwohnen bei der Vergabe von Bauland. Auch die städtischen
1244 Unternehmen müssen hier tätig werden. Die KVB zum Beispiel soll für ihre Abonnenten besondere
1245 Vorteile bei der Nutzung anderer Verkehrsmittel im Sharing-Bereich anbieten und so die Vernetzung
1246 der Verkehrsträger fördern.

1247 **3.3.19 Quartiers-Management für Gewerbeimmobilien**

1248 In Köln stehen zunehmend Gewerbeimmobilien leer. Das ist schlecht für die Wirtschaft, die
1249 Steuereinnahmen und das Image der Stadt. Flächen- und Leerstandsmanagement muss kompetent
1250 organisiert werden. Das schafft dann mit einem organisierten und transparenten Mietpreis-Check
1251 die erforderliche Markttransparenz. Das unterstützt Mieter und Hauseigentümer und soll die
1252 Vermietungsquote bei Einzelhandel und Gastronomie zumindest erhalten. Wir wollen kompetente
1253 Ansprechpartner für Immobilien-Standortgesellschaften und eine Moderatorenstelle Mietpreis-
1254 Check etablieren.

1255 **3.3.20 Märkte in Köln sichern**

1256 Märkte an der frischen Luft sind ein wichtiger Teil der Vielfalt unserer Lebensmittelversorgung. Ob
1257 dieses Angebot erhalten bleibt, hängt vor allem an den Menschen, die es nutzen. Wir wollen es den
1258 Anbietern im Umgang mit der Stadt aber so leicht wie möglich machen. Zur Versorgung der Märkte
1259 trägt der Großmarkt bei, der der Stadt gehört. Der Erhalt ist eine Möglichkeit für die Stärkung
1260 regionaler Produkte vor dem Hintergrund einer nachhaltigeren Ernährungsweise. Ein neuer Standort
1261 muss bezugsfertig sein, bevor bestehende Strukturen irreparabel zerstört sind. Die Kündigung der
1262 Händlermietverträge zum 30.09.2025 durch Beschluss des Ratsbündnisses halten wir in diesem
1263 Zusammenhang für einen groben Fehler. Die FDP setzt sich für die Aussetzung/Rücknahme der
1264 Kündigungen und für eine Verlängerung dieser bis 2030 ein, um Zeit für eine Konzeption von
1265 Alternativen zum Erhalt des Großmarktes an einem neuen Standort zu gewinnen. Insbesondere soll
1266 die Ansiedlung in Volkhoven/Weiler weiterhin in Betracht kommen.

1267 **3.3.21 Köln soll ein zentraler europäischer Raumfahrtstandort werden**

1268 Köln ist Raumfahrtstadt. Hier arbeiten das Deutsche Luft- und Raumfahrtzentrum (DLR), die
1269 European Space Agency (ESA) und das Institut für Luftrecht, Weltraumrecht und Cyberrecht an der
1270 Universität. Wir wollen, dass die Stadt gezielt im Bereich der Nutzung des Weltalls die Ansiedlung
1271 weiterer Institutionen vorantreibt. Köln soll zu einem zentralen Standort für europäische
1272 Raumfahrtforschung und -nutzung werden. Ziel ist, in diesem Bereich weitere Geschäftsmodelle

1273 wie z. B. satellitengestützte Überwachung von Luftschadstoffen und Klimagasen zu entwickeln und
1274 Köln als zentralen Standort für Weltraum-Expertise zu positionieren. Marketing, Fördergelder,
1275 wissenschaftliche Konferenzen, öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen etc. können den Standort
1276 stärken und dadurch noch mehr internationale Forscherinnen und Forscher anziehen. Köln als Stadt
1277 der Raumfahrt wäre eine zusätzliche, zukunftsweisende Markenbotschaft, die genutzt werden kann,
1278 um Menschen in Schulen und Universitäten zu begeistern. Am Tag der Luft- und Raumfahrt sind
1279 noch öffentlichkeitswirksamere Veranstaltungen durchzuführen.

1280 **3.3.22 Forschungsergebnisse in die Wirtschaft transferieren**

1281 Köln und das Rheinland sind ein führender Forschungsstandort in Deutschland. Eine Reihe von
1282 Hochschulen und staatlichen Forschungsinstituten leistet hier hervorragende Arbeit. Leider
1283 funktioniert der Transfer der Forschungsergebnisse in die praktische Anwendung oft nicht so gut.
1284 Dadurch gehen uns in Deutschland zukunftssträchtige Wirtschaftsfelder und Arbeitsplätze verloren.
1285 Der Austausch zwischen Hochschulen und Unternehmen muss über den „Forschungsdialog
1286 Rheinland“ hinaus gestärkt und der Transfer von Forschungsergebnissen in die Wirtschaft optimiert
1287 werden. Wir möchten uns an den Aktivitäten von UnternehmerTUM, der Wissenschaftstransfer-
1288 Initiative in München, orientieren und in Köln umsetzen. Das Wegbrechen industrieller Forschung
1289 muss verhindert werden, indem die Vorteile kurzer Wege deutlich gemacht werden: der vorhandene
1290 Forschungsatlas Rheinland muss Teil des Standortmarketings werden.

1291 **3.3.23 Mehr Menschen in Arbeit bringen**

1292 Attraktive neue Arbeitsplätze in Köln sind eine Voraussetzung für einen größeren finanziellen
1293 Spielraum für Sozialpolitik, um den Kölnerinnen und Kölnern zu helfen, die dies nicht aus eigener
1294 Kraft vermögen. Geeignete Rahmenbedingungen sind unsere soziale Verantwortung. Die Kölner
1295 Liberalen stehen für die Schaffung von Arbeitsplätzen mit Nachhaltigkeitseffekt. Wir wollen nicht
1296 nur Dienstleistungsfirmen aus dem Niedriglohnsektor, sondern innovative Firmen, die attraktive
1297 Arbeitsplätze schaffen. Trotz guter Wirtschaftsleistung ist in Köln etwa die Hälfte der arbeitslosen
1298 Menschen ein Jahr oder länger ohne Arbeit. In Verantwortung für diese Menschen fordert die Kölner
1299 FDP, die Anstrengungen zu erhöhen, damit die Betroffenen, auch mit Handicaps, Arbeitsplätze im
1300 ersten Arbeitsmarkt finden.

1301 **3.3.24 Jeder und Jedem den Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglichen**

1302 Arbeitsmarktpolitik muss grundsätzlich auf den Einstieg in den ersten Arbeitsmarkt ausgerichtet
1303 sein. Für Personen mit vielfachen Vermittlungshemmnissen und Menschen, die schon sehr lange
1304 arbeitslos sind, muss es auch kommunale Förderprogramme geben. Mehr und bessere
1305 Beratungsstellen für Unternehmen sind notwendig in Bezug auf Förderungen und Auflagen.
1306 Aufklärungskampagnen zu Möglichkeiten und Chancen von Diversität und Inklusion in Unternehmen
1307 können Akzeptanz (auch bei anderen Mitarbeitenden in Unternehmen) schaffen. Die Stadt Köln
1308 muss in ihrer Verwaltung und in ihren Unternehmen „mit gutem Beispiel vorangehen“. Sie muss

1309 dort alle Möglichkeiten ausschöpfen, Diversität zu nutzen, Inklusion zu fördern und Menschen zu
1310 integrieren. Wenn sie darüber kontinuierlich informiert, kann die Stadt Köln zu einem attraktiven
1311 Arbeitgeber werden. Runde Tische zwischen Verwaltung, Sozialpartnern und Unternehmen zur
1312 Klärung von Bedarf und Nachfrage und zur Erarbeitung von Maßnahmen sind regelmäßig
1313 notwendig. Inklusion und die Förderung von Diversität ist keine Einbahnstraße. Es ist eine Chance
1314 und kann eine Win-Win-Situation für alle Beteiligten sein, wenn die Rahmenbedingungen gelingen
1315 und die Bedürfnisse aller beteiligten Akteure berücksichtigt werden.

1316 **3.3.25 Seniorinnen und Senioren als aktiven Teil des Wirtschaftsgeschehens begreifen**

1317 Viele Seniorinnen und Senioren wollen oder müssen auch nach dem Renteneintritt noch arbeiten.
1318 Seniorinnen und Senioren sollte auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens Partizipation
1319 ermöglicht werden. Sie haben einen reichen Schatz an Erfahrungen und Wissen und sind häufig
1320 motiviert, dieses Wissen auch weiterzugeben. Konzepte, die „Alt hilft Jung und Jung hilft Alt“ als
1321 Kerninhalt haben, können eine Diversität in der Gesellschaft, eine Akzeptanz der Generationen und
1322 eine Integration unterschiedlicher Mitglieder der Gesellschaft fördern. Informationsbörsen und
1323 Kampagnen, welche Möglichkeiten bestehen, sich in den Arbeitsmarkt einzubringen, sowohl für
1324 Unternehmen als auch für Seniorinnen und Senioren, sollen Handlungsräume schaffen und
1325 ungenutztes Potenzial nutzbar machen. Die Stadt Köln soll in Zusammenarbeit mit der
1326 Arbeitsagentur Beratungsstellen mit dem Schwerpunkt „Arbeiten im Alter“ einrichten, um es
1327 interessierten Personen leicht zu machen, an Informationen zu kommen.

1328 **3.3.26 Ein gezieltes und professionelles Stadtmarketing / Olympia 2040**

1329 Wir brauchen ein Stadtmarketing, das gezielt, adressatengerecht und mit mehr Budget für die Stadt
1330 Köln wirbt. Anstatt Marketing mit der Gießkanne braucht Köln ein zielgerichtetes Marketing.
1331 Marketing muss dabei gezielt auf Wissenschaft, Kultur, Freizeit und Wirtschaft abzielen. Das
1332 Stadtmarketing ist dabei professionell aufzustellen und mit den notwendigen Ressourcen
1333 auszustatten. Ein attraktiver Standort kann einen Magneten für Unternehmen und Talente darstellen.
1334 Neben einem gezielten Kulturmarketing sollte auch ein Sportmarketing, welches auch innovative
1335 Sportarten umfasst, vorangetrieben werden. Hierzu fordern wir eine stadt eigene Gesellschaft zur
1336 Anwerbung von Sportveranstaltungen. Wir unterstützen zudem die Ausrichtung der olympischen
1337 Sommerspiele 2040 in Deutschland und wünschen uns Köln als Austragungsort.

1338 Neben der Sichtbarkeit der Stadt, die über den Karneval hinausgeht, braucht Köln ein Marketing,
1339 das den guten Ruf der Stadt so darstellt, wie Köln es verdient hat.

1340



1341

1342 **4. Die Stadt der selbstbestimmten, freien Entfaltung**

1343 **Die Essenz der Freiheit liegt in einem selbstbestimmten Leben, und Köln präsentiert sich als**
1344 **ideale Bühne für diese Freiheit – von der lebendigen Veedelskultur bis zum pulsierenden**
1345 **Großstadtleben. Wir setzen uns dafür ein, dass Köln mit erstklassigen öffentlichen und**
1346 **individuellen Mobilitätslösungen zu einer Stadt wird, die generationsübergreifend frei von Angst**
1347 **und Barrieren ist.**

1348 **Wir streben danach, Köln als sichere, saubere und einladende Stadt zu gestalten, die durch eine**
1349 **dynamische und vielfältige Kulturlandschaft sowie exzellente Freizeit- und Sportangebote**
1350 **besticht. Denn mehr Freiraum in einer Stadt bedeutet eine höhere Lebensqualität für alle ihre**
1351 **Bewohner!**

1352 **4.1. Mobilität**

1353 **Mobilität ist Freiheit. Die Wahl des Verkehrsmittels, um von A nach B zu kommen, ist eine**
1354 **individuelle Entscheidung – abhängig von Ziel, Tageszeit, Jahreszeit und Wetterbedingungen. Als**
1355 **Liberale wollen wir Entscheidungsfreiheit und lehnen Bevormundung ab. Politische Maßnahmen**
1356 **müssen darauf ausgerichtet sein, diese Freiheit nicht nur zu bewahren, sondern aktiv zu erweitern.**

1357 In Köln ist das vollständige Mobilitätsangebot noch nicht in allen Stadtteilen verfügbar. Zwar ist es
1358 überall möglich, zu Fuß, mit dem Fahrrad oder dem Auto unterwegs zu sein; das Angebot an
1359 öffentlichen Verkehrsmitteln sowie an Car- und Bike-Sharing ist jedoch ausbaufähig.

1360 Unser Ziel ist es, die individuelle Mobilität so zu gestalten, dass sie dem sozialen Zusammenleben
1361 und der Lebensqualität dient, ohne dabei das Klima zu belasten. Daher begrüßen wir Investitionen
1362 zum Ausbau von Angeboten, die den Menschen die Nutzung umweltfreundlicher Verkehrsmittel
1363 erleichtern. Eine Politik, die den individuellen motorisierten Verkehr behindern oder gar beseitigen
1364 will, ohne praktikable Alternativen anzubieten, lehnen wir ab.

1365 Ein umfassendes Mobilitätskonzept für Köln soll Lösungen schaffen, die alle Verkehrsarten
1366 intelligent vernetzen und so zu einer effizienteren Nutzung führen. Dabei setzen wir auf die
1367 Förderung von Park-and-Ride-Systemen und eine verbesserte Taktung von Stadtbahnen und
1368 Bussen in Spitzenzeiten, um den innerstädtischen Verkehr zu reduzieren und die Mobilität der
1369 Bürgerinnen und Bürger zu verbessern. Wir streben einen Ausbau von Car- und Bike-Sharing an,
1370 auch in Kombination mit dem öffentlichen Nahverkehr.

1371 **4.1.1 Mehr Mobilstationen**

1372 Köln braucht mehr Mobilstationen, an denen man die Verkehrsmittel wechseln kann. Dafür müssen
1373 Fahrräder, E-Scooter, Lastenräder zum Ausleihen zur Verfügung stehen, außerdem Ladesäulen und
1374 ein Car-Sharing-Angebot. Es muss auch Abstellmöglichkeiten für private Fahrräder geben. Solche
1375 Mobilstationen sollen an allen Stadtbahnhaltestellen und an weiteren Knotenpunkten gebaut
1376 werden.

1377 **4.1.2 Mehr Geld für die Infrastruktur**

1378 Die Infrastruktur – Straßen, Brücken, Tunnel, Rad- und Gehwege – muss gepflegt werden. Jeder
1379 weiß: Je später die Schäden behoben werden, desto teurer wird es. Wir wollen die konsequente
1380 Instandhaltung und Instandsetzung mit einem ausreichenden Budget im jährlichen Haushalt. Das
1381 Baustellenmanagement der Stadt muss so verbessert werden, dass nicht auf mehreren parallel
1382 führenden Straßen der Verkehr gleichzeitig eingeschränkt wird. Damit diese Maßnahmen auch
1383 schneller umgesetzt werden können, braucht die Stadt mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in
1384 den zuständigen Ämtern, insbesondere für das Planen und für das Bauen.

1385 **4.1.3 Smarter Verkehr**

1386 Egal ob zu Fuß, mit dem Rad oder dem Auto – für viele sind die Kölner Ampelschaltungen ein
1387 dauerndes Ärgernis. Wir wollen den beschleunigten Austausch alter gegen moderne Ampelanlagen
1388 mit Anschluss an den Verkehrsrechner, damit verkehrs-, umwelt- und tageszeitabhängige
1389 Schaltungen überall in der Stadt möglich werden. Das Ziel ist die "Grüne Welle" für alle.

1390 Smarte Verkehrssteuerung senkt nicht nur den Abgasausstoß, sondern beschleunigt auch den
1391 Verkehr und bedeutet für alle einen Gewinn an Zeit und Lebensqualität. Dies betrifft nicht nur die
1392 Steuerung des Individualverkehrs (zum Beispiel Ampelschaltungen), sondern auch des ÖPNV.
1393 Auslastung, Bedarf und Kundenwünsche sind umfassend zu evaluieren und für passgenaue, stärker
1394 flexibilisierte Angebote zu nutzen.

1395 Wir wollen in intelligente Verkehrstechnik und ein Verkehrsmanagementsystem investieren, um
1396 Autofahrerinnen und Autofahrern die Daten über Navigationssysteme, das Internet und
1397 entsprechende Apps zur Verfügung zu stellen.

1398 **4.1.4 Mehr Pilotprojekte für Shared Space**

1399 Zu viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Straßenverkehr fühlen sich in ihrem Verkehrsraum
1400 unsicher, durch andere unnötig gefährdet oder benachteiligt. Wir wollen, dass dort, wo es wenig
1401 Verkehr gibt, „Shared Space“-Pilotprojekte gestartet werden. Die gemeinsame Nutzung des
1402 Straßenraums ohne Ampeln und Verkehrsschilder führt zu wechselseitiger Rücksichtnahme und
1403 wertet diesen Raum auf, indem alle Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer gleichberechtigt sind.

1404 **4.1.5 Alternativen für den Individualverkehr und den Lieferverkehr**

1405 Wo PKW im Stau stehen und Bahnen überfüllt sind, müssen Alternativen gefördert werden. Wir
1406 wollen, dass Car- und Bike-Sharing-Angebote ausgebaut und durch Sharing von Lastenfahrrädern
1407 und E-Rollern in äußeren Stadtteilen ergänzt werden. Digitale Plattformen sollen den ÖPNV mit allen
1408 alternativen Angeboten vernetzen. Für Lieferdienste sollen gemeinsame Endverteiler mit großen
1409 Lieferfahrrädern oder Elektromobilen dazu beitragen, die Zahl der klimabelastenden Lieferfahrzeuge
1410 deutlich zu reduzieren.

1411 **4.1.6 Bahnen und Busse als Grundlage für ein mobiles Köln**

1412 Bus und Bahn stellen eine wichtige Säule der städtischen Verkehrspolitik dar. Für jüngere und ältere
1413 Menschen sind sie ein wichtiges Transportmittel und deswegen auch Herzensanliegen einer
1414 liberalen Verkehrspolitik. Aber auch für die vielen Pendlerinnen und Pendler kann der öffentliche
1415 Nahverkehr nur dann eine Alternative sein, wenn Pünktlichkeit und Taktung die Benutzung
1416 garantieren. Damit mehr Menschen Bus und Bahn nutzen, muss das Angebot verbessert werden.
1417 Wir wollen, dass die Bahnen in der Innenstadt durch neue U-Bahn-Strecken schneller und
1418 zuverlässiger fahren und die Straßen und Plätze neu gestaltet werden können. In den Außenbezirken
1419 müssen Stadtbahnstrecken verlängert werden.

1420 **4.1.7 Mehr Platz in der Linie 1**

1421 Die gesamte Ost-West-Achse mit der Linie 1 ist überlastet. Überfüllte Züge können keine
1422 zusätzlichen Fahrgäste mehr aufnehmen. Wir wollen, dass auf der gesamten Strecke in Zukunft

1423 Langzüge (90-Meter-Bahnen) eingesetzt werden, um die Kapazitäten um 50% zu erhöhen. Dafür
1424 müssen so schnell wie möglich alle kurzen Bahnsteige verlängert werden.

1425 **4.1.8 U-Bahn-Tunnel von der Deutzer Brücke bis Melaten und in Lindenthal**

1426 Mit Blick auf die kommenden Generationen braucht Köln als wachsende Stadt ein modernes U-
1427 Bahn-System. Wir wollen einen Stadtbahntunnel zwischen Heumarkt und Melaten und die
1428 Verlängerung der U-Bahn bis Lindenthal. Die Linie 7 soll bis zum Militärring unter der Dürener
1429 Straße geführt werden. Unterirdische Haltestellen in Höhe des Krankenhauses Hohenlind, am
1430 Gürtel, der Kloster- und Herbert-Lewin-Straße sollen das Bezirkszentrum erschließen.

1431 **4.1.9 Die Linie 2 als Lösung für den Kölner Westen**

1432 Die Express-Busspur als Entlastung der Ost-West-Achse ist gescheitert. Wir wollen stattdessen die
1433 vorübergehende Entlastung durch die Schaffung einer Linie 2 von Weiden-West bis zum Rudolfplatz
1434 oder sogar Neumarkt. Hierfür ist nur der Bau einer Wendeanlage auf der Hahnenstraße oder die
1435 Optimierung der Gleisanlagen am Neumarkt erforderlich. Damit könnten die Kapazitäten auf der
1436 Linie 1 rasch verdoppelt werden.

1437 **4.1.10 Bau neuer Stadtbahnstrecken**

1438 Wir wollen den Bau neuer Stadtbahnstrecken:

- 1439 1. Tieferlegung der Linie 18 an der Kreuzung Luxemburger Straße/ Militärring.
- 1440 2. Bau einer neuen Stadtbahnstrecke von Mülheim über Stammheim nach Flittard und weiter
1441 nach Leverkusen, mit Anbindung des neuen Veedels Mülheim-Süd.
- 1442 3. Rasche Fertigstellung der U-Bahn am Waidmarkt und Verlängerung über die Bonner Straße
1443 bis nach Rondorf und Meschenich-Süd.
- 1444 4. Verlängerung der Linie 7 über Zündorf-Süd nach Langel mit Anschluss an die künftige
1445 Stadtbahnlinie 17 über Niederkassel nach Bonn und Bau der entsprechenden Rheinbrücke
1446 zwischen Sürth und Langel.
- 1447 5. Bau einer Stadtbahnstrecke nach Neubrück.
- 1448 6. Verlängerung der Linie 13 über den südlichen Gürtel bis zum Rhein mit Umsteigepunkten
1449 zu den Linien 12 und 16 sowie der künftigen Linie 5.
- 1450 7. Verlängerung der Linie 4 über Bocklemünd hinaus nach Widdersdorf und weiter nach
1451 Niedersußem.
- 1452 8. Verlängerung der U-Bahn von der Haltestelle Severinstraße unter dem Barbarossaplatz
1453 hindurch bis zum Grüngürtel und vom Zülpicher Platz bis zum Salierring.
- 1454 9. Verlängerung der Linie 5 nach Pesch, Auweiler und Esch.
- 1455 10. Verlängerung der Linie 12 nach Rheinkassel und Langel.

1456 11. Rechtsrheinische Gürtelverlängerung ab Bahnhof Mülheim über die Frankfurter Straße bis
1457 Ostheim bzw. bis zum S-Bahn-Haltepunkt „Frankfurter Straße“.

1458 Auch jenseits der Stadtgrenzen müssen die Angebote für Pendler im VRS und darüber hinaus
1459 verbessert werden. Busse und Bahnen in der gesamten Metropolregion müssen häufiger fahren.
1460 Das S-Bahn-Netz der Deutschen Bahn rund um Köln muss schneller erweitert werden.

1461 **4.1.11 Autonome U-Bahn für Köln**

1462 Köln soll eine neue U-Bahn-Strecke bauen, die auf einer eigenen Strecke verkehrt und deshalb
1463 fahrerlos betrieben werden kann. Damit können die bisherigen, überfüllten Bahnen entlastet
1464 werden, außerdem wird der Personalmangel der KVB berücksichtigt. Eine Machbarkeitsstudie soll
1465 herausfinden, auf welcher Strecke der größte Bedarf und die beste Möglichkeit besteht.

1466 **4.1.12 KVB by Night**

1467 Köln ist eine Stadt, die niemals schläft. Von Sonntag bis Donnerstag fehlt in unserer Millionenstadt
1468 ein Nachtbus-System. Für mehr Mobilität und Vielfalt fordern wir ein intelligentes Nachtkonzept,
1469 welches allen – von Berufstätigen bis hin zum Partypublikum – auch nachts einen sicheren
1470 Transport ermöglicht.

1471 **4.1.13 Attraktivere Fahrzeiten und Fahrzeuge**

1472 Wo ein weiterer Ausbau von Stadtbahnlinien nicht oder nicht schnell genug möglich ist, muss das
1473 Busnetz erweitert werden. Dies gilt auch für die äußeren Stadtteile. In den Tagesrandzeiten, nachts,
1474 am Wochenende und in den Außenbezirken muss der Taktverkehr verdichtet werden. Auf allen
1475 Stadt- und S-Bahn-Strecken, auf denen es technisch möglich ist, soll im Berufsverkehr ein 5-
1476 Minuten-Takt eingeführt werden. Im Übrigen sollen die Bahnen und Busse tagsüber mindestens im
1477 10-Minuten-Takt fahren. Alle Bahnen und Busse sollen mit Klimaanlage ausgestattet werden.

1478 **4.1.14 Sicherheit in den Fahrzeugen und auf den Bahnsteigen**

1479 Mehr Servicepersonal in den Fahrzeugen und auf den Bahnsteigen soll dazu beitragen, Sicherheit
1480 und Sauberkeit zu verbessern. Um die Sicherheit in Stadtbahnstationen zu erhöhen und Personen,
1481 die sich in den Stationen nur aufhalten, ohne zu fahren, aus den Haltestellen fernzuhalten, soll ein
1482 Zugangssystem zu den Bahnsteigen eingeführt werden. Dann erhält man nur mit gültigem Ticket
1483 Zugang zu den Bahnsteigen.

1484

1485 **4.1.15 Neue Haltestellen**

1486 Wir wollen, dass der Rheinauhafen durch eine neue Haltestelle für die Linien 3 und 4 auf der
1487 Severinsbrücke besser erschlossen wird. Auf der Linie 13 sollen Verknüpfungspunkte an der Niehler
1488 Straße und an der Boltenssternstraße gebaut werden. Im Hinblick auf den künftigen S-Bahn-Ring
1489 müssen Umsteigepunkte an der Aachener Straße, an der Luxemburger Straße, am Bonner Wall und
1490 an der Siegburger Straße entstehen.

1491 **4.1.16 Barrierefreie Haltestellen**

1492 Alle Haltestellen für Hochflurbahnen, die bisher nicht angehoben worden sind, müssen in Zukunft
1493 barrierefrei werden. Das entsprechende Programm zum Ausbau der Haltestellen, z.B. auf dem
1494 Gürtel (Linie 13) oder am Barbarossaplatz, muss schneller umgesetzt werden. An wichtigen U- und
1495 S-Bahn-Stationen, z.B. Friesenplatz, Deutz Technische Hochschule oder Geldernstraße/Parkgürtel,
1496 müssen beschleunigt Aufzüge eingebaut werden.

1497 **4.1.17 Maßnahmen gegen den Ausfall von Bahnen**

1498 Die KVB haben in den letzten Jahren mit einem Mangel an Fahrerinnen und Fahrern und einem
1499 Mangel an Fahrzeugen zu kämpfen, sodass immer wieder Züge ausfallen und die nachfolgenden
1500 Bahnen völlig überfüllt sind. Dies ist nicht akzeptabel. Wir wollen ein besseres Management mit
1501 einer vorausschauenden Planung, um solche Missstände von vornherein zu vermeiden. Die KVB
1502 soll auch wieder Studierende als Fahrpersonal einsetzen.

1503 **4.1.18 Nachfolgelösung für KVB Isi**

1504 Die KVB haben das Projekt Isi beendet. In der Testphase konnten Fahrgäste über eine App Start-
1505 und Zielort sowie Zeitpunkt der Fahrt eingeben. Über einen Algorithmus wurden dann elektrische
1506 Kleinbusse mit Fahrer optimal gesteuert. Dieses Projekt wird sich erst mit autonomen Fahrzeugen
1507 rechnen. Der Test hat allerdings auch gezeigt, dass es eine besondere Zielgruppe von älteren
1508 Personen gibt, deren lokale Mobilität für kleinere Besorgungen oder für Arztbesuche sich durch Isi
1509 deutlich verbessert hatte. Für diese Menschen sollte eine Nachfolgelösung entwickelt werden, z.B.
1510 durch Taxigutscheine oder durch einen lokalen Rikschaservice.

1511 **4.1.19 Wassertaxis**

1512 Der Rat hat der Stadtverwaltung in mehreren Beschlüssen Prüfaufträge zum Einsatz von
1513 Wassertaxis auf dem Rhein entlang des Flusses erteilt. Bei der politischen Entscheidung geht es
1514 uns um die Frage, ob Zeit gespart wird und Nachfrage vorhanden ist.

1515 **4.1.20 Fernbusse sollen am Breslauer Platz halten**

1516 Die Stadt Köln hat ihren Fernbusbahnhof zum Flughafen Köln/Bonn verlegt. Damit wurde der
1517 Standortvorteil am Breslauer Platz trotz hervorragender Infrastruktur für ein Fernbuskreuz Köln ohne

1518 Not aufgegeben. Begründet wurde dies mit den Emissionen der Dieselsebusse in der Innenstadt. Wir
1519 wollen, dass Busse, die z.B. mit Elektromotor oder mit klimaneutralem Biogas fahren, wieder am
1520 Breslauer Platz halten dürfen, um so die Zahl der Busse mit alternativen Antrieben in Köln gezielt
1521 zu erhöhen.

1522 **4.1.21 Ein attraktives Radverkehrsnetz schaffen**

1523 Zweiräder stellen eine Alternative zum Auto dar und sind deswegen besonders in Städten Teil eines
1524 flexiblen Verkehrskonzeptes. Die Attraktivität hängt hier aber vorrangig von einer leichten
1525 Zugänglichkeit und einer für sie vorgesehenen Infrastruktur ab. In den Kölner Stadtbezirken sind
1526 bereits Radverkehrskonzepte beschlossen worden, deren Umsetzung aber zu langsam geht. Wir
1527 wollen, dass die Verwaltung hier schneller wird.

1528 **4.1.22 Radfahrstreifen und Radwege**

1529 Wir wollen in Köln ein geschlossenes Netz aus Radfahrstreifen, Radwegen und Fahrradstraßen.
1530 Damit der Radverkehr nicht in Konflikte mit dem Fußverkehr kommt, haben sich Radfahrstreifen auf
1531 der Fahrbahn bewährt. Allerdings dürfen diese – ebenso wie die klassischen Radwege – nicht
1532 unvermittelt enden, sondern müssen überall eine sinnvolle Anbindung erhalten. Wo es möglich ist,
1533 fordern wir eine bauliche Trennung zur Fahrbahn, um den Radverkehr zu schützen. Bei neuen
1534 Verkehrswegeplanungen sollen bauliche Trennungen von Anfang an eingeplant werden.
1535 Beschädigte Fahrradwege müssen kurzfristig instandgesetzt und die Zufahrt durch
1536 Bordsteinabsenkungen erleichtert werden.

1537 **4.1.23 Fahrradstraßen**

1538 Auf Fahrradstraßen hat der Radverkehr Vorrang vor dem Autoverkehr. Multifunktionsstreifen am
1539 Rande von Fahrradstraßen erlauben die Aufstellung neuer Fahrradnadeln. Sie nützen auch dem
1540 Fußverkehr, wenn dadurch Parkscheinautomaten und Papierkörbe vom Gehweg verlagert werden
1541 können. Bei Bedarf können Sitzbänke aufgestellt werden. Wir wollen stadtweit prüfen lassen, welche
1542 Straßen sich zur Umwandlung in Fahrradstraßen eignen. Dazu muss es eine Beteiligung der
1543 Anwohnenden und der lokalen Gewerbetreibenden geben, um einen Konsens vor Ort zu erzielen.

1544 **4.1.24 Bau von Radpendlerwegen**

1545 Ein wesentlicher Teil des Berufsverkehrs in Köln wird durch Einpendler aus dem Umland verursacht.
1546 Um diesen das Umsteigen aufs Fahrrad zu erleichtern, wollen wir, dass Radpendlerwegen aus allen
1547 Richtungen in die Kölner Innenstadt angelegt werden. Der Radschnellweg aus Frechen über die
1548 Bachemer Straße muss endlich realisiert werden.

1549 **4.1.25 Mehr Abstellmöglichkeiten für Fahrräder**

1550 Wir wollen bedarfsorientiert mehr Radabstellanlagen und „Haarnadeln“ (Fahrradständer) im
1551 gesamten Stadtgebiet errichten, nicht nur an U-Bahn-Haltestellen. Wir fordern den Bau von Bike &
1552 Ride-Stationen sowie von Fahrradparkhäusern an Bahnhöfen, gegebenenfalls in Zusammenarbeit
1553 mit privaten Investoren oder der Deutschen Bahn. Um Fahrraddiebstahl zu reduzieren, fordern wir
1554 eine begrenzte Videoüberwachung von Fahrradboxen und Fahrradgaragen an Bahnhöfen. Der
1555 Überwachungsbereich muss dabei zielgenau erfasst werden. Die Videoaufzeichnung muss im
1556 öffentlichen Raum kenntlich gemacht werden.

1557 **4.1.26 Leihfahrräder für die ganze Stadt**

1558 Während die Leihfahrräder der KVB in den inneren Stadtteilen überall abgestellt werden können,
1559 kann man die Räder in den äußeren Stadtteilen nur an festen Stationen abstellen. Damit wird die
1560 Benutzung deutlich erschwert. Um das Angebot attraktiver zu machen, müssen die
1561 Abstellmöglichkeiten in den äußeren Stadtteilen deutlich ausgeweitet werden. Gerade in den
1562 äußeren Stadtteilen können so die Wege bis zur nächsten Bahnhaltestelle entscheidend verkürzt
1563 werden.

1564 **4.1.27 Fahrradleichen konsequent entfernen**

1565 Fahrradleichen verschandeln nicht nur das Stadtbild, sie nehmen an Fahrradabstellanlagen auch
1566 Platz weg. Wir wollen, dass Fahrradleichen schnell und konsequent entfernt werden.

1567 **4.1.28 Prävention**

1568 Wir fordern Präventionsmaßnahmen für junge Fahrradfahrende aufgrund von hoher Verletzungs-
1569 und Unfallgefahr. So sollen alle Kinder in Kölner Grundschulen über den Umgang im Straßenverkehr
1570 aufgeklärt werden. Dies soll in Form von Schulprojekten von externen Personen mit Expertise oder
1571 in Zusammenarbeit mit der Polizei durchgeführt werden. Beispielhaft sind hier Projekte wie
1572 Fahrradführerscheine anderer Kommunen.

1573 **4.1.29 Mehr Sicherheit im Fußverkehr**

1574 Die Interessen des Fußverkehrs sind von der Verwaltung und Teilen der Politik über lange Zeit
1575 vernachlässigt worden. Bei der Diskussion über den Ausbau des ÖPNV oder der Debatte über den
1576 Ausbau des Radverkehrs in einer ursprünglich autofreundlichen Stadt werden die Fußgängerinnen
1577 und Fußgänger oft zu wenig beachtet.

1578 Mit Sorge beobachten wir, dass Gehwege immer wieder durch Werbeaufsteller,
1579 Außengastronomien, parkende Autos, E-Roller- oder Radfahrende zum Hindernisparcours werden.
1580 Risiken entstehen auch durch beim Queren von Straßen. Besonders betroffen sind Kinder,
1581 gehbehinderte und ältere Menschen. Eine gute Fußgängerpolitik ist für Kinder und ältere Menschen
1582 der Schlüssel zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

1583 **4.1.30 Fußwege gehören dem Fußverkehr**

1584 Wir wollen die für den Fußverkehr exklusiv oder vorrangig reservierten Gehwege, Fußgängerzonen
1585 und Spielstraßen wieder sicherer und angstfreier machen. Verkehrsregelungen allein – ohne
1586 entsprechende Maßnahmen – reichen nicht aus. Durch regelmäßige Aufklärung sollen andere
1587 Verkehrsteilnehmer sensibilisiert und zur Rücksichtnahme animiert werden. Flankiert werden soll
1588 dies durch erweiterte regulatorische Maßnahmen, aber letztendlich auch durch vermehrte
1589 Kontrollen und konsequente Verhängung von Ordnungsgeldern. Dafür muss das Ordnungsamt
1590 mehr Personal bereitstellen.

1591 Damit Kinderwagen, Rollstühle, Rollatoren usw. überall ohne Probleme benutzt werden können,
1592 muss die Stadt flächendeckend eine ausreichende Gehwegbreite durchsetzen. Bei Neubaugebieten
1593 werden bis zu 2,50 Meter angestrebt. Im Bestand muss jeweils eine angemessene Abwägung
1594 zwischen den örtlichen Gegebenheiten und Ansprüchen einzelner Nutzungsgruppen getroffen
1595 werden. Dabei müssen im Sinne der gegenseitigen Rücksichtnahme Fußgängerinnen und
1596 Fußgänger zu ihrem Recht kommen.

1597 Wir wollen außerdem:

- 1598 1. eine ausreichende Beleuchtung aller Gehwege.
- 1599 2. die rasche Ausbesserung von schadhaften Gehwegen.
- 1600 3. Bordsteinabsenkungen an Straßenecken für Rollis, Rollatoren usw.
- 1601 4. Querungshilfen an viel befahrenen Straßen.
- 1602 5. die stärkere Ahndung von regelwidrigem Parken von Autos auf Gehwegen.
- 1603 6. mehr Fahrradnadeln, damit abgestellte Fahrräder nicht die Gehwege verkleinern.
- 1604 7. klare Regeln für das Abstellen von E-Rollern in festen Zonen.
- 1605 8. die Erstellung und Umsetzung von Fußverkehrskonzepten.

1606 **4.1.31 Fußverkehrsbeauftragten stärken**

1607 Der Fußverkehrsbeauftragte der Stadt Köln muss aufgewertet werden - vom Einzelkämpfer zum
1608 Teamleiter. Dieses Team soll Schwachpunkte auf den Gehwegen aufspüren und insbesondere
1609 darauf achten, dass diese senioren- und behindertengerecht angelegt und benutzbar sind.

1610

1611 **4.1.32 Verkehrsberuhigte Zonen**

1612 Als Freie Demokraten lehnen wir die Beruhigung von einzelnen Straßen und Plätzen nicht
1613 grundsätzlich ab. Im Gegensatz zu anderen Parteien fordern wir aber eine geplante und gezielte
1614 Umsetzung, welche sicherstellt, dass die neuen Zonen auch entsprechend belebt sind und eine
1615 echte Aufwertung des Stadtbildes garantieren. Eine Umsetzung wie beispielsweise auf der Deutzer

1616 Freiheit, auf der es nicht genug Fußverkehr gibt, lehnen wir ab. In zukünftigen Planungen sollten
1617 folgende Themen besser berücksichtigt werden:

- 1618 1. Durch den Einsatz von automatisierten Absperrpfosten können der Zugang von
1619 Lieferverkehr in den Morgenstunden garantiert oder Teilzeitkonzepte der
1620 Verkehrsberuhigung ermöglicht werden.
- 1621 2. Fußgängerzonen wie beispielweise auf der Ehrenstraße müssen so umgebaut werden, dass
1622 alle Verkehrsteilnehmenden aufeinander Rücksicht nehmen müssen.
- 1623 3. Das Straßenbild muss entsprechend aufgewertet werden, um die etwaigen Zonen zu
1624 attraktiven Aufenthaltsorten zu machen, so zum Beispiel durch Begrünung oder
1625 Sitzmöglichkeiten.

1626 **4.1.33 Motorisierter Individualverkehr**

1627 Mit dem Wandel zur Elektromobilität stellt der MIV eine lokal emissionsfreie Fortbewegung sicher.
1628 Außerdem sind Menschen mit eingeschränkter Mobilität weiterhin auf das Auto angewiesen, um
1629 ihre Ziele (Ärzte, Nahversorgung etc.) erreichen zu können. Für die FDP hat deshalb das Auto auch
1630 in der Großstadt weiterhin eine Berechtigung. Statt pauschaler Verbote fordern wir Verbesserungen
1631 im Detail.

1632 Jeden Tag kommen 300.000 Pendlerinnen und Pendlern zum Arbeiten nach Köln. Das ist mehr als
1633 die Hälfte aller Erwerbstätigen. Diese Zahl nimmt laut Statistik des Landes NRW ständig zu, weil
1634 immer mehr Menschen Probleme haben, in Köln eine Wohnung zu finden. Zum Teil nehmen sie
1635 weite Anfahrten in Kauf. Sie leben oft in Regionen mit schlecht ausgebautem ÖPNV, so dass sie auf
1636 das Auto angewiesen sind. Die Freien Demokraten Köln kritisieren eine Politik, die erst zu wenig
1637 Baugebiete ausweist und die Menschen damit aus der Stadt treibt – und ihnen hinterher verbieten
1638 will, mit dem Auto zu ihren Arbeitsplätzen zu gelangen. Das Auto wird auch in den nächsten
1639 Jahrzehnten ein wichtiger Baustein der Verkehrspolitik bleiben. Es ist nicht sinnvoll, Autofahrerinnen
1640 und Autofahrer mit Verboten zu verfolgen. Die Politik muss stattdessen dafür sorgen, dass Autos
1641 so schnell wie möglich klimaneutral unterwegs sein können.

1642 Wir wollen Köln wieder zu einer mobilen Stadt machen. Köln braucht dringend eine intelligente
1643 Verkehrslenkung. Köln braucht Umgehungsstraßen, um die gestressten Anwohnerinnen und
1644 Anwohner zu entlasten. Köln braucht gut ausgebaute Straßen, damit der Kölner Verkehr wieder
1645 fließt, statt sich zu stauen.

1646 **4.1.34 Massiver Ausbau des Park & Ride-Systems**

1647 Um die Zahl der Autos in Köln zu verringern, muss es in der Nähe der Stadtgrenzen große Park &
1648 Ride-Plätze geben, an denen die Pendler parken und in die S-Bahn oder in die Stadtbahn umsteigen
1649 können. Einige dieser Parkplätze sind aber oft voll belegt. Dieses System muss deshalb massiv

1650 ausgebaut werden. Wir fordern dies seit vielen Jahren, auch der Stadtrat hat schon entsprechende
1651 Beschlüsse gefasst, aber die Stadtverwaltung verfolgt dieses Thema nur zögerlich. Auch die
1652 vorgesehene Parkpalette in Weiden-West ist jetzt schon zu klein geplant. Außerdem müssen neue
1653 Park & Ride-Plätze gebaut werden, z.B. an der Luxemburger Straße in der Nähe der A4, wozu die
1654 FDP mit dem Parkhaus 'Luxemburger Tor' über der Autobahn eine Vision vorgestellt hat.

1655 **4.1.35 Besserer Verkehrsfluss durch intelligente Technik**

1656 Köln muss mit einer intelligenten Verkehrslenkung dafür sorgen, dass es seltener zu Staus kommt.
1657 Das entlastet die Menschen von Lärm- und Abgasemissionen. Wir wollen dynamische
1658 Verkehrssysteme ausbauen. Die „Grüne Welle“ soll wieder zur Regel werden. Moderne Technik
1659 kann Ampelschaltungen an die aktuellen Verkehrsflüsse anpassen oder den Autofahrerinnen und
1660 Autofahrern rechtzeitig Alternativen aufzeigen.

1661 Wir wollen in intelligente Verkehrstechnik und ein Verkehrsmanagementsystem investieren, um
1662 Autofahrerinnen und Autofahrern die Daten über Navigationssysteme, das Internet und
1663 entsprechende Apps zur Verfügung zu stellen. Zu einem besseren Verkehrsfluss trägt auch bei,
1664 dass in der Stadt in der Regel Tempo 50 erlaubt ist. In Wohngebieten oder Einkaufsstraßen mit
1665 hohem Aufkommen von Fuß- und Radverkehr, wo der Verkehr beruhigt werden soll, ist die
1666 Ausweisung von Tempo-30-Zonen sinnvoll. Tempolimits müssen immer an die Bedingungen vor
1667 Ort angepasst sein. Die flächendeckende Einführung von Tempo 30, zum Beispiel für die gesamte
1668 Innenstadt, halten wir nicht für sinnvoll, da Hauptverkehrsachsen einem zügigen Verkehrsfluss
1669 dienen.

1670 **4.1.36 Keine Fahrverbote für Dieselaautos**

1671 Mit besseren Lärm- und Abgaswerten kann die Stadt Köln auf Fahrverbote verzichten. Die
1672 Leidtragenden wären hier gerade diejenigen, die nicht so viel Geld haben, die eine günstigere
1673 Wohnung am Stadtrand oder außerhalb bewohnen und die sich auch den Kauf eines neuen Autos
1674 nicht leisten können. Fahrverbote können auch durch andere Maßnahmen vermieden werden, zum
1675 Beispiel durch mehr Ladesäulen für Elektroautos.

1676

1677 **4.1.37 Weniger Emissionen durch weniger Ampeln**

1678 Um den Verkehrsfluss zu verbessern, fordern wir die Umsetzung der vom Rat beschlossenen
1679 Programme, Ampeln in verkehrsarmen Zeiten konsequent abzuschalten und Lichtsignalanlagen
1680 möglichst durch Kreisverkehre und Zebrastreifen zu ersetzen. Kreisverkehre sind außerdem ein
1681 gutes Mittel gegen Raser. Pförtnerampeln bringen keine Vorteile, weil sie nur die Staus ins Umland
1682 verlagern und den Verkehr in die Wohngebiete umleiten.

1683 **4.1.38 Mehr Ladestationen erleichtern den Umstieg auf E-Autos**

1684 Viele Menschen zögern bei der Anschaffung eines Elektroautos, weil sie zu Hause und an der
1685 Arbeitsstelle keine Möglichkeit haben, ein Auto zu laden. Die Stadt muss dafür sorgen, dass die
1686 entsprechenden Anbieter ihre Ladesäulen auch auf öffentlichen Straßen und Parkplätzen aufstellen
1687 können. Die bisher geplanten Standorte sind nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Außerdem
1688 müssen die Anträge privater Anbieter schneller genehmigt werden, damit mehr Wettbewerb für
1689 sinkende Preise an den Ladesäulen sorgt.

1690 **4.1.39 Erhalt von Fahrspuren für den Autoverkehr**

1691 Die Umwandlung von Fahrspuren für den Autoverkehr in Fahrspuren für den Radverkehr muss in
1692 jedem Einzelfall geprüft werden. Fahrspuren können dann umgewandelt werden, wenn das geringe
1693 Verkehrsaufkommen dies erlaubt, wie beispielsweise auf der Christophstraße. Das pauschale und
1694 vollständige Sperren von Straßen zur Verkehrsberuhigung lehnen wir ab, weil es Umwegfahrten mit
1695 Belastungen für die Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer, für Anwohnende an anderen Straßen
1696 und die Umwelt verursacht.

1697 **4.1.40 Ausbau von Straßen**

1698 Ein Ausbau von Straßen ist in Köln an vielen Stellen nicht möglich und nicht nötig. An einigen Stellen
1699 in der Stadt müssen Straßen ausgebaut werden, um die täglichen Staus zu verhindern oder um die
1700 Anwohnerinnen und Anwohner zu entlasten.

- 1701 1. Die Nord-Süd-Fahrt zwischen WDR und Schildergasse möchten wir unter die Erde legen,
1702 damit die östlich und westlich gelegenen Veedel wieder zusammenwachsen können
- 1703 2. Zur Entlastung des Messekreisel soll die Straße des 17. Juni über die Stadtautobahn hinaus
1704 bis zum Pfälzischen Ring/Karlsruher Straße verlängert werden.
- 1705 3. Anwohnerinnen und Anwohner von Durchfahrtsstraßen in Kölner Stadtteilen leiden unter
1706 Stress. Wir machen uns dafür stark, Ortsumgehungen zu bauen, zum Beispiel für Zündorf.
1707 Mit dem Bau des neuen Stadtteils Kreuzfeld muss der Blumenbergsweg eine direkte
1708 Anbindung an die Anschlussstelle Worringen bekommen.

1709 **4.1.41 Mehr Verkehrssicherheit durch gezielte Geschwindigkeitskontrollen**

1710 Intelligente Geschwindigkeitskontrollen und -beschränkungen befürworten wir in der Nähe von
1711 Schulen, Kindergärten, Seniorenheimen und ähnlichen Einrichtungen in Schwerpunktzeiten zur
1712 Steigerung der Verkehrssicherheit. Sie dürfen nicht zur Haushaltskonsolidierung dienen.
1713 Geschwindigkeitskontrollen zur Abzocke der Autofahrerinnen und Autofahrer lehnen wir ab.

1714 **4.1.42 Flüsterasphalt bietet besseren Lärmschutz**

1715 Die Kölner FDP tritt dafür ein, Ausfallstraßen in Zukunft mit offenporigem Flüsterasphalt zu bauen,
1716 denn das reduziert den Verkehrslärm und erhöht die Wohnqualität

1717 **4.1.43 Mehr Quartiersgaragen verringern den Parkdruck**

1718 Die Zahl der Autos in Köln steigt immer noch an. Viele Menschen wollen ein Auto besitzen, und sei
1719 es nur, um zu Verwandten aufs Land oder in den Urlaub zu fahren. Dieses Auto müssen sie
1720 irgendwo abstellen können. Um Anwohnerinnen und Anwohner aus Stadtteilen mit besonderem
1721 Parkdruck zu entlasten, machen wir uns stark für so genannte Quartiersgaragen unter Einbeziehung
1722 der eingenommenen Ablösesummen für nicht errichtete Stellplätzen bei Bauprojekten. Die Stadt
1723 soll diese Quartiersgaragen von Totalunternehmern bauen lassen. Dafür muss die Stadt geeignete
1724 Grundstücke erwerben.

1725 Öffentliche Parkplätze sollen Tiefgaragen weichen, welche sukzessive die bestehenden Flächen
1726 ablösen und diese für eine andere Nutzungsform freigeben sollen.

1727 **4.1.44 Brötchentaste für alle Stadtbezirke und Parkhäuser**

1728 Das von der FDP Köln mitinitiierte, erfolgreiche Projekt „15 Minuten frei parken“ möchten wir
1729 wiederbeleben und auf das gesamte Stadtgebiet ausdehnen. Die entsprechenden Beschlüsse der
1730 verschiedenen Bezirksvertretungen sollen zügig umgesetzt werden. Auch in den städtischen
1731 Parkhäusern sollen die ersten 15 Minuten frei sein, um damit das Zweite-Reihe-Parken zu
1732 bekämpfen.

1733

1734 **4.2 Gesellschaftliche Teilhabe**

1735 Freiheit und Selbstbestimmung sind fundamentale Rechte, die jeder Mensch für sein Leben
1736 beanspruchen darf. Diese Prinzipien sind von unschätzbarem Wert und stehen im Zentrum unseres
1737 politischen Handelns als Freie Demokraten. Es ist unsere Aufgabe, Bevormundung zu eliminieren
1738 und Unabhängigkeit zu fördern, um sicherzustellen, dass niemand in seiner persönlichen und
1739 gesellschaftlichen Entwicklung eingeschränkt wird.

1740 Es ist unsere Verantwortung, sowohl auf mikro- als auch auf makroökonomischer Ebene nach
1741 Wegen zu suchen, diese Barrieren zu überwinden. Unser Ziel ist es, jedem Individuum die
1742 Möglichkeit zu geben, sich frei zu entfalten und aktiv am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben.

1743 **4.2.1 Förderung der Mehrgenerationengesellschaft**

1744 In der mobilen, modernen Gesellschaft nehmen familiäre Strukturen, besonders in urbanen Zentren,
1745 merklich ab. Je nach Lebensphase oder Familienstatus können die Beziehungen zu älteren oder
1746 jüngeren Familienmitgliedern durch geografische Distanzen eingeschränkt sein. Dies führt zu
1747 sozialen Defiziten über alle Generationen hinweg. Der gesellschaftliche Austausch, die Fürsorge und

1748 die Weitergabe von Werten, Wissen und Erfahrungen zwischen den Generationen werden dadurch
1749 erschwert.

1750 Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt Köln aktiv generationenübergreifende Begegnungen und
1751 Unterstützungen fördert. Dazu sollten speziell gestaltete Begegnungsorte geschaffen werden:

- 1752 1. Einrichtung von mindestens einem Mehrgenerationen-Fitnessplatz in jedem Stadtbezirk
- 1753 2. Entwicklung von kombinierten Einrichtungen, die sowohl Kindertagesstätten als auch
1754 Pflegedienste bieten
- 1755 3. Förderung von Mehrgenerationen-Wohnprojekten

1756 Diese Maßnahmen sollen nicht nur emotionale Zufriedenheit und seelischen Ausgleich fördern,
1757 sondern auch praktischen Nutzen im Alltag durch gegenseitige Unterstützung bieten. Sie sind
1758 essenziell, um allen Generationen mehr persönliche Freiheiten und Möglichkeiten zur
1759 selbstbestimmten Entfaltung zu ermöglichen.

1760 **4.2.2 Angebote für Senioren**

1761 In Köln steigt die Anzahl der Einpersonenhaushalte kontinuierlich an – dies betrifft nicht nur junge,
1762 sondern vor allem ältere Menschen. Einsamkeit entwickelt sich dabei zunehmend zu einem
1763 erheblichen Gesundheitsrisiko. Bei Vereinsamung wird oft die Selbstfürsorge vernachlässigt, was
1764 dazu führen kann, dass notwendige Arztbesuche ausbleiben.

1765 Wir sind entschlossen, dass die Stadt Köln Initiativen und Strategien fördert, die speziell darauf
1766 abzielen, die Einsamkeit älterer Bürgerinnen und Bürger zu bekämpfen. Es ist wichtig, dass jeder
1767 Mensch die Freiheit hat, allein zu leben, wenn er dies wünscht. Jedoch muss unfreiwilliges Alleinsein
1768 aktiv durch zugängliche und unterstützende Maßnahmen angegangen werden, um den betroffenen
1769 Senioren wieder mehr Lebensqualität zu ermöglichen.

1770 Wir setzen uns für den Ausbau von Seniorenberatung, Seniorenkoordination und präventiven
1771 Hausbesuchen ein, die als effektive Instrumente gegen die Isolation dienen können. Darüber hinaus
1772 fördern wir besonders die Bildung von Seniorennetzwerken, die nicht nur auf die Solidarität anderer
1773 angewiesen sind, sondern auch durch Eigeninitiative das soziale Miteinander stärken.

1774 Durch diese Maßnahmen streben wir an, Einsamkeit zu verringern und den älteren Menschen in
1775 Köln ein selbstbestimmtes und erfülltes Leben in Gemeinschaft zu ermöglichen.

1776

1777 **4.2.3 Vereinbarkeit von Familie und Beruf**

1778 In Köln gibt es über 570.000 Haushalte - in mehr als 18% dieser Haushalte leben Kinder. Eltern
1779 stehen täglich vor der Herausforderung, das Berufs- und Familienleben harmonisch zu vereinen.

1780 Ein selbstbestimmtes Leben bedeutet auch die Freiheit, selbst zu entscheiden, wie das
1781 Familienleben organisiert wird.

1782 Um eine echte Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Köln zu gewährleisten, setzen wir uns für ein
1783 umfassendes und attraktives Angebot für Kinder und Eltern ein. Dazu gehört die Bereitstellung von
1784 zuverlässigen, stabilen KiTa-Plätzen mit weniger Schließtagen, um Eltern mehr Kontinuität und
1785 Verlässlichkeit zu bieten. Um dies zu gewährleisten, muss an den Berufsschulen mehr
1786 Ausbildungskapazität für Erzieher und Erzieherin geschaffen werden. Zudem können Kitas durch
1787 Alltagshelfer entlastet werden. Schlussendlich müssen Erzieher besser entlohnt werden. Auch das
1788 Angebot an Ganztagsbetreuung in Schulen (OGS) muss ausgebaut und verbessert werden, um
1789 breitere Betreuungsmöglichkeiten zu schaffen.

1790 Die Planung aller städtischen Infrastrukturmaßnahmen muss diese Bedürfnisse prioritär behandeln
1791 und insbesondere auf die Nutzung von Kinderbetreuungseinrichtungen, die Gestaltung von
1792 Verkehrswegen und die Zugänglichkeit von öffentlichen Verkehrsmitteln abgestimmt sein, um
1793 Familien bestmöglich zu unterstützen.

1794 **4.2.4 Gender Pay Gap überwinden**

1795 Der anhaltende Gender Pay Gap zeigt, dass Frauen über ihr gesamtes Berufsleben hinweg weniger
1796 verdienen als Männer, was sich besonders in der Altersarmut von Frauen widerspiegelt. Wir setzen
1797 uns für den Grundsatz ein, dass gleiche Arbeit auch gleich entlohnt wird. Es ist zudem essentiell,
1798 Mädchen und junge Frauen zu ermutigen, sich für traditionell höher entlohnte Berufe zu
1799 interessieren, die oft als 'Männerberufe' gelten. Frauen sollten keine finanziellen Nachteile durch
1800 familienbedingte Berufspausen erleiden. Weiterhin ist es wichtig, Frauen gezielt in ihrer beruflichen
1801 Entwicklung zu unterstützen und zu beraten.

1802 Die Stadt Köln soll aktiv Informationskampagnen und Initiativen fördern, die darauf abzielen, die
1803 Lohnlücke zu schließen und Frauen in allen Phasen ihrer Karriere zu unterstützen. Dadurch tragen
1804 wir dazu bei, nicht nur die Chancengleichheit am Arbeitsplatz zu verbessern, sondern auch
1805 langfristig die wirtschaftliche Sicherheit von Frauen zu stärken.

1806 **4.2.5 Verbesserte Begleitung volljähriger Menschen mit Behinderungen in Hilfesysteme**

1807 Obwohl die soziale und medizinische Betreuung von Kindern mit Behinderungen oft gut organisiert
1808 ist, endet die Unterstützung häufig mit dem Erreichen der Volljährigkeit. Dies führt zu einer
1809 Herausforderung für die Betroffenen und ihre Familien, sich ein neues Hilfesystem zu erarbeiten -
1810 besonders im Hinblick auf die Berufsausübung, die eine wesentliche Form der gesellschaftlichen
1811 Teilhabe darstellt.

1812 Wir setzen uns für eine kontinuierliche und umfassende Begleitung von Menschen mit
1813 Behinderungen ein, die durch die sozialen Dienste der Stadt Köln oder durch andere Organisationen

1814 abgedeckt werden sollte. Unser Ziel ist es, dass mehr Menschen mit Behinderungen den Übergang
1815 von Behindertenwerkstätten zu Integrationsunternehmen oder direkt in den ersten Arbeitsmarkt
1816 schaffen. Dabei sollen die Prinzipien der Selbstbestimmung und Inklusion stets im Vordergrund
1817 stehen. Es ist entscheidend, dass jeder Mensch mit Handicap individuell gefördert wird und ein auf
1818 seine Fähigkeiten zugeschnittenes Arbeitsangebot erhält. Viele Unternehmen benötigen dabei
1819 gezielte Unterstützung, um diesen Integrationsprozess erfolgreich umzusetzen.

1820 Die Stadt Köln muss bei der Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen eine Vorbildrolle
1821 einnehmen und die gesetzliche Beschäftigungsquote von fünf Prozent deutlich übertreffen;
1822 besonders bei Neueinstellungen und Ausbildungsplätzen.

1823 Darüber hinaus ist es wichtig, dass Menschen mit Behinderungen selbst entscheiden können, wo
1824 und wie sie leben möchten. Deshalb muss die Stadt Köln ein breites Spektrum an Wohnformen
1825 fördern, darunter stationäre Einrichtungen, betreutes Wohnen und Wohngemeinschaften, um den
1826 vielfältigen Bedürfnissen gerecht zu werden.

1827 **4.3 Barrierefreiheit**

1828 Die Zugänglichkeit öffentlicher Räume für Menschen mit Behinderungen ist essentiell für eine
1829 inklusive Stadtgesellschaft. Viele Fußgängerüberwege sind derzeit noch nicht optimal für Menschen
1830 mit Handicap ausgestattet. Nicht alle Fußgängerampeln verfügen über akustische Signalanlagen,
1831 und hohe Bordsteinkanten stellen oft ein Hindernis dar.

1832 Wir setzen uns dafür ein, dass akustische Ampeln in ganz Köln zum Standard werden. Zudem
1833 fordern wir, dass alle hohen Bordsteine an Fußgängerüberwegen durch abgesenkte Kanten ersetzt
1834 werden, um eine vollständige Barrierefreiheit zu gewährleisten. Bei der Planung neuer Wohngebiete
1835 muss die Barrierefreiheit prioritär behandelt werden, sodass Gehwege ausreichend breit für
1836 Rollstühle und Rollatoren gestaltet sind. In bestehenden Gebieten müssen die unterschiedlichen
1837 Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger sowie der Gastronomie und des Handel berücksichtigt
1838 und im Einzelfall Lösungen gefunden werden.

1839 Des Weiteren muss die Mobilität von Menschen mit Handicap im öffentlichen Nahverkehr
1840 verbessert werden. Es ist inakzeptabel, dass die Zugänglichkeit an KVB-Haltestellen durch nicht
1841 funktionierende Aufzüge oder andere Barrieren eingeschränkt wird. Wir fordern, dass alle
1842 Haltestellen systematisch barrierefrei gestaltet werden. In den Fahrzeugen der KVB sollen LED-
1843 Anzeigen und akustische Durchsagen nicht nur barrierefreie Haltestellen und technische Störungen
1844 ankündigen, sondern auch die korrekte Ausstiegsseite für einen einfacheren und sichereren Zugang
1845 für alle Fahrgäste mitteilen.

1846 **4.3.1 Blindengerechte Wegeführung in öffentlichen Gebäuden**

1847 Der Zugang und die Navigation in öffentlichen Gebäuden stellen für Menschen mit Blindheit oder
1848 stark eingeschränktem Sehvermögen oftmals große Herausforderungen dar. Schwierigkeiten
1849 ergeben sich insbesondere, weil relevante Informationen in Gängen, Aufzügen und an
1850 Informationstafeln für sie nicht wahrnehmbar sind, was ihre Handlungsfreiheit bei der Erledigung
1851 von Bürgerangelegenheiten stark einschränkt.

1852 Wir setzen uns dafür ein, dass in allen öffentlichen Gebäuden der Stadt Köln umfassende
1853 Maßnahmen zur Barrierefreiheit umgesetzt werden. Dazu gehört die durchgängige Ausstattung mit
1854 Informationstafeln in Braille-Schrift. Zusätzlich soll ein optisches Wegeleitsystem mit gut sichtbaren
1855 Farbmarkierungen implementiert werden, um Menschen mit Sehbehinderungen die Möglichkeit zu
1856 geben, ihre Angelegenheiten eigenständig und unabhängig zu regeln. Diese Verbesserungen sind
1857 entscheidend, um eine inklusive und zugängliche Umgebung für alle Bürgerinnen und Bürger zu
1858 schaffen.

1859 **4.3.2 Gebärdensprachdolmetscher bei öffentlichen Veranstaltungen der Stadt Köln**

1860 Menschen mit Hörbehinderungen stoßen oft auf Barrieren bei öffentlichen Veranstaltungen,
1861 insbesondere wenn es darum geht, gesprochenen Beiträgen zu folgen. Dies schränkt ihre
1862 Möglichkeit, sich zu informieren und am gesellschaftlichen Diskurs teilzuhaben, erheblich ein.

1863 Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt Köln proaktiv bei allen städtischen Veranstaltungen
1864 Gebärdensprachdolmetscher bereitstellt. Diese Maßnahme soll sicherstellen, dass Hörgeschädigte
1865 vollumfänglich in die Lage versetzt werden, den Diskussionen und Reden zu folgen und somit ihre
1866 Rechte auf Information und Teilhabe gewahrt bleiben.

1867 Durch den vermehrten Einsatz von Gebärdensprachdolmetschern bei öffentlichen Ereignissen
1868 fördern wir eine inklusive Gemeinschaft, in der jeder Bürger und jede Bürgerin gleichberechtigten
1869 Zugang zu Information und kommunikativer Teilnahme hat.

1870 **4.4 Soziales Köln erhalten**

1871 In Zeiten multipler Krisen ist eine zuverlässige soziale Infrastruktur in Köln wichtiger denn je.
1872 Kürzungen im sozialen Bereich müssen auch auf ihre Folgekosten hin betrachtet werden. Denn
1873 weniger Investitionen in soziale Einrichtungen und die Angebotsstruktur, können später ungleich
1874 höhere Kosten für die Lösung der sozialen Folgeprobleme nach sich ziehen. Daher setzen wir uns
1875 als FDP für den Erhalt der sozialen Trägerstruktur und ihrer erfolgreichen Angebote ein. Das umfasst
1876 Angebote für Jugendliche, Senioren sowie für Menschen mit verschiedenen Problemlagen. Darüber
1877 hinaus unterstützen wir aber auch Vereine und Organisationen, die selbst aktiv werden. Dieses
1878 Engagement benötigt entsprechende Räumlichkeiten, deshalb unterstützen wir neben
1879 Bürgerzentren auch das Förderprogramm „Dritte Orte“, das bei der Suche und bei der Finanzierung
1880 von Begegnungsräumen Unterstützung bietet.

1881 **4.4.1 Konzept für wohnungslose und obdachlose Menschen**

1882 Wir fordern die Entwicklung eines umfassenden Konzeptes für obdachlose und wohnungslose
1883 Menschen. Ziel ist es, den Betroffenen angemessenen Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Dabei
1884 setzen wir neben betreutem Wohnen und temporären Unterkünften auch auf langfristige und
1885 innovative Projekte wie „housing first“.

1886 Neben den Belangen der obdachlosen und wohnungslosen Menschen müssen aber auch die
1887 Interessen der Anwohner und Anwohnerinnen berücksichtigt werden. Deshalb muss das Konzept
1888 neben präventiven und sozialen auch ordnungspolitische Aspekte beinhalten.

1889 **4.5. Jugend und Familie**

1890 **4.5.1 Ausbau psychischer Hilfen für Kinder und Jugendliche**

1891 Die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen muss dringend in den Fokus der
1892 städtischen Kinder- und Gesundheitspolitik gerückt werden. Es ist entscheidend, nicht nur die
1893 Anzahl der Fachberatungsstellen zu erhöhen, sondern auch psychologische Beratungsdienste
1894 systematisch in Kitas und Schulen zu integrieren.

1895 Ein spezieller Schwerpunkt sollte dabei auf dem Ausbau der Schulsozialarbeit liegen.
1896 Schulsozialarbeiter spielen eine zentrale Rolle bei der Früherkennung und Unterstützung bei
1897 psychischen Problemen. Sie bilden eine wichtige Brücke zwischen Schülern, Lehrkräften und
1898 psychologischen Fachdiensten. Der Ausbau dieser Ressourcen gewährleistet, dass Probleme
1899 frühzeitig erkannt und behandelt werden, bevor sie sich zu schwerwiegenden psychischen
1900 Erkrankungen entwickeln.

1901 Darüber hinaus befürworten wir die Schaffung von niedrigschwelligen Angeboten in der
1902 Jugendpsychologie, die jungen Menschen ermöglichen, ohne große Hürden Zugang zu
1903 psychologischer Beratung und Therapie zu erhalten. Diese Angebote sollten insbesondere auf
1904 Jugendliche ausgerichtet sein, die aufgrund von Scham oder Unwissenheit zögern, traditionelle
1905 Beratungsstellen aufzusuchen.

1906 Um eine schnelle und effektive Hilfe zu gewährleisten, schlagen wir vor, die KölnApp zu nutzen, um
1907 auf verfügbare psychische Gesundheitsdienste hinzuweisen und insbesondere freie
1908 Behandlungsplätze sichtbar zu machen. Zudem muss in Köln ein innovatives Notfallsystem, etwa in
1909 Form eines 'Nothilfhauses', etabliert werden, das speziell auf die Bedürfnisse psychisch erkrankter
1910 Kinder und Jugendlicher ausgerichtet ist. Dieses soll eine schnelle und angemessene Unterstützung
1911 bieten und die oft langen Wartezeiten für Therapien effektiv überbrücken.

1912 Durch diese Maßnahmen können wir eine umfassende und zugängliche psychische
1913 Gesundheitsversorgung sicherstellen und jungen Menschen in Köln die Unterstützung bieten, die
1914 sie benötigen, um gesund und integriert aufzuwachsen.

1915 **4.5.2 Öffentliche Freiräume schaffen**

1916 Um die Lebensqualität junger Menschen in Köln zu steigern, engagieren wir uns für die Entwicklung
1917 und Erweiterung öffentlicher Räume, die auf die spezifischen Anforderungen von Jugendlichen und
1918 jungen Erwachsenen zugeschnitten sind. Diese Bereiche sollen sicher, leicht zugänglich und ein
1919 Spiegel der kreativen, sozialen und sportlichen Interessen der Jugend sein.

1920 Wir fordern, dass die Stadt Köln in die Planung und Realisierung dieser Freiflächen investiert. Diese
1921 sollen als Treffpunkte dienen, an denen junge Menschen sich entfalten, persönlich entwickeln und
1922 entspannen können, frei von der Notwendigkeit, auf kommerzielle Angebote zurückzugreifen.

1923 Die Schaffung dieser Freiräume ist essentiell, um jungen Menschen zu verdeutlichen, dass sie eine
1924 geschätzte und wichtige Gruppe innerhalb der städtischen Gemeinschaft darstellen. Mit der
1925 Bereitstellung dieser spezialisierten Zonen fördern wir nicht nur das gesundheitliche Wohlbefinden
1926 und die persönliche Entwicklung unserer Jugend, sondern stärken auch das soziale Gefüge unserer
1927 Stadt.

1928 Die Stadt Köln soll zudem spezielle Kulturflächen bereitstellen, ähnlich anderen öffentlichen Anlagen
1929 wie Campingplätzen oder Sportstätten, auf denen Bürgerinnen und Bürger, insbesondere Kinder
1930 und Jugendliche, ganztägige, nichtkommerzielle Veranstaltungen und Aktionen ohne bürokratischen
1931 Aufwand durchführen können. Die Möglichkeit einer professionellen Betreuung dieser Orte durch
1932 lokale Vereine soll geprüft werden, um eine adäquate Infrastruktur und den dauerhaften Erhalt der
1933 Anlagen zu gewährleisten.

1934

1935 **4.5.3 Stärkung der Mobilen Jugendarbeit**

1936 Wir erkennen die mobile Jugendarbeit als wesentlichen Teil der Jugendarbeit in Köln an und setzen
1937 uns für deren angemessene Finanzierung ein. Unser Ziel ist es, innerhalb der nächsten fünf Jahre
1938 in jedem Stadtbezirk spezielle mobile Angebote, ausgestattet mit Fachpersonal, zu implementieren.
1939 Außerdem planen wir den Ausbau der Straßensozialarbeit und wollen die Vernetzung mit
1940 bestehenden Jugendzentren, Treffpunkten und Schulen verstärken.

1941 **4.5.4 Kommunalpolitische Jugendbeteiligung: Kinder- und Jugendrat**

1942 Wir wollen die kommunalpolitische Jugendbeteiligung deutlich ausbauen. Wir begrüßen den “Tag
1943 der Jugend” und wollen diesen auch auf die Stadtbezirke ausweiten und bis 2030 einen Kinder- und
1944 Jugendrat aufbauen. Hier sollen Kinder und Jugendliche die Möglichkeit erhalten, durch ein
1945 selbstverwaltetes Budget sowie Rede- und Antragsrecht in Ausschüssen zu partizipieren und
1946 demokratische Erfahrungen zu sammeln. Damit das Jugendparlament professionell arbeiten kann,
1947 sollen durch die Stadt hauptamtliche Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter und entsprechende

1948 Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden. Die Wahlen für die Mitglieder sollen an den Schulen
1949 erfolgen, damit gewährleistet ist, dass alle Jugendlichen teilnehmen und keine Einmischung der
1950 politischen Parteien stattfindet. Es soll darüber hinaus sichergestellt werden, dass die
1951 Querfinanzierung einzelner Jugendfraktionen durch Parteien ausgeschlossen ist.

1952 **4.5.5 Initiative für private Spiel- und Jugendplätze**

1953
1954 Wir befürworten die Schaffung von öffentlich zugänglichen Jugendplätzen, die von der
1955 Jugendvertretung des Rates aktiv mitgestaltet werden sollen. Zusätzlich unterstützen wir die
1956 Einrichtung von Spiel- und Jugendplätzen in privater Trägerschaft, wie beispielsweise durch
1957 Elternvereine, wobei ein hoher Qualitätsstandard gewährleistet sein muss.

1958 1959 **4.5.6 Maßnahmen gegen Jugendkriminalität**

1960 Trotz eines allgemeinen Rückgangs der Jugendkriminalität gibt es eine steigende Zahl von
1961 jugendlichen Intensivstraftätern. Zur Bekämpfung dieses Phänomens streben wir die Stärkung des
1962 „Haus des Jugendrechts“ an und setzen uns für die Neuauflage und dauerhafte Etablierung des
1963 RESI-Projekts ein. Dieses soll eine durchgehende Betreuung jugendlicher Straftäter gewährleisten
1964 und dabei auf erfahrene Sozialarbeiter und Sozialpädagogen setzen.

1965 **4.5.7 Entwicklung einer umfassenden Familien-App**

1966 Wir planen, eine umfangreiche Familien-App zu entwickeln, die in die Köln-App integriert wird. Diese
1967 soll Familien von der Geburt ihrer Kinder bis zum Erreichen der Fahrerlaubnis digital unterstützen
1968 und informieren.

1969 **4.5.8 Förderung der Väterarbeit**

1970 Die Rolle der Väter in der familiären Entwicklung wird immer bedeutender. Wir möchten Väter in
1971 ihrer neuen Rolle aktiv unterstützen und fördern, indem wir private Initiativen durch die
1972 Bereitstellung von Räumlichkeiten und weiteren Ressourcen unbürokratisch unterstützen.

1973 Diese Initiativen sollen die Lebensqualität junger Menschen und Familien in Köln verbessern und
1974 ein inklusives, unterstützendes Umfeld für alle Bürgerinnen und Bürger schaffen.

1975 **4.6. Gesundheit und medizinische Versorgung**

1976 1977 **4.6.1 Unterstützung bei Verhütungsmitteln**

1978 Wir setzen uns dafür ein, dass junge Menschen in Köln einen leichteren Zugang zu
1979 Verhütungsmitteln erhalten. Hierfür fordern wir die Einführung eines städtisch geförderten
1980 Programms, das kostenfreie oder vergünstigte Verhütungsmittel für Jugendliche und junge

1981 Erwachsene bereitstellt. Dieses Programm soll insbesondere darauf abzielen, Aufklärung und
1982 Beratung zu verbessern und die Verfügbarkeit von Verhütungsmitteln zu gewährleisten, um eine
1983 verantwortungsbewusste Familienplanung zu unterstützen.

1984 **4.6.2 Kostenfreie Menstruationsprodukte**

1985 Wir fordern, dass in allen städtischen Einrichtungen Kölns, einschließlich Schulen, kostenfreie
1986 Tampons und Binden zur Verfügung gestellt werden. Dies soll sicherstellen, dass alle
1987 menstruierenden Personen Zugang zu notwendigen Hygieneprodukten haben, ohne finanzielle
1988 Belastungen fürchten zu müssen. Die Implementierung dieses Angebots in städtischen
1989 Einrichtungen wird ein wichtiger Schritt hin zu mehr Gleichheit und Gesundheitsfürsorge sein.

1990 **4.6.3 Wohnortnahe medizinische Versorgung**

1991 Um die Gesundheit und Selbstständigkeit gerade unserer älteren Bevölkerung zu gewährleisten, ist
1992 es unerlässlich, dass neben einer qualifizierten ärztlichen Versorgung auch der Zugang zu
1993 persönlicher Beratung und Medikamentenversorgung in lokalen Apotheken erhalten bleibt.
1994 Persönliche Beratungsgespräche sind von unschätzbarem Wert, um mögliche Risiken und
1995 Wechselwirkungen bei der Einnahme verschiedener Medikamente zu vermeiden und die
1996 Einnahmetreue sicherzustellen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Ärzte und Apotheken fest in
1997 den Kölner Veedeln verankert sind und dort auch dauerhaft bleiben.

1998 Darüber hinaus unterstützen wir Maßnahmen, die die Verfügbarkeit von medizinischen Notdiensten
1999 sicherstellen. Diese Notdienstpraxen sollen gut erreichbar sein, um im Bedarfsfall schnelle und
2000 unkomplizierte Hilfe zu bieten. Dazu gehört auch, dass die ärztliche Notrufnummer 116 117 ebenso
2001 bekannt ist wie die Telefonnummer des Rettungsdienstes, 112. Regelmäßig wiederkehrende
2002 Informationen z.B. auf Bussen und Bahnen sind hier durchzuführen. Es ist essenziell, dass jeder
2003 Bürger und jede Bürgerin, insbesondere die älteren und kranken Menschen, zu jeder Zeit auf diese
2004 wichtigen Dienste zählen kann.

2005 **4.6.4 Ein öffentlicher Trinkbrunnen in jedem Veedel**

2006 Der Kölner Rat hat beschlossen, zwölf neue Trinkbrunnen im Stadtgebiet aufzustellen – vier in der
2007 Innenstadt und jeweils einer in den weiteren Stadtbezirken. Diese Initiative, die von den Freien
2008 Demokraten nachdrücklich unterstützt wurde, zeigt unser Engagement für eine nachhaltige und
2009 gesundheitsfördernde Stadtgestaltung.

2010 Wir setzen uns dafür ein, dass zukünftig in jedem Kölner Veedel mindestens ein Trinkbrunnen
2011 installiert wird. Diese Brunnen sind mehr als nur eine Erfrischungsquelle; sie fördern die
2012 Gesundheit, steigern das Bewusstsein für die Bedeutung von Trinkwasser als wertvolles
2013 Lebensmittel und erhöhen die Lebensqualität im öffentlichen Raum. Zudem tragen sie zur
2014 Aufwertung von Sport- und Freizeitanlagen, Grünflächen, städtischen Plätzen und

2015 Bildungseinrichtungen bei. Besonders in den heißen Sommermonaten stellen sie eine wichtige
2016 Ressource zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität und der Bewegungsfreiheit für alle Bürgerinnen
2017 und Bürger dar.

2018 **4.6.5 Drogenhilfekonzept in Köln**

2019 In Köln bieten wir durch bestehende Drogenkonsumräume, Substitutionsambulanzen, das
2020 Methadon-Programm, mobile Drogenkonsumangebote in Bussen und niedrigschwellige
2021 Beratungsangebote ein umfassendes Unterstützungsnetz für drogenkonsumierende Menschen.
2022 Wir setzen uns dafür ein, dass die Drogenhilfe über regelmäßige Evaluation und Integration
2023 innovativer Konzepte auf die Bedürfnisse der Konsumierenden eingehen und so auch auf z.B.
2024 Änderungen im Substanzgebrauch reagieren kann. Dadurch können den drogenkonsumierenden
2025 Menschen Hilfestellungen zum Ausstieg aus der Suchterkrankung und zu einem selbstbestimmten
2026 Leben eröffnet werden, ebenso wie Maßnahmen zur sozialen Reintegration.

2027 Das Angebot zum „DrugChecking“, die Analyse der von den Drogenkonsumierenden erworbenen
2028 Substanzen auf Inhaltsstoffe und evtl. Verunreinigungen muss hierzu etabliert und ausgebaut
2029 werden.

2030 Der straffreie Anbau, Erwerb und Konsum von Cannabis muss in Zusammenarbeit mit den
2031 Ordnungsbehörden, den Beratungsstellen und dem Kinder – und Jugendschutz so ausgestaltet
2032 sein, dass alle Akteure sich nach klaren Regelungen richten können, die auch praktikabel
2033 umzusetzen sind. Nur so sind Aufklärung, Gesundheitsschutz und Konsum parallel
2034 sicherzustellen.

2035 Drogenkonsum findet oft im öffentlichen Raum statt.

2036 Der Schutz und der Erhalt der Lebens – und Arbeitsqualität der Anwohnerinnen und Anwohner,
2037 der Gewerbetreibenden und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter muss ebenso ein
2038 gleichwertiger Teil der Drogenhilfeangebote in Köln sein und muss bei der Errichtung weiterer
2039 Drogenkonsumräume berücksichtigt werden.

2040 Wir setzen uns für einen regelmäßigen, wertschätzenden Dialog zwischen den Betroffenen, der
2041 Verwaltung und den Ordnungsbehörden mit dem Ziel, Absprachen und Regelungen festzulegen,
2042 die die Umgebungsqualität für die Bürgerinnen und Bürger Köln verbessern, ein.

2043 Drogenkonzept der Stadt Köln aktualisieren

2044

2045 **4.6.7 Zentrum für seltene Erkrankungen einrichten**

2046 Die Erforschung und Behandlung seltener Erkrankungen ist von entscheidender Bedeutung für die
2047 betroffenen Patientinnen und Patienten. Diese wichtige Arbeit findet vorwiegend an universitären
2048 und staatlichen Forschungseinrichtungen statt und nicht im Rahmen der freien Wissenschaften. Wir
2049 setzen uns dafür ein, dass in Köln ein Zentrum für seltene Erkrankungen eingerichtet wird. Die
2050 Zusammenarbeit zwischen den städtischen Kliniken und den Unikliniken Köln bietet eine einmalige
2051 Gelegenheit, die wissenschaftliche Forschung auf diesem Gebiet intensiv und umfassend
2052 voranzutreiben. Durch die Gründung eines solchen Zentrums könnte Köln eine führende Rolle in

2053 der Erforschung und Therapie seltener Erkrankungen übernehmen und so die Lebensqualität der
2054 Betroffenen signifikant verbessern.

2055 **4.6.8 Bessere Unterstützung von Teenagern und jungen Frauen bei** 2056 **Schwangerschaftskonflikten**

2057 Teenager und sehr junge Frauen stehen bei einer ungeplanten Schwangerschaft oft vor besonders
2058 schwierigen Herausforderungen. Fehlender schulischer oder beruflicher Abschluss, mangelnder
2059 familiärer Rückhalt und die Tatsache, dass auch der Kindesvater sich möglicherweise in einer
2060 ähnlichen Lebenslage befindet, verstärken die Komplexität ihrer Situation. In Köln setzen wir uns
2061 daher für eine erhebliche Erweiterung der Beratungs- und Unterstützungsangebote für diese
2062 Zielgruppe ein. Uns ist bewusst, dass gerade diese Fälle eine sehr umfassende, sensible und
2063 spezialisierte Unterstützung benötigen, die auf die spezifischen Bedürfnisse und Sorgen von
2064 Teenagern und jungen Frauen zugeschnitten ist.

2065 **4.6.9 Aufklärung, Prävention und Früherkennung bei psychischen und somatischen** 2066 **Erkrankungen stärken**

2067 Psychische Erkrankungen sind weit verbreitet und werden in ihrer Tragweite häufig unterschätzt.
2068 Zudem sind sie immer noch von Tabus und Stigmata umgeben, was in einigen Fällen zu tragischen
2069 Suiziden führen kann. Forschungen haben gezeigt, dass die Suizidrate in Zeiten intensiver
2070 Aufklärungsarbeit zurückgeht, jedoch nach dem Ende solcher Maßnahmen wieder ansteigt. In Köln
2071 möchten wir daher die Aufklärung, Prävention und Früherkennung psychischer Erkrankungen
2072 verstärken. Unser Ziel ist es, den Krankheitsverlauf positiv zu beeinflussen und letztendlich Suizide
2073 zu verhindern. Dies soll durch kontinuierliche Bildungs- und Aufklärungsprogramme erreicht
2074 werden, die das Bewusstsein schärfen und Betroffenen wie auch Angehörigen die notwendige
2075 Unterstützung bieten.

2076 Hierzu gehört aber auch die schnelle und umfassende Aufklärung über Infektionserkrankungen wie
2077 z.B. M-Pox. hierbei ist ein besonderer Schwerpunkt auf Schutz- und Präventionsmaßnahmen zu
2078 legen.

2079 Besonderer Aufklärung und Informationen bedarf die Diagnostik und Behandlung von
2080 Endometriose, eine Erkrankung, die viele Frauen betrifft, aber durch die lange Dauer der Diagnostik
2081 viel Leid und Unsicherheit hervorruft.

2082 **4.6.10 „Charité des Westens“ entwickeln**

2083 Angesichts der prekären wirtschaftlichen Lage der Kliniken der Stadt Köln begrüßen wir den
2084 Vorschlag, die bisherigen drei Standorte der Kliniken - Holweide, Merheim, Kinderkrankenhaus Riehl
2085 - an einem Standort in Merheim zusammenzulegen. Diese Konzentration auf einen Standort
2086 verspricht eine bessere Nutzung der Ressourcen, eine Vermeidung von Doppelstrukturen, bessere

2087 Arbeitsbedingungen für das pflegerische und ärztliche Personal und die Errichtung von Gebäuden
2088 nach dem aktuellen technischen und medizinischen Standard.

2089 Darüber hinaus fordern wir eine intensive Zusammenarbeit mit der Uniklinik Köln zu
2090 implementieren, damit durch eine optimale Zusammenarbeit in Köln ein höchster Standard in der
2091 Patientenversorgung, aber auch im Bereich von Forschung und Lehre etabliert wird und das Ziel
2092 der "Charité des Westens" erreicht wird.

2093 **4.6.11 Installation von automatisierten externen Defibrillatoren (AEDs)**

2094 Zur Verbesserung der öffentlichen Gesundheit und Erhöhung der Überlebensrate bei Herzstillstand
2095 fordern wir die Installation von automatisierten externen Defibrillatoren (AEDs) an allen
2096 hochfrequentierten Orten in Köln. Diese lebensrettenden Geräte sollten in Bereichen wie
2097 öffentlichen Verkehrsknotenpunkten, Einkaufszentren, Sportstadien und großen Parks verfügbar
2098 sein, um im Notfall schnelle und effektive Hilfe leisten zu können.

2099 Die Bereitstellung von AEDs an strategisch wichtigen Standorten ist eine grundlegende Maßnahme,
2100 die das Potenzial hat, Leben zu retten und die Reaktionsfähigkeit der Gemeinschaft in
2101 Notfallsituationen wesentlich zu verbessern. Unsere Initiative zielt darauf ab, Köln zu einer
2102 sichereren Stadt für alle Bürgerinnen und Bürger sowie Besucher zu machen, indem wir die
2103 Zugänglichkeit zu lebenswichtigen Notfalltechnologien erhöhen.

2104 Wir fordern die Aufstellung von Hinweisschildern mit Informationen zum nächsten AED wie Standort
2105 und Zeitbedarf zur Optimierung des Einsatzes der AEDs.

2106 **4.6.12 Abwasserscreening intensivieren und ausbauen**

2107 Angesichts der wachsenden Herausforderungen durch Umweltbelastungen fordern wir die
2108 Intensivierung und den Ausbau des Abwasserscreenings in Köln. Dieses erweiterte Screening soll
2109 speziell auf Krankheitserreger und Drogenrückstände ausgerichtet sein. Durch die Analyse des
2110 Abwassers auf diese Substanzen können wir wertvolle Einblicke in die öffentliche Gesundheit und
2111 Sicherheit gewinnen und zeitnah auf mögliche Ausbrüche von Infektionen sowie auf Veränderungen
2112 im Drogenkonsum reagieren.

2113 Diese Maßnahme ermöglicht es uns, präventiv zu handeln und sowohl die Ausbreitung von
2114 Krankheiten als auch die mit Drogenkonsum verbundenen gesellschaftlichen Probleme effektiver
2115 zu bekämpfen. Durch den Ausbau des Screenings stärken wir das öffentliche Gesundheitssystem
2116 und tragen dazu bei, Köln zu einer sichereren und gesünderen Stadt zu machen.

2117 **4.6.13 Hitzeschutzmaßnahmen ausbauen und bekannt machen**

2118 Angesichts der steigenden Temperaturen und zunehmenden Hitzeereignisse fordern wir einen
2119 umfassenden Ausbau der Hitzeschutzmaßnahmen in Köln. Unser Ziel ist es, die Stadt gegen die
2120 Auswirkungen extremer Hitze zu wappnen und die öffentliche Gesundheit zu schützen. Dazu gehört
2121 die Einrichtung von zusätzlichen öffentlichen Kühlzentren, die Begrünung von Stadtflächen zur
2122 Senkung der Umgebungstemperatur und die Installation von Wassersprühnebelanlagen in
2123 besonders betroffenen Bereichen.

2124 Zusätzlich setzen wir uns für eine intensive Aufklärungskampagne ein, um die Bürgerinnen und
2125 Bürger über die verfügbaren Hitzeschutzmaßnahmen und Verhaltensempfehlungen bei extremer
2126 Hitze zu informieren. Diese Kampagne soll über verschiedene Medienkanäle erfolgen, einschließlich
2127 sozialer Netzwerke, Stadtteilzentren und lokale Medien, um eine maximale Reichweite und
2128 Wirksamkeit zu gewährleisten. Durch diese Initiativen möchten wir sicherstellen, dass alle
2129 Kölnerinnen und Kölner Zugang zu den notwendigen Ressourcen und Informationen haben, um
2130 gesund durch die heißen Sommermonate zu kommen.

2131 **4.6.14 Konzepte gegen Einsamkeit entwickeln, Unterstützung von Aufklärung bei Depression** 2132 **und Suizidprävention**

2133 Angesichts der wachsenden Problematik der sozialen Isolation und psychischen Gesundheit setzen
2134 wir uns in Köln für die Entwicklung und Umsetzung innovativer Konzepte gegen Einsamkeit ein. Ziel
2135 ist es, Begegnungsräume zu schaffen und Gemeinschaftsinitiativen zu fördern, die den sozialen
2136 Zusammenhalt stärken und Menschen aller Altersgruppen zusammenbringen.

2137 Gleichzeitig verstärken wir unsere Bemühungen in der Aufklärung über Depressionen und
2138 Suizidprävention. Durch öffentliche Informationskampagnen, Schulungen für Fachpersonal und die
2139 Bereitstellung von Ressourcen für Betroffene und deren Angehörige wollen wir das Bewusstsein
2140 für diese Themen erhöhen und die Verfügbarkeit von professioneller Hilfe verbessern.

2141 Unser Ansatz umfasst die Förderung von Selbsthilfegruppen, den Ausbau von Beratungsangeboten
2142 und die Unterstützung von Online-Plattformen, die schnellen und niederschweligen Zugang zu
2143 psychologischer Beratung bieten. Diese Maßnahmen sollen nicht nur die Lebensqualität verbessern,
2144 sondern auch lebensrettend wirken, indem sie Menschen in Krisensituationen wirksame
2145 Unterstützung und Hoffnung bieten.

2146 **4.6.15 Ausbau von Kurzzeitpflegeplätzen**

2147 In Köln erkennen wir die dringende Notwendigkeit, die Anzahl der Kurzzeitpflegeplätze zu erhöhen,
2148 um den Bedürfnissen von pflegebedürftigen Menschen und ihren Angehörigen gerecht zu werden.
2149 Der Ausbau von Kurzzeitpflegeeinrichtungen ist entscheidend, um Familien zu entlasten, die tägliche
2150 Pflege leisten, und bietet eine wesentliche Unterstützung bei der Erholung nach
2151 Krankenhausaufenthalten oder bei der Überbrückung von Betreuungslücken.

2152 Wir setzen uns für eine signifikante Erweiterung der Kapazitäten in diesem Bereich ein und fordern
2153 die Stadt Köln auf, in die Schaffung zusätzlicher Kurzzeitpflegeplätze zu investieren. Dies soll durch
2154 die Bereitstellung von Fördermitteln und die Unterstützung von Einrichtungen erfolgen, die
2155 spezialisierte Kurzzeitpflegedienste anbieten.

2156 Zusätzlich möchten wir die Bekanntmachung dieser wichtigen Dienste verbessern, damit mehr
2157 Bürgerinnen und Bürger Zugang zu den Informationen erhalten und diese wichtige Ressource
2158 effektiv nutzen können. Unser Ziel ist es, durch diese Maßnahmen die Pflegelandschaft in Köln zu
2159 stärken und eine hochwertige Versorgung für alle zu gewährleisten, die temporäre
2160 Pflegeunterstützung benötigen.

2161 **4.6.16 Hilfesystem für Alleinerziehende, die akut erkranken**

2162 In Köln setzen wir uns für die Schaffung eines robusten Unterstützungssystems für alleinerziehende
2163 Eltern ein, die mit plötzlichen Krankheiten konfrontiert sind. Dieses System soll speziell darauf
2164 ausgerichtet sein, in akuten Notfällen rasch und effektiv zu helfen. Unsere Initiative beinhaltet die
2165 Einrichtung eines Netzwerks aus Notfall-Betreuungsdiensten, die kurzfristig einspringen können,
2166 um die Betreuung der Kinder sicherzustellen, während die Elternteile medizinische Hilfe erhalten
2167 oder sich erholen.

2168 Wir fordern die Stadt Köln auf, zusammen mit lokalen Wohlfahrtsverbänden und gemeinnützigen
2169 Organisationen, Ressourcen bereitzustellen, die eine flexible und zuverlässige Betreuung
2170 ermöglichen. Dazu gehört auch die Förderung von Informationskampagnen, die alleinerziehende
2171 Eltern über verfügbare Unterstützungsangebote aufklären und ihnen den Zugang zu diesen
2172 erleichtern.

2173 Unser Ziel ist es, durch diese Maßnahmen eine stützende Gemeinschaft zu schaffen, die die
2174 besonderen Herausforderungen von alleinerziehenden Eltern anerkennt und aktiv adressiert, um
2175 ihre Lebensqualität und die ihrer Kinder zu verbessern.

2176 **4.6.17 Trinkerräume in Köln, Pflegeeinrichtungen für alkoholranke Menschen**

2177 In Köln erkennen wir die Notwendigkeit, spezielle Unterstützungsstrukturen für Menschen mit
2178 Alkoholabhängigkeit zu schaffen. Wir setzen uns für die Einrichtung von Trinkerräumen ein, in denen
2179 Betroffene in einer sicheren und kontrollierten Umgebung Alkohol konsumieren können. Diese
2180 Räume sollen nicht nur einen geschützten Raum bieten, sondern auch Zugang zu sozialen Diensten,
2181 medizinischer Betreuung und Beratung ermöglichen.

2182 Darüber hinaus fordern wir den Ausbau von spezialisierten Pflegeeinrichtungen, die auf die
2183 Bedürfnisse von Menschen mit schweren Alkoholproblemen zugeschnitten sind. Diese
2184 Einrichtungen sollen umfassende Betreuungs- und Therapieprogramme anbieten, die auf die
2185 physischen und psychischen Aspekte der Alkoholabhängigkeit eingehen.

2186 Die Stadt Köln soll in Partnerschaft mit Gesundheitsdienstleistern und sozialen Einrichtungen diese
2187 Projekte unterstützen, um eine adäquate Versorgung und Rehabilitation für alkoholranke
2188 Menschen zu gewährleisten. Unser Ziel ist es, durch diese Maßnahmen nicht nur die Lebensqualität
2189 der Betroffenen zu verbessern, sondern auch die öffentliche Gesundheit und Sicherheit zu stärken.

2190

2191 **4.6.18 Pflegeplätze für schwer kranke, obdachlose Menschen**

2192 Angesichts der besonderen Herausforderungen, denen schwer kranke, obdachlose Menschen in
2193 Köln gegenüberstehen, fordern wir die Einrichtung spezialisierter Pflegeplätze, die auf ihre
2194 Bedürfnisse zugeschnitten sind. Diese Plätze sollen eine professionelle medizinische und
2195 pflegerische Versorgung bieten, die sowohl die physischen als auch die psychosozialen Aspekte
2196 ihrer Situation berücksichtigt.

2197 Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt Köln in Zusammenarbeit mit lokalen Gesundheitsdiensten
2198 und sozialen Einrichtungen diese Pflegeplätze schafft. Die Einrichtungen sollen nicht nur Unterkunft
2199 und medizinische Pflege bieten, sondern auch Zugang zu Rehabilitation und sozialen
2200 Betreuungsangeboten ermöglichen, um den Betroffenen eine möglichst ganzheitliche Unterstützung
2201 zu bieten.

2202 Unser Ziel ist es, durch diese Initiative die Lebensqualität dieser besonders vulnerablen Gruppe zu
2203 verbessern und ihnen die Würde und Fürsorge zukommen zu lassen, die sie benötigen. Diese
2204 Maßnahme wird nicht nur den Betroffenen selbst zugutekommen, sondern auch zur allgemeinen
2205 Gesundheits- und Sozialfürsorge in Köln beitragen. Dazu gehört auch die Beibehaltung des
2206 anonymen Krankenscheins, der die erforderliche medizinische Behandlung der Erkrankungen dieser
2207 in der Regel nicht krankenversicherten Menschen ermöglicht.

2208 **4.7 Pflege**

2209

2210 **4.7.1 Mehr Kurzzeitpflege in Köln**

2211 Menschen in Köln erreichen heute ein höheres Lebensalter und wünschen sich, so lange wie
2212 möglich in ihrer vertrauten Umgebung zu leben. Doch die Realität zeigt: Nach einem
2213 Krankenhausaufenthalt oder während einer Erkrankung steigt der Bedarf an Betreuung oft
2214 schlagartig. Kurzzeitpflegeeinrichtungen bieten in diesen Phasen eine wertvolle Unterstützung, um
2215 die Rückkehr in die eigene Häuslichkeit zu erleichtern und ein selbstbestimmtes Leben zu fördern.

2216 Aktuell stehen in Köln 76 Betten in spezialisierten Kurzzeitpflegeeinrichtungen und zusätzlich 459
2217 eingestreute Plätze in 82 vollstationären Einrichtungen zur Verfügung. Mit einer Quote von 42,0
2218 Pflegebedürftigen pro Kurzzeitpflege-Platz liegt Köln hinter dem Landesdurchschnitt von Nordrhein-
2219 Westfalen (31,4). Diese Zahlen verdeutlichen einen deutlichen Handlungsbedarf: Es fehlt an einer

2220 umfassenden Pflegeplanung, die die Bedürfnisse unserer älteren Bürgerinnen und Bürger
2221 berücksichtigt.

2222

2223

2224 **4.7.2 Unsere Ziele für eine bessere Pflege in Köln**

2225 Wir setzen uns dafür ein, dass Köln eine zukunftsorientierte Pflegeplanung erhält, die sich
2226 mindestens am Landesdurchschnitt orientiert und gezielt auf die Bedürfnisse der älteren
2227 Bevölkerung eingeht. Um den steigenden Bedarf zu decken, ist ein gezielter Ausbau der Kapazitäten
2228 in der Kurzzeitpflege notwendig.

2229 Bei der Weiterentwicklung unserer Stadt sollen neben Kitas und Schulen auch die Bedürfnisse der
2230 älteren Generation berücksichtigt werden, um lebenswerte Quartiere für alle Generationen zu
2231 schaffen.

2232 In einem Köln, das seine älteren Bürgerinnen und Bürger wertschätzt und unterstützt, sollen alle
2233 die Möglichkeit haben, so lange wie möglich in ihrer gewohnten Umgebung selbstbestimmt zu
2234 leben. Gemeinsam können wir eine Stadt gestalten, die ihren älteren Bürgerinnen und Bürgern nicht
2235 nur ein Dach über dem Kopf, sondern ein Zuhause bietet.

2236 **4.7.3 Innovative Ansätze für nachhaltige Pflegelösungen in der stationären Pflege**

2237 Die Pflegeeinrichtungen in Köln stoßen mit einer Auslastung von 97,8% bereits jetzt an ihre Grenzen,
2238 weit über dem Bundesdurchschnitt von 92,4%. Diese Zahlen verdeutlichen die Dringlichkeit, mit der
2239 wir handeln müssen, besonders im Hinblick auf die demographische Entwicklung. Das Statistische
2240 Bundesamt prognostiziert für Köln bis 2040 einen Anstieg der Bevölkerung über 65 Jahre um fast
2241 50%. Der Pflegeheim-Atlas 2018 identifiziert Köln als eine der sechs deutschen Städte mit dem
2242 größten Bedarf an zusätzlichen Pflegeplätzen bis 2030 und 2035. Es ist daher unerlässlich, dass wir
2243 die Anzahl der Pflegeplätze von derzeit etwa 8.200 auf rund 12.100 erhöhen.

2244 **4.7.4 Unsere Maßnahmen zur Bewältigung des Pflegeplatzmangels:**

2245 Um den immensen Bedarf zu decken, muss Köln dringend geeignete Grundstücke für den Bau
2246 neuer Pflegeeinrichtungen zur Verfügung stellen. Wir planen, spezielle Zonen für
2247 Pflegeeinrichtungen auszuweisen, um eine schnelle und effiziente Nutzung zu ermöglichen.

2248 Eine Reform der gesetzlichen Refinanzierungsbedingungen ist essentiell, um nachhaltige
2249 Investitionen in die Pflegeinfrastruktur zu fördern. Bessere finanzielle Anreize werden es
2250 ermöglichen, qualitativ hochwertige Pflegeangebote zu schaffen und zu erhalten.

2251 Wir wollen innovative Pflegemodelle fördern und Partnerschaften zwischen der Stadt, privaten
2252 Investoren und sozialen Trägern stärken. Ziel ist es, flexible und zukunftsorientierte Pflegelösungen
2253 zu entwickeln, die den individuellen Bedürfnissen unserer älteren Bürgerinnen und Bürger gerecht
2254 werden.

2255 Durch diese gezielten Maßnahmen werden wir nicht nur die dringend benötigten zusätzlichen
2256 Pflegeplätze schaffen, sondern auch eine nachhaltige und würdevolle Versorgung für Kölns ältere
2257 Generation sicherstellen. Es ist unsere Verantwortung und unser Bestreben, dass jede Kölnerin und
2258 jeder Kölner die Unterstützung und Pflege erhält, die sie oder er im Alter benötigt.

2259 **4.7.5 Zukunftsweisende Stadtentwicklung: Pflege und Mehr-Generationen-Konzepte**

2260 Die Stadtentwicklung Kölns steht vor der Herausforderung, dem steigenden Bedarf an stationären
2261 Pflegeplätzen gerecht zu werden. Bei der Planung neuer Wohngebiete ist es daher unerlässlich, von
2262 Beginn an Flächen für Pflegeeinrichtungen einzuplanen. Dies gewährleistet, dass wir nicht nur den
2263 aktuellen, sondern auch den zukünftigen Bedarf decken und eine umfassende Versorgung
2264 sicherstellen können.

2265 **4.7.6 Förderung des generationsübergreifenden Zusammenlebens:**

2266 Um die Lebensqualität für Menschen aller Altersgruppen zu erhöhen, setzen wir auf die Schaffung
2267 von Wohnraum, der flexibel an unterschiedliche Lebensphasen angepasst werden kann. Dies
2268 beinhaltet die Möglichkeit, Wohnungen je nach Bedarf zu vergrößern oder zu verkleinern.

2269 Wir wollen Dienste fördern, die älteren Menschen den Umzug in geeignetere Wohnformen
2270 erleichtern. Dies trägt dazu bei, dass ältere Bürgerinnen und Bürger länger selbstständig und in
2271 ihrer gewohnten Umgebung bleiben können.

2272 Programme wie „Wohn mobil“ oder „Neues Wohnen im Alter“ bieten wichtige Beratungs- und
2273 Unterstützungsleistungen, die wir intensivieren möchten. Diese Initiativen sind essenziell, um ältere
2274 Menschen über ihre Möglichkeiten aufzuklären und ihnen den Zugang zu angepassten Wohnformen
2275 zu erleichtern.

2276 Durch diese Ansätze wird Köln zu einer Stadt, die nicht nur baulich, sondern auch sozial auf die
2277 Bedürfnisse ihrer älteren Bevölkerung eingeht. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf der Förderung
2278 des Zusammenlebens mehrerer Generationen, um durch gegenseitige Unterstützung und soziale
2279 Interaktion die Lebensqualität für alle zu erhöhen. Wir streben eine Gemeinschaft an, in der sich
2280 jedes Mitglied unterstützt und wertgeschätzt fühlt, unabhängig von seinem Alter.

2281 **4.7.7 Innovative Arbeitsmarktintegration und Entlastung im Pflegesektor**

2282 In Köln, wie in ganz Deutschland, steht der Pflegesektor aufgrund demografischer Veränderungen
2283 und medizinischem Fortschritt vor großen Herausforderungen. Der steigende Bedarf an
2284 qualifiziertem Pflegepersonal und die hohe Belastung der Fachkräfte machen innovative Lösungen
2285 dringend erforderlich.

2286 **4.7.8 Maßnahmen zur Entlastung und Unterstützung von Pflegefachkräften**

2287 Um den Arbeitsalltag von Pflegekräften zu erleichtern, setzen wir auf attraktive Anreize wie
2288 Betriebswohnungen, Jobtickets und Anwohnerparkausweise. Diese Maßnahmen sollen
2289 sicherstellen, dass Pflegekräfte ihre Klienten schnell und ohne finanzielle Einbußen erreichen
2290 können.

2291 In Pflegeeinrichtungen und betreutem Wohnen planen wir den verstärkten Einsatz von
2292 Pflegerobotern sowie intelligenten Assistenzsystemen wie Siri und Wii. Diese Technologien können
2293 Pflegekräfte entlasten, indem sie Routineaufgaben übernehmen, wie die Erinnerung an
2294 Medikamenteneinnahme und die Unterstützung bei körperlichen Übungen. Dadurch kann sich das
2295 Pflegepersonal intensiver den persönlichen Bedürfnissen der Betreuten widmen.

2296 Zusätzlich zur technologischen Unterstützung sehen wir großes Potential in der Integration von
2297 Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt, speziell im Pflegebereich. Durch die Umsetzung des ‚Jobturbo‘-
2298 Programms der Bundesregierung in Köln wollen wir Flüchtlingen den Zugang zu Qualifikationen und
2299 Arbeitsmöglichkeiten im Pflegesektor erleichtern. Dies hilft nicht nur, den Fachkräftemangel zu
2300 lindern, sondern fördert auch die soziale Integration.

2301 **4.7.9 Förderung von Mehrwert durch technologische und soziale Innovationen**

2302 Diese Initiativen sind Teil unserer Vision für ein zukunftsfähiges Köln, das technologische
2303 Innovationen und soziale Integration als Schlüssel zu einer besseren Lebensqualität und effektiveren
2304 Pflege sieht. Mit diesen Maßnahmen streben wir danach, die Pflegequalität zu erhöhen, während
2305 wir gleichzeitig den Pflegekräften mehr Raum für menschliche Zuwendung und professionelle
2306 Entfaltung bieten.

2307 **4.8 Sport und Freizeit**

2308
2309 Sport ist mehr als nur Freizeitbeschäftigung; er ist eine Quelle des Wohlbefindens und der
2310 Gemeinschaft. In Köln erkennen wir das immense Potenzial des Sports, sowohl im Breiten- als auch
2311 im Spitzensport, und seine Fähigkeit, Menschen aller Altersgruppen zusammenzubringen. Ob
2312 Schulsport, Vereinssport, Individual- oder Team sport – alle Formen tragen entscheidend zur
2313 Lebensqualität unserer Stadt bei.

2314 2315 **4.8.1 Zustand der Sportanlagen**

2316 Aktuelle Berichte zeigen, dass die Stadtverwaltung oft nicht über den Zustand der Sportanlagen
2317 informiert ist. Dies ist inakzeptabel. Wir setzen uns für eine umfassende Bestandsaufnahme und
2318 regelmäßige Wartung aller Sportstätten ein, um sicherzustellen, dass sie sicher und zugänglich sind.

2319 **4.8.2 Schwimmfähigkeit von Schulkindern**

2320
2321 Es ist besorgniserregend, dass nur noch sechs von zehn Schulkindern schwimmen können. Wir
2322 fordern die Einführung eines verstärkten Schwimmunterrichts an allen Schulen, um diese
2323 grundlegende Fähigkeit zu fördern und die Sicherheit unserer Kinder zu gewährleisten.

2324

2325 **4.8.3 Nachwuchsprobleme in Sportvereinen**

2326
2327 Um dem Rückgang bei den Mitgliederzahlen entgegenzuwirken, wollen wir gezielte Programme zur
2328 Nachwuchsförderung implementieren. Diese sollen nicht nur junge Talente ansprechen, sondern
2329 auch den Spaß am Sport vermitteln und langfristiges Engagement fördern.

2330

2331 **4.8.4 Unsere Vision: Köln in Bewegung**

2332

2333 Wir Freie Demokraten verstehen Sport als essentiellen Bestandteil einer lebendigen Stadt. Deshalb
2334 möchten wir:

2335

- 2336 1. Investitionen in moderne Sportinfrastruktur erhöhen, um attraktive und vielseitige Angebote
2337 zu schaffen.
- 2338 2. Sport als integratives Element nutzen, um soziale Bindungen zu stärken und die Integration
2339 aller Bevölkerungsgruppen zu fördern.
- 2340 3. Sportprogramme und Veranstaltungen ausbauen, die das gemeinschaftliche Erlebnis in den
2341 Vordergrund stellen und Köln als aktive, gesundheitsbewusste Gemeinschaft präsentieren.

2342

2343 Mit diesen Maßnahmen wollen wir Köln nicht nur in Bewegung setzen, sondern auch als Vorreiter
2344 für eine gesunde, integrative und dynamische Stadtgemeinschaft positionieren. Lassen Sie uns
2345 gemeinsam das volle Potenzial des Sports in Köln nutzen und entfalten.

2346

2347 **4.8.5 Verbesserung der Jugendsportförderung**

2348

2349 Erhöhung der Jugendsportpauschale: Die Mitgliedschaft in Sportvereinen hat signifikante positive
2350 Effekte auf die körperliche, soziale und geistige Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. In Köln
2351 unterstützen wir diese wichtige Tätigkeit mit einer jährlichen Förderung von 1 Million Euro, was
2352 derzeit etwa 13 Euro pro Kind entspricht.

2353

2354 Wir setzen uns dafür ein, die jährliche Förderung pro Kind von 13 Euro auf 25 Euro zu erhöhen.
2355 Diese Steigerung wird es Kölner Sportvereinen ermöglichen, ihre Angebote zu erweitern,
2356 professioneller zu gestalten und somit attraktiver für junge Menschen zu machen.
2357 Neben der finanziellen Förderung ist es notwendig, die Struktur und Ausrichtung der
2358 Unterstützungsprogramme zu überdenken. Wir wollen Programme entwickeln, die gezielt auf die
2359 Bedürfnisse und Interessen junger Menschen eingehen und die Teilnahme an Sportaktivitäten
2360 attraktiver und zugänglicher machen.

2361
2362 Um eine breitere Wirkung zu erzielen, sollten Sportvereine eng mit lokalen Schulen und
2363 Gemeindezentren zusammenarbeiten. Dies könnte durch gemeinsame Veranstaltungen, Sportfeste
2364 und regelmäßige
2365 Schnuppertage geschehen, die das Interesse am Sport wecken und langfristige Bindungen fördern.
2366

2367 **4.8.6 Sport im Alter**

2368
2369 Unser Ziel ist es, die Lebensqualität unserer älteren Bürgerinnen und Bürger zu verbessern und
2370 ihre Gesundheit zu fördern. Sport und Bewegung spielen dabei eine zentrale Rolle. Regelmäßige
2371 körperliche Aktivität fördert nicht nur die körperliche Gesundheit, sondern auch das geistige
2372 Wohlbefinden und die soziale Teilhabe.

2373
2374 Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Seniorinnen und Senioren bestmögliche Bedingungen
2375 vorfinden, um sportlich aktiv zu bleiben. Unsere Ziele und Maßnahmen im Bereich Sport und
2376 Gesundheit im Alter umfassen:

- 2377
- 2378 1. Förderung von Sport- und Bewegungsangeboten für Senioren durch Ausbau von
2379 altersgerechten Sportkursen und Bewegungsprogrammen in kommunalen Einrichtungen
2380 und Sportvereinen.
 - 2381 2. Förderung von speziellen Programmen wie Yoga, Tai Chi und Wassergymnastik, die sich
2382 besonders gut für ältere Menschen eignen.
 - 2383 3. Schaffung und Erhaltung von barrierefreien Sportstätten und Parks.

2384 2385 **4.8.7 Körperliche Gesundheit fördern**

2386
2387 Herz-Kreislauf-Gesundheit stärken: Wir werden Programme unterstützen, die regelmäßige
2388 körperliche Aktivität fördern und damit Herzkrankheiten vorbeugen.

2389

2390 Erhalt der Muskelmasse und Knochengesundheit: Durch gezielte Bewegungsangebote wollen wir
2391 die Muskelmasse stärken und Osteoporose vorbeugen. Wir fördern Aktivitäten wie Krafttraining und
2392 Gymnastik speziell für ältere Menschen. Flexibilität und Gelenkgesundheit verbessern: Wir setzen
2393 uns für ein umfassendes Angebot an Bewegungskursen wie Yoga und Tai Chi ein, um die Flexibilität
2394 zu erhöhen und Arthritis-Symptome zu lindern.

2395 **4.8.8 Geistige und emotionale Gesundheit stärken**

2396
2397 Geistige Gesundheit verbessern: Wir werden Initiativen fördern, die Sport als Mittel zur
2398 Stressbewältigung und zur Verbesserung der Stimmung einsetzen. Dazu gehören spezielle
2399 Programme für Seniorinnen und Senioren in Sportvereinen und Bürgerzentren sowie Angebote von
2400 Initiativen, die sich speziell an die ältere Generation wenden.

2401
2402 Kognitive Funktionen stärken: Wir unterstützen Aktivitäten, die die geistige Leistungsfähigkeit
2403 fördern und das Risiko von Demenz verringern. Regelmäßige Bewegung wird dabei als präventive
2404 Maßnahme anerkannt und gefördert.

2405
2406 Soziale Interaktion fördern: Wir setzen uns für Sportangebote ein, die es älteren Menschen
2407 ermöglichen, gemeinsam aktiv zu sein und so soziale Kontakte zu pflegen und Einsamkeit zu
2408 verhindern.

2409 2410 **4.8.9 Zugang zu Sportangeboten erleichtern**

2411
2412 Barrierefreie Sportstätten: Wir werden sicherstellen, dass Sportanlagen und Fitnessstudios
2413 barrierefrei zugänglich sind, um allen Menschen die Teilnahme zu ermöglichen.

2414
2415 Finanzielle Unterstützung: Wir planen Zuschüsse und finanzielle Unterstützung für Seniorinnen und
2416 Senioren, die an Sport- und Fitnessprogrammen teilnehmen möchten.

2417
2418 Informationskampagnen: Durch gezielte Informationskampagnen wollen wir ältere Menschen über
2419 die Vorteile von Sport und Bewegung aufklären und sie zur Teilnahme ermutigen.

2420 2421 **4.8.10 Nachhaltige und integrative Ansätze**

2422
2423 Schlafqualität verbessern: Durch die Förderung regelmäßiger Bewegung wollen wir die
2424 Schlafqualität unserer älteren Bürger verbessern, was sich positiv auf ihre gesamte Gesundheit
2425 auswirkt.

2426

2427 Längeres und gesundes Leben: Unser Engagement für Sport im Alter zielt darauf ab, die Gesundheit
2428 unserer älteren Bevölkerung nachhaltig zu verbessern und damit die Lebenserwartung zu erhöhen.
2429 Darüber hinaus wollen wir mit unseren Angeboten die Freude an Bewegung sowie das soziale
2430 Miteinander fördern.

2431

2432

2433 **4.8.11 Bekenntnis zum Leistungssport**

2434

2435 Köln ist eine Stadt, in der der Leistungssport zu Hause ist. In zahlreichen Sportarten gibt es Kölner
2436 Erst- und Zweitligaclubs. Die Deutsche Sporthochschule Köln vereint qualifizierte Lehre,
2437 internationale Forschung und Spitzensport als Deutschlands einzige Universität, die sich
2438 ausschließlich dem Themenfeld Sport und Bewegung widmet - mit 19 Instituten, 4 An-Instituten
2439 und 9 wissenschaftlichen Zentren.

2440

2441 Wir bekennen uns klar zum Leistungssport und wollen, dass auch in Kölner Schulen und Vereinen
2442 mehr für den Leistungssport getan wird. Schulen und Vereine sind die Einrichtungen, in denen
2443 Talente entdeckt und gefördert werden, so sie denn über die entsprechende Ausstattung und
2444 ausreichende Mittel verfügen. Damit wird weit mehr erreicht als nur der Grundstein für die
2445 Sportkarrieren Einzelner gelegt. Denn zukünftig kommende Spitzensportler aus Köln wirken positiv
2446 als Vorbilder für die Jugend.

2447

2448 **4.8.12 Vereinssport als Teil des schulischen Ganztags**

2449

2450 In Köln stehen wir vor einer Herausforderung: Viele Schülerinnen und Schüler sind zu wenig
2451 sportlich aktiv, Sportvereine kämpfen mit Nachwuchsmangel, und sportliche Talente bleiben oft
2452 unentdeckt. Um dies zu ändern, setzen wir uns dafür ein, dass der Vereinssport stärker in den
2453 schulischen Ganztags integriert wird. Diese Kooperationen sollen nicht nur die Gesundheit fördern
2454 und sportliche Fähigkeiten vermitteln, sondern
2455 auch gezielt Talente fördern und bis hin zum Ligasport entwickeln.

2456

2457 Ab 2026 besteht bundesweit ein Anspruch auf Ganztagsplätze in Schulen. Dies bietet eine
2458 hervorragende Gelegenheit, Sportprogramme noch intensiver in den Schulalltag zu integrieren und
2459 Kindern und Jugendlichen den Zugang zu regelmäßiger und qualifizierter sportlicher Betätigung zu
2460 erleichtern. Mit qualifizierten Trainern und Trainerinnen in den Sportvereinen kann so ein Umfeld
2461 geschaffen werden, in dem junge Talente erkannt und gefördert werden.

2462

2463 Weitere Schritte zur Förderung des Schulsports:

2464

2465 Verstärkte Kooperationen zwischen Schulen und lokalen Sportvereinen: Durch die Zusammenarbeit
2466 können Sportangebote direkt in den Schulalltag eingebunden werden. Dies erleichtert den
2467 Schülerinnen und Schülern die Teilnahme und stärkt die Verbindung zwischen Schule und Verein.
2468 Schulkinderbetreuung an Standorten der Sportvereine: Wie die Stadt Düsseldorf soll Köln ein
2469 Konzept der schulischen Ganztagsbetreuung am Standorten von Sportvereinen erarbeiten und
2470 auszubauen.
2471 Förderung von Sport als regulärem Teil des Ganztagsangebots: Mit dem Rechtsanspruch auf
2472 Ganztagsbetreuung sollten Sportprogramme fest im Curriculum verankert werden, um
2473 sicherzustellen, dass alle Kinder unabhängig von ihrem sozialen Hintergrund Zugang zu qualitativer
2474 sportlicher Förderung erhalten.

2475

2476 **4.8.13 Entwicklung spezialisierter Förderprogramme für talentierte Jugendliche**

2477

2478 Neben der Breitenförderung ist es wichtig, spezielle Programme für die Förderung hochtalentierter
2479 Schülerinnen und Schüler zu etablieren, die möglicherweise Interesse an einer sportlichen Karriere
2480 haben.

2481 Diese Initiativen werden nicht nur die physische und psychische Gesundheit der jungen Menschen
2482 in Köln verbessern, sondern auch die Sportvereine stärken und das sportliche Niveau in der ganzen
2483 Stadt heben. Indem wir Sport als wesentlichen Bestandteil der schulischen Bildung etablieren,
2484 investieren wir in eine gesunde, integrative und leistungsfähige Zukunft für unsere Kinder und
2485 Jugendlichen.

2486

2487 **4.8.14 Zwei neue Schulschwimmbäder zur Sicherung der Schwimmfähigkeit von Kindern**

2488

2489 Die Fähigkeit zu schwimmen ist eine lebenswichtige Kompetenz, die in den letzten zehn Jahren bei
2490 Kindern in Köln alarmierend zurückgegangen ist. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, setzen
2491 wir uns entschieden dafür ein, dass alle Kölner Kinder schwimmen lernen können. Dies betrachten
2492 wir nicht nur als eine Frage der Sicherheit, sondern als ein grundlegendes Recht jedes Kindes.

2493

2494 Unsere Maßnahmen zur Verbesserung der Schwimmfähigkeit

2495

2496 Wir fordern den Bau von zwei neuen Schulschwimmbädern: Um den Zugang zum
2497 Schwimmunterricht zu verbessern, planen wir den Bau von zwei neuen Schulschwimmbädern,
2498 jeweils eines rechts- und eines linksrheinisch. Diese Schwimmbäder mit 25-Meter-Bahnen sollen
2499 es ermöglichen, dass deutlich mehr Kinder Schwimmunterricht erhalten und der Vereinssport im
2500 Schwimmen endlich die geforderten erhöhten Wasserzeiten erhält.

2501

2502 Ein zusätzliches Schwimmbad im Kölner Westen: Angesichts der geografischen Verteilung der
2503 Bevölkerung und der bestehenden Infrastruktur schlagen wir vor, eines der neuen
2504 Schulschwimmbäder im Kölner Westen zu errichten. Dies wird den Zugang zu
2505 Schwimmrichtungen in dieser Region verbessern und die Teilnahme am Schwimmunterricht
2506 erleichtern.

2507
2508 Integration der Schwimmbäder in Schulbaupakete: Um eine zügige Realisierung zu gewährleisten,
2509 sollen die Schwimmbäder in die bereits ausgeschriebenen Schulbaupakete integriert werden. Dies
2510 ermöglicht eine effiziente Nutzung der Ressourcen und eine schnelle Umsetzung des Projekts.

2511
2512 Neubau des Genoveva-Bades: Zusätzlich zu den Schulschwimmbädern fordern wir den Neubau des
2513 Genoveva-Bades in Köln-Mülheim, um die dort vernachlässigte Schwimm-Infrastruktur zu stärken.

2514
2515 Fortführung des Programms „Sicheres Schwimmen“: Dieses Programm der KölnBäder GmbH
2516 (Kölner Stadtwerke) und der Stadt Köln hat sich als effektiv erwiesen und sollte fortgeführt und
2517 ausgebaut werden, um sicherzustellen, dass alle Kinder in Köln sicher schwimmen lernen.

2518
2519 Durch diese Maßnahmen können wir die Schwimmfähigkeit unserer Kinder verbessern und
2520 sicherstellen, dass sie nicht nur als Schüler, sondern ihr Leben lang von den Vorteilen und der
2521 Sicherheit, die das Schwimmen bietet, profitieren. Unsere Kinder verdienen die bestmögliche
2522 Ausbildung und Förderung ihrer Fähigkeiten – das Schwimmenlernen ist dabei eine fundamentale
2523 Säule.

2524

2525 **4.8.15 E-Sports als Sport anerkennen**

2526
2527 Als deutsche Gaming-Hauptstadt mit vielen Arbeitsplätzen in der Entwicklung und Messebesuchern
2528 muss Köln das kulturelle und wirtschaftliche Potenzial von E-Sports für unsere Stadt erkennen und
2529 nutzen. Wichtig ist für uns Liberale die Gleichwertigkeit von E-Sports mit “klassischen” Sportarten.

2530

2531 **4.8.16 Ausbau von Outdoor-Fitness-Parks in jedem Kölner Stadtbezirk**

2532
2533 Der Trend zum vereinsungebundenen Sport im Freien wächst kontinuierlich. Laufstrecken und
2534 Fitness-Parcours im Freien erfreuen sich steigender Beliebtheit, doch in Köln gibt es derzeit noch
2535 zu wenige dieser Sportmöglichkeiten. Inspiriert vom Erfolg des Outdoor-Fitness-Parks im Inneren
2536 Grüngürtel, setzen wir uns dafür ein, in jedem Stadtbezirk mindestens zwei ähnliche Anlagen zu
2537 errichten.

2538 Diese öffentlichen Sporteinrichtungen haben sich als äußerst beliebt erwiesen und dienen nicht nur
2539 der körperlichen Betätigung, sondern auch als Treffpunkte der sozialen Interaktion.

2540

2541 Weitere Schritte zur Förderung des Outdoor-Sports:

2542

2543 1. Integration lokaler Sportvereine: Lokale Sportvereine sollen aktiv in die Planung und
2544 Errichtung neuer Fitness-Parks eingebunden werden. Dies fördert die lokale Vernetzung und
2545 Nutzung der Anlagen durch organisierte Sportgruppen.

2546 2. Unterstützung des Sportmobils der Sportjugend Köln: Das Sportmobil der Sportjugend Köln,
2547 das speziell darauf ausgerichtet ist, Kinder und Jugendliche zu mehr Bewegung zu
2548 motivieren, soll besser gefördert werden. Durch gezielte Programme und Veranstaltungen
2549 in den neuen Outdoor-Fitness-Parks kann das Sportmobil effektiv zur Steigerung der
2550 sportlichen Aktivität beitragen.

2551 3. Kommerzielle Fitnesskurse auf städtischen Grünflächen: Die Stadtordnung soll geändert
2552 werden, um bezahlte Angebote, ob nun durch Fitnesstrainer/innen oder durch Sportvereine
2553 auf städtischen Grünflächen zu erlauben. Wir unterstützen eine Nutzungsgebühr für
2554 kommerzielle Angebote zur Instandhaltung der Parkanlagen, immerhin nutzen gepflegte
2555 Parks neben der Öffentlichkeit auch den Sportangeboten.

2556

2557 Diese Maßnahmen zielen darauf ab, den Zugang zu qualitativen Sport- und
2558 Bewegungsmöglichkeiten zu verbessern und die Lebensqualität in Köln durch aktive Förderung der
2559 körperlichen Fitness und des sozialen Miteinanders zu erhöhen.

2560

2561 **4.8.17 Vollständige Umsetzung des Kunstrasenprogramms in Köln**

2562

2563 Trotz der fortschrittlichen Planung stehen in Köln immer noch die Errichtung mehr als 30
2564 mikroplastikfreien Kunstrasenplätzen aus, die mit Kork oder Sand gefüllt sind. Diese Plätze bieten
2565 im Vergleich zu traditionellen Rasenplätzen zahlreiche Vorteile: Sie sind dreimal so belastbar,
2566 benötigen weniger Fläche, sind wintertauglich, erfordern geringeren Wartungsaufwand und weisen
2567 eine Lebensdauer von bis zu 10 Jahren auf.

2568

2569 Wir fordern, dass die Stadt Köln ihrer Verpflichtung nachkommt und das Kunstrasenprogramm
2570 zügig und vollständig umsetzt. Die Einrichtung der ausstehenden 30 Kunstrasenplätze ist essentiell,
2571 um den Sportbetrieb in der Stadt nachhaltig zu verbessern und den Vereinen sowie den Bürgern
2572 ganzjährig nutzbare Sportflächen zur Verfügung zu stellen.

2573 Zukünftige Maßnahmen:

2574

2575 1. Schnelle und effiziente Umsetzung: Die Stadt soll einen konkreten und zeitnahen Plan für
2576 die Fertigstellung der Kunstrasenplätze vorlegen und umsetzen.

2577 2. Nachhaltigkeit und Umweltschutz: Bei der Auswahl der Materialien ist besonders auf
2578 Umweltverträglichkeit zu achten. Mikroplastikfreie Füllmaterialien wie Kork und Sand sind
2579 nicht nur umweltfreundlich, sondern bieten auch hervorragende Spieleigenschaften.

2580 3. Einbeziehung der Nutzer: Sportvereine und Nutzer sollten in den Planungsprozess
2581 miteinbezogen werden, um sicherzustellen, dass die neuen Anlagen ihren Bedürfnissen
2582 entsprechen.

2583
2584 Durch die vollständige Realisierung dieses Programms wird Köln als eine Stadt positioniert, die aktiv
2585 moderne und umweltfreundliche Sportinfrastrukturen fördert. Dies verbessert nicht nur die
2586 sportlichen Bedingungen, sondern trägt auch zum Umweltschutz bei.

2587 2588 **4.8.18 Dynamischer Ausbau der Sportinfrastruktur**

2589
2590 Die Stadt Köln hat ihren ersten umfassenden Sportentwicklungsplan verabschiedet, der den
2591 städtischen Raum für mehr Sport und Bewegung öffnet. Auf unseren Antrag hin wurde auch das
2592 Verbot, in städtischen Grünanlagen Fußball zu spielen, aufgehoben, wodurch neue Trendsportarten,
2593 die besonders junge Menschen ansprechen, nun verstärkt gefördert werden können.

2594
2595 Wir setzen uns dafür ein, dass die Integration von Sportanlagen für alle Altersgruppen ein fester
2596 Bestandteil der Planung neuer Wohngebiete wird. Zudem fordern wir eine beschleunigte Sanierung
2597 und den Neubau von Sporthallen und weiteren Sportanlagen, basierend auf einer klaren Auflistung
2598 der aktuellen und zukünftigen Bedarfe.

2599
2600 Ein jährlicher Bericht über die Fortschritte bei der Umsetzung des Sportentwicklungsplans soll
2601 sicherstellen, dass beschlossene Maßnahmen effektiv umgesetzt und bei Bedarf angepasst werden.
2602 Dieser Bericht wird es ermöglichen, dass weder die kreativen Ideen noch die Vorschläge für eine
2603 sportlich aktive Großstadt in den bürokratischen Mühlen untergehen. Sportvereine sowie die
2604 Sportverwaltung werden aufgefordert, basierend auf ihren Erfahrungen mit der Umsetzung,
2605 notwendige Korrekturen und Verbesserungen vorzuschlagen, um den Plan dynamisch
2606 weiterzuentwickeln.

2607 2608 **4.8.19 Förderung und Ausbau von Behindertensportangeboten**

2609
2610 Köln ist stolz auf seine lange Tradition im Behindertensport, sowohl im Leistungs- als auch im
2611 Breitensport. Über 5.000 Mitglieder in etwa 50 Sportvereinen engagieren sich im organisierten
2612 Behindertensport der Stadt. Der Behindertensport fördert die Emanzipation und gesellschaftliche
2613 Akzeptanz von Menschen mit Behinderung, verbessert das Selbstbild der Sportler und stärkt ihre
2614 Position in der Gesellschaft.

2615
2616 Dennoch stehen wir vor Herausforderungen: Viele Sportanlagen sind nicht behindertengerecht
2617 gestaltet, sowohl für Aktive als auch für Zuschauer. Zudem bestehen weiterhin viele
2618 Berührungspunkte.

2619 Wir setzen uns für eine verstärkte Förderung des Behindertensports ein und wollen die
2620 Sportanlagen entsprechend ausbauen. Ein konkretes Projekt, das wir unterstützen, ist die Initiative
2621 des Rollstuhl-Basketballvereins „Köln 99ers“ in Köln-Stammheim zur Realisierung eines
2622 barrierefreien Sportparks.

2623

2624 **4.8.20 Verantwortung für Bezirkssportanlagen**

2625

2626 In Köln wird die Bedeutung der Bezirkssportanlagen als Orte der Gemeinschaft und des Sports
2627 großgeschrieben. Es ist essentiell, dass die Stadt ihre Verantwortung für die Instandhaltung und
2628 Sanierung dieser Anlagen ernst nimmt. Trotz der wertvollen Beiträge einiger Vereine kann und sollte
2629 die Hauptlast nicht allein auf diesen liegen. Die Stadt muss eine aktive Rolle einnehmen, um
2630 sicherzustellen, dass alle Bürger Zugang zu qualitativ hochwertigen Sportanlagen haben, was ein
2631 Grundrecht auf körperliche Betätigung unterstreicht.

2632

2633 **4.8.21 Erweiterung des Sportentwicklungsplans mit präziser Bedarfsanalyse:**

2634

2635 Wir setzen uns für eine umfangreiche und unvoreingenommene Bedarfsanalyse ein, die bestimmt,
2636 wie viele und welche Arten von Sportplätzen in Köln noch benötigt werden. Besondere
2637 Aufmerksamkeit soll dabei nicht nur, aber auch den populären Sportarten wie Fußball und Tennis
2638 gewidmet werden. Dieser proaktive Ansatz fördert eine zukunftsorientierte städtische Planung, die
2639 den Bedürfnissen aller Bürger gerecht wird
2640 und die Sportlandschaft in Köln dynamisch weiterentwickelt.

2641

2642 **4.8.22 WLAN in allen städtischen Sportanlagen**

2643

2644 Das Angebot von freiem WLAN in Sportanlagen und Sporthallen ist ein entscheidender Schritt zur
2645 Digitalisierung und Modernisierung der städtischen Infrastruktur. Dies verbessert nicht nur die
2646 Erfahrung der Nutzer, sondern fördert auch die Möglichkeiten für digitale Trainingsmethoden und
2647 den einfachen Zugang zu sportlichen Informationen und Veranstaltungen.

2648

2649 **4.8.23 Sicherung des Mitternachtssports**

2650

2651 Die Mittagssportangebote sind in Köln sehr erfolgreich und erreichen Jugendliche, die häufig Sport
2652 nicht als Freizeitangebot nutzen bzw. nicht nutzen können. Mitternachtssport dient auch als
2653 präventive Maßnahme für sinnvolle Freizeitgestaltung und fördert gesunde Lebensweisen. Indem
2654 wir Jugendlichen und jungen Erwachsenen attraktive sportliche Alternativen in den Abendstunden
2655 bieten, tragen wir zur
2656 Lebensqualität in unserer Stadt bei.

2657 **4.8.24 Integration von Sport-Sozialarbeit zur Gewaltprävention**

2658
2659 Sportliche Aktivitäten kombiniert mit Sozialarbeit sind ein bewährtes Mittel zur Förderung von
2660 sozialen Kompetenzen und zur Prävention von Gewalt. Programme, die Sport und soziale Betreuung
2661 verbinden, sollen in Köln verlässlich und dauerhaft etabliert werden, um allen Bürgern, unabhängig
2662 von ihrer Herkunft oder sozialem Stand, Teilhabe zu ermöglichen.

2663

2664 **4.8.25 Entwicklung und Umsetzung von BMX- und Skateranlagen inklusive Parkour**

2665
2666 Auf Basis bestehender Machbarkeitsstudien sollen neue Anlagen für BMX, Skaten und Parkour
2667 entwickelt und realisiert werden. Diese modernen Sportarten ziehen insbesondere die Jugend an
2668 und sind wichtig für die urbane Kultur. Deren Ausbau unterstreicht das liberale Verständnis von
2669 individueller Freiheit und Selbstverwirklichung. Wir setzen uns auch für eine Skaterhalle, betrieben
2670 durch einen

2671 Verein, im linksrheinischen Köln ein, da dafür großer Bedarf besteht.

2672

2673 **4.8.26 Professionellere Organisation von Sportveranstaltungen**

2674
2675 Köln soll wie das Beispiel Köln eine spezialisierte Organisationseinheit gründen, die sich
2676 ausschließlich um eine Bewerbung und Durchführung von großen Sportveranstaltungen widmet.
2677 Dies würde es der Stadt ermöglichen, sich noch mehr als attraktiven Austragungsort für nationale
2678 und internationale Sportevents zu etablieren. Durch diese zentralisierte und professionelle
2679 Herangehensweise können wir die wirtschaftlichen und kulturellen Vorteile maximieren, die solche
2680 Veranstaltungen für Köln bringen.

2681

2682 **4.9 Kultur**

2683 Unsere Gesellschaft wird aktuell geprägt von tiefgreifenden Verunsicherungen. Populistische
2684 Bewegungen wollen polarisieren, unsere freiheitlich demokratische Ordnung gerät unter Druck –
2685 ähnliche Bewegungen können wir in benachbarten Ländern beobachten. Autoritär-nationalistische,
2686 illiberale Politikmodelle erscheinen vielen Menschen attraktiv, versprechen sie doch einfache
2687 Ordnung in unordentlichen Zeiten. Kunst und Kultur sind Felder, die nicht nur selbst von Freiheit
2688 und Toleranz leben, sie sind auch hervorragende Übungsfelder für den Umgang mit komplexen und
2689 herausfordernden Situationen. Kunst macht es uns nicht leicht, aber eine Gesellschaft, die die
2690 Freiheit und die Herausforderung der Kunst schätzt und pflegt, hat es leichter den falschen
2691 Versprechen einfacher Lösungen zu widerstehen.

2692 Kunst und Freiheit sind eng miteinander verbunden, und wir Freie Demokraten fühlen uns der Kultur
2693 und denen, die Kultur schaffen, in besonderer Weise verbunden und verpflichtet.

2694 Von einem Kulturdiskurs, der diese Dimensionen von Kultur für die Stadtgesellschaft anspricht, ist
2695 in Köln leider wenig zu spüren. Stattdessen dominiert ein deprimierender Kulturbautendiskurs, der
2696 von Planungsversagen und Kostenexplosionen geprägt ist. Obwohl diese Baudesaster eigentlich
2697 mit Kultur und Kulturpolitik reichlich wenig zu tun haben, leidet das Image der Kultur unter diesen
2698 Vorgängen.

2699 Damit werden Chancen für die Ausstrahlung und die Entwicklung unserer Stadt sträflich vertan.
2700 Anderes kommt erschwerend hinzu: Ein schwächliches Kulturmarketing weit unterhalb dessen, was
2701 z.B. Hamburg, Bremen oder Berlin investieren, oder eine Förderung der Freien Szene, die deren
2702 Potentiale nicht nur unzulänglich hebt, sondern mit Kürzungen noch weiter limitiert.

2703 Die Kölner Kulturpolitik braucht dringend einen klaren, nachvollziehbaren Plan für die konsequente
2704 Profilierung Kölns als Kulturstadt, die national und international ausstrahlt. Dafür braucht es klare
2705 Weichenstellungen durch die Politik und eine konsequente Umsetzung durch die Verwaltung.

2706 **4.9.1 Haushaltspolitik mit Gespür für vulnerable Strukturen**

2707 Der Kulturhaushalt der Stadt Köln macht 5%(???) vom Gesamthaushalt aus. Die insgesamt 298 Mio.
2708 (???) werden zum größten Teil von Institutionen und Bauinvestitionen beansprucht. Das Kölner
2709 Kulturred, das für die Förderung der Freien Szene zuständig ist, verfügt dagegen nur über 11
2710 Millionen Euro. Hinzu kommt, dass gerade hier viele Mittel nicht institutionell gesichert, sondern in
2711 Projektförderungen fließen, die als „freiwillige Leistungen“ schnell von Haushaltskonsolidierungen
2712 bedroht sind. Mit solchen Einsparungen im Kulturretat saniert man keinen Haushalt, aber man
2713 gefährdet die vulnerabelsten Strukturen, die gleichzeitig die kreativsten und innovativsten sind. Wir
2714 Freien Demokraten wollen eine Haushaltspolitik, die diese Bereiche schützt, nicht gefährdet.

2715 **4.9.2 Kulturentwicklungsplan umsetzen und konsequent weiterentwickeln**

2716 Mit dem Kulturentwicklungsplan (KEP) liegt eine gute Analyse der Kölner Kulturszene und
2717 Beschreibung der Aufgabenfelder vor. Köln muss aber auch die Kraft zur Prioritätensetzung und
2718 gezielten Umsetzung haben. In den letzten Jahren ist das Ratsbündnis nicht über kleinere
2719 Maßnahmen hinausgekommen. Wir wollen dagegen, dass der KEP zu einer echten Richtschnur
2720 fortentwickelt wird und zu konkreten Maßnahmen führt. Dafür soll in der kommenden Wahlperiode
2721 auch eine gründliche Evaluierung des Umsetzungsstandes und der Zielsetzungen erfolgen.

2722 **4.9.3 Nachhaltige Bewirtschaftung kultureller Einrichtungen**

2723 Die städtischen Kulturinstitutionen müssen in die Lage versetzt werden, wirtschaftlich selbstständig
2724 geführt werden zu können. Mehr Vertrauen in die Mitarbeitenden und die Befreiung von den
2725 bürokratischen Fesseln führen auch zu mehr kreativem Freiraum. Wir wollen, dass notwendige
2726 Kontrollen und Prüfungen regelmäßig in nachgeordneten Verfahren mit entsprechenden

2727 Sanktionsmöglichkeiten sichergestellt werden. Wir möchten den Institutionen also Freiraum in der
2728 Umsetzung geben, erwarten aber umgekehrt zuverlässige Berichterstattung und Bilanzerstellung.

2729 **4.9.4 Die Kölner Museen müssen wieder strahlen**

2730 Die Kölner Museumslandschaft ist in keinem guten Zustand. Häuser sind geschlossen und sind in
2731 Interims, andere stehen vor Sanierungen. Die personelle Ausstattung ist oft unzureichend. Die
2732 Folgen sind spürbar: Die Besucherzahlen sind enttäuschend, bundesweit ausstrahlende
2733 Ausstellungen selten. Die Strukturen des Museumsverbundes müssen überprüft und angepasst
2734 werden. Zentrale Services können die einzelnen Häuser entlasten, z.B. im Ticketing, für technische
2735 Dienste, Buchhaltung und Finanzen. Museumsdirektionen sollten sich auf das künstlerische und
2736 wissenschaftliche Programm konzentrieren können. Gleichzeitig muss endlich ernst gemacht
2737 werden mit der Befreiung der Museen aus den Verwaltungs- und Politikfesseln. Sponsoring- und
2738 Marketingpotenziale der Kölner Museen müssen gesteigert werden. Die Stadt selbst muss mit einer
2739 Steigerung des Museumsetats ihren eigenen Beitrag leisten. Das Ziel von all dem sollte klar sein:
2740 Der Zuspruch muss deutlich gesteigert werden. Wir begrüßen die Zielmarke des Kulturdezernenten,
2741 der für das Jahr 2029 zwei Millionen Besucherinnen und Besucher fordert. Dies kann mit
2742 attraktiverem Programm, das mehr Kulturinteressierte nach Köln lockt, einem
2743 Vermittlungsprogramm, das neues Publikum erschließt, aber auch mit der Öffnung der Häuser für
2744 die Stadtgesellschaft im Sinne Dritter Orte gelingen.

2745 **4.9.5 Depotsituation der Kölner Museen zukunftsfähig lösen.**

2746 Zuletzt hat die Kulturverwaltung den Vorschlag eines Zentraldepots für die Kölner Museen gemacht.
2747 In den Raum wurde die erstaunliche Summe von 230?? Millionen gestellt. Wir sind davon überzeugt,
2748 dass das günstiger geht. Angesichts der aktuellen Haushaltssituation muss es das auch! Klar ist,
2749 dass die aktuelle, in teils ungeeigneten Lagern zerstreute, Situation unhaltbar ist. Wir wollen eine
2750 transparente Prüfung realistischer Alternativen zu einem Zentraldepot. Hierfür soll externe Expertise
2751 hinzugezogen werden. Auch die Ausschreibung eines Depots, das von Investoren für die Stadt Köln
2752 geplant, errichtet und möglicherweise sogar betrieben wird, muss geprüft werden.

2753 **4.9.6 Zeughaus als Standort des Stadtmuseums optimal nutzen.**

2754 Die Stadt Köln hat über Jahre viel Geld für Pläne ausgegeben, das sanierungsbedürftige Zeughaus
2755 als Standort des Stadtmuseums aufzugeben und es in die geplante „Historische Mitte“ an den
2756 Roncalliplatz zu verlegen. Den geschichtsträchtigen und ebenso zentralen Ort für das Stadtmuseum
2757 aufzugeben, haben wir immer für einen schweren Fehler gehalten. Es ist dem finanziellen
2758 Sachverstand der Hohen Domkirche zu verdanken, dass dieses Projekt nicht weiter verfolgt wird.
2759 Es öffnet sich nun wieder die Chance, das Stadtmuseum im historischen Zeughaus der Stadt mit
2760 der preußischen Wache direkt an der römischen Stadtmauer zu belassen. Für das inzwischen leer
2761 gezogene Gebäude braucht es schnellstmöglich einen ideenreichen Sanierungsplan. Am

2762 Roncalliplatz muss nun eine alternative Nutzung entwickelt werden. Das architektonisch wertvolle
2763 Studiengebäude sollte erhalten bleiben.

2764 **4.9.7 Ein Ideenlabor für die zukünftige Stadtentwicklung**

2765 Direkt neben dem Zeughaus verfügt die Stadt Köln über einen Parkplatz. Dort wurden schon oft
2766 aufwändige Anbauten für das Zeughaus diskutiert. Wir schlagen eine einfache Lösung auf einer
2767 schlichten Fundamentplatte vor, um ein Ideenlabor für die zukünftige Stadtentwicklung zu errichten.
2768 Der unmittelbare Zusammenhang zum Stadtmuseum vereint Vergangenheit und Zukunft an einem
2769 Standort. Stadtgeschichte ist niemals abgeschlossen, sondern muss von einer aktiven
2770 Stadtgesellschaft immer neu vorangetrieben werden.

2771 **4.9.8 Die Freie Szene in allen Sparten stärken**

2772 Neben den hohen Summen für die städtischen Institutionen erscheint der Anteil für die Akteure der
2773 Freien Szene sehr klein – zu klein angesichts der hohen Zuschauer- und Besucherzahlen und des
2774 breiten Angebots. Die Forderung der Freien Szene nach einem festen Anteil (20%) an der
2775 institutionellen Förderung unterstützen wir. Wir wollen, dass Förderungen nicht mehr auf das Prinzip
2776 der Selbstausbeutung der Künstlerinnen und Künstler bauen. Wir setzen uns dafür ein, dass
2777 Förderwürdiges auskömmlich finanziert werden soll. Mindesthonorare sollten auch für Förderungen
2778 der Stadt Köln verbindlich werden.

2779 **4.9.9 Depot 1 und Depot 2 im Carlswerk als Produktions- und Aufführungszentrum entwickeln**

2780 Wir begrüßen, dass das Carlswerk als Außenspielstätte der Bühnen Köln und als Spielort für die
2781 Freie Szene mit dem Schwerpunkt Tanz erhalten bleibt. Konkreten Modelle für die Bespielung
2782 müssen in realistische Szenarien ausgearbeitet werden. Zwar werden in einem ersten Schritt die
2783 Bühnen Köln die betrieblichen Strukturen sicherstellen, perspektivisch sollte aber eine
2784 selbstständige Struktur im Sinne eines Aufführungs- und Produktionszentrums unter
2785 gleichberechtigter Beteiligung der Freien Szene entwickelt werden. Das Ziel muss der Anschluss
2786 Kölns an die erste Liga der nationalen und internationalen performativen Künste sein.

2787 **4.9.10 Kulturelle Bildung und Partizipation systematisch weiterentwickeln**

2788 Ästhetische Erfahrung ist ein wichtiges Element freiheitlicher Identitätsbildung. Berührung mit Kunst
2789 und Kultur kann Horizonte erweitern. Die damit verbundenen Chancen sollten wir allen Kindern
2790 eröffnen. Dafür brauchen wir ein ganzheitliches Konzept kultureller Bildung, das in Zusammenarbeit
2791 mit unseren Bildungseinrichtungen von KiTa bis zu weiterführenden Schulen entwickelt wird und
2792 gerade Kinder und Jugendliche mit bildungsferneren und einkommensschwächeren Hintergründen
2793 erreicht.

2794 Wir wollen die Zusammenarbeit zwischen kulturellen Einrichtungen, den Kitas und weiterführenden
2795 Schulen in Köln stärken und die Kinder früh an Kultur heranführen. Das verpflichtende Angebot des
2796 Offenen Ganztages ab 2026 eröffnet neue Möglichkeiten für die Integration kultureller
2797 Bildungsangebote in den schulischen Alltag. Diese wollen wir nutzen!

2798 **4.9.11 Popkultur ernst nehmen und die Clubszene schützen und stärken**

2799 Popmusik und -kultur sind für das Kölner Kultur- und Nachtleben wichtige Anker.
2800 Vernetzungsstrukturen, Nachwuchsförderung und Professionalisierungsunterstützung sind
2801 wichtige Aspekte für die Stärkung der Popszene. Hier hinkt Köln aber anderen Großstädten
2802 hinterher. Hamburg und Berlin machen vor, wie mit professioneller Förderung aus guten
2803 Voraussetzungen mehr gemacht werden kann.
2804 Wir wollen, dass Popmusik und -kultur als Bestandteil der Kölner Kulturszene ernst genommen
2805 werden. Dazu gehört auch, wichtige Orte der Clubszene zu erhalten. Köln hat die gleichen
2806 Voraussetzungen wie etwa Hamburg und Berlin. Wir dürfen den Anschluss nicht verpassen. Aus
2807 diesem Grund wollen wir uns für das gezielte Voranbringen von Vernetzungs- und
2808 Unterstützungsinitiativen wie dem Club-Cluster einsetzen. Wo wichtige Orte der Clubszene in
2809 Konflikt geraten mit dem Wunsch nach mehr Wohnraum, müssen Bebauungspläne den Erhalt dieser
2810 Orte sicherstellen. Wir sprechen uns gegen jegliche Form von Tanzverboten aus.

2811 **4.9.12 Vergnügungssteuer für Tanz-, Musik- und Filmveranstaltungen abschaffen**

2812 Die Stadt Köln hat in der Satzung über die Erhebung einer Steuer auf Vergnügungen besonderer
2813 Art festgelegt, dass gewerbliche Tanz- und Filmveranstaltungen der Vergnügungssteuer
2814 unterliegen. Viele solcher Veranstaltungen sind ein Beitrag zum kulturellen Leben der Stadt. Ohne
2815 solche Veranstaltungen würde sich die Kreativszene nicht derart frei entfalten können, wie es in
2816 unserer Stadt möglich ist. Durch viele Abgaben ist es für die Veranstalter aber heutzutage immer
2817 schwieriger, kostendeckend tätig zu sein. Gleichzeitig fallen für kulturelle Veranstaltungen mit Musik
2818 und Tanz keine Steuern an. Die Grenzen, wann eine kulturelle Veranstaltung und wann eine der
2819 Vergnügungssteuer unterfallende Veranstaltung vorliegt, verlaufen allerdings fließend.
2820 Wir wollen die Vergnügungssteuer für gewerbliche Tanz-, Musik- und Filmveranstaltungen
2821 abschaffen. Köln folgt damit dem Beispiel vieler anderer Kommunen. Somit wollen wir die
2822 Veranstalter entlasten und ein breitgefächertes Angebot in unserer Stadt sichern.

2823 **4.9.13 Professionelles Kulturmarketing nachhaltig verstärken**

2824 Städte wie Frankfurt, Hamburg oder Bremen haben es längst vorgemacht: Das Werben um
2825 Kulturtouristen lohnt sich. Besucherzahlen können deutlich gesteigert und so auch finanzielle
2826 Spielräume erweitert werden. Auch die Stadt als Ganzes profitiert von kulturellem Stadtmarketing –
2827 durch Umsatzsteigerungen sowie durch positive Imagebildung. Die Kampagne „Kultur lebt in Köln“
2828 hat im Herbst 2019 einen Anfang gemacht, konnte aber nicht überzeugen und wurde sang- und

2829 klanglos eingestellt. Das darf nicht das letzte Wort gewesen sein! Es braucht – mehr denn je – eine
2830 seriös geplante und wettbewerbsfähige Kampagne, die mit einem tragfähigen Budget und einem
2831 nachhaltigen Konzept für die Kulturstadt Köln wirbt. Eine weitere Eintagsfliege darf es nicht geben!
2832 Die erste Bewährungsprobe stellt die Eröffnung der Bühnen am Offenbachplatz dar.
2833



Die weltoffene Heimatstadt

2834

2835 **Heimat ist dort, wo man verwurzelt ist und neue Wurzeln schlagen kann. Köln war schon immer**
2836 **offen für verschiedene Lebensentwürfe und religiöse Vielfalt. Wir wünschen uns ein Köln, das**
2837 **all diejenigen anzieht, die ihr Leben aktiv gestalten und bereit zur Integration sind - um damit**
2838 **einen positiven Beitrag zum Zusammenleben zu leisten.**

2839 **„Neukölner“ werden schnell zu echten Kölnern, da unser liebevoll gepflegtes Brauchtum**
2840 **niemanden ausschließt und die traditionell weltoffene Haltung Kölns Raum für neue Impulse**
2841 **bietet. Köln, die Stadt der Vielfalt, soll dies auch weiterhin bleiben. Wir verstehen**
2842 **Internationalität als Schlüssel zur Entwicklung Kölns hin zu einer europäischen Metropole, die**
2843 **sich Besuchern und Gästen aus aller Welt als erstklassiger Gastgeber präsentiert.**

2844 **5.1 Köln - unsere Heimatstadt**

2845 **5.1.1 Veedelsbezeichnung auch für die Innenstadt**

2846 Die Kölner Veedel und ihre Namen sind identitätsstiftend in einer wachsenden Millionenstadt und
2847 auch Ausdruck für Heimat. In ganz Köln haben sich offiziell die Veedelnamen durchgesetzt, nur in
2848 der Innenstadt hält die Stadtverwaltung an den alten, preußischen „Verwaltungseinheiten“ Altstadt
2849 Nord

2850 und Süd sowie Neustadt Nord und Süd fest. Wir wollen auch in der Innenstadt den Veedeln ganz
2851 offiziell ihre Bezeichnungen wie Belgisches Viertel oder Kunibertsviertel geben und haben eine

2852 entsprechende politische Initiative gestartet. Die Verwaltung soll ein Bürgerbeteiligungsverfahren
2853 einleiten, um die Veedelsbenennungen in der Innenstadt umzusetzen.

2854 **5.1.2 Karneval als Ausdruck Kölner Lebensfreude und von Zusammenhalt**

2855
2856 Der Kölner Karneval bringt die unterschiedlichsten Menschen unter dem Banner der Kölner
2857 Lebensfreude zusammen. Gerade sein integrativer Charakter erfüllt eine wichtige Funktion in einer
2858 vielfältigen Stadtgesellschaft, die es zu stärken gilt. Darum wollen wir Initiativen, die den Karneval
2859 an Kitas, Schulen und in den Veedeln organisieren, fördern. Vereine, die Umzüge sowie
2860 Karnevalssitzungen durchführen und unter Auflagen, Gebühren und Genehmigungsgutachten bis
2861 hin zur Aufgabe leiden, soll die Stadt ebenso wie ehrenamtlich Engagierten unbürokratisch helfen.
2862 Karneval verstehen wir als ein Stück Heimat im besten Sinne. Darum unterstützen wir auch das
2863 Festkomitee Kölner Karneval bei seiner Suche nach einem neuen attraktiveren Standort für das
2864 Kölner Karnevalsmuseum in der Innenstadt.

2865

2866 **5.1.3 Die kölsche Sprache pflegen und fördern**

2867 Viel zu lange war es verpönt, Kölsch zu sprechen. Das hat sich gerade auch durch die vielen
2868 populären Kölsch singenden Bands geändert, doch im Alltag verschwindet die Kölsche Sprache
2869 immer mehr. Wir wollen unseren Dialekt wieder mehr pflegen und fördern, indem die Vermittlung
2870 an Schulen und anderen Institutionen unterstützt wird.

2871 **5.2 Integration & Geflüchtete**

2872

2873 Köln ist Heimat und hat eine 2000-jährige Zuwanderungsgeschichte, die nicht umsonst viel
2874 besungen wird. Abseits vom Pathos ist die Multinationalität Kölns und seiner Einwohnerinnen und
2875 Einwohner eine Bereicherung für unsere Stadt und im Alltag überall sichtbar.

2876 Dennoch sehen wir auch hier noch großen Nachholbedarf. Köln muss seinem Ruf gerecht
2877 werden, Menschen verschiedenster Hintergründe eine Heimat bieten zu können und Menschen in
2878 die Stadtgesellschaft zu integrieren. Wir streben nach einem weltoffenen und toleranten Köln.
2879 Individualität, Pluralismus sowie kulturelle und religiöse Vielfalt bereichern unser Zusammenleben.
2880 Für uns Freie Demokraten ist erfolgreiche Integration ein zentraler Schlüssel für die gemeinsame
2881 Entwicklung unserer Stadtgesellschaft in Wohlstand und Demokratie. Integration ist ein
2882 wechselseitiger Prozess: Eine offene und pluralistische Gesellschaft kann nur funktionieren, wenn
2883 ethnische und kulturelle Unterschiede anerkannt werden. Gleichzeitig ist es wichtig, dass
2884 Zugewanderte keine Parallelgesellschaften bilden.

2885

2886

2887

2888 **5.2.1 Geflüchtete Menschen menschenwürdig unterbringen**

2889 Für uns Freie Demokraten ist es eine humanitäre Verpflichtung, Menschen, die vor Verfolgung,
2890 Terror oder Krieg flüchten, Schutz zu bieten. Geflüchtete Menschen, die zu uns kommen, müssen
2891 menschenwürdig untergebracht werden. Wir setzen uns für eine dezentrale Unterbringung ein, die
2892 sich an den städtischen Leitlinien orientiert, das heißt, dass nicht mehr als 80 Personen an einem
2893 Standort leben.

2894 Im Jahr 2015 kamen Hunderte von geflüchteten Menschen in unsere Stadt. Sie fanden keine
2895 adäquate Unterkunft und mussten sogar in Turnhallen untergebracht werden. Diesen Zustand gilt
2896 es künftig zu verhindern. Wir benötigen Unterbringungskapazitäten, die als Reserve dienen, falls
2897 wieder mehr geflüchtete Menschen in unsere Stadt kommen.

2898 Städtische Flüchtlingsunterkünfte sollten mit entsprechenden Breitbandanschlüssen ausgestattet
2899 werden, damit die Geflüchteten im Kontakt zu den Angehörigen in ihren Heimatländern bleiben
2900 können.

2901 **5.2.2 Integration von Geflüchteten mit Bleiberecht**

2902 Ehrenamtlich Engagierte waren und sind eine hervorragende Unterstützung bei der Integration von
2903 Geflüchteten, sei es im Sportverein oder bei der Hausaufgabenhilfe. Kindergärten und Schulen
2904 spielen für die Integration von Flüchtlingskindern eine zentrale Rolle. Für diese Aufgabe braucht es
2905 aber neben dem ehrenamtlichen Engagement vor allem Lehrkräfte sowie Erzieherinnen und
2906 Erzieher.

2907 Wer bei uns arbeiten und seinen Lebensunterhalt verdienen möchte, soll daran nicht durch
2908 Arbeitsverbote gehindert werden. Ganz im Gegenteil: Voraussetzung für ein dauerhaftes Bleiberecht
2909 ist die Bereitschaft, sich in unsere Gesellschaft und den Arbeitsmarkt zu integrieren.

2910 **5.2.3 Mehr frühkindliche Sprachförderung und bilinguale Kindergärten**

2911 Die Forschung zur Mehrsprachigkeit hat deutlich herausgearbeitet, dass für Kinder, die Deutsch als
2912 Zweitsprache erwerben, die richtige Beherrschung der Muttersprache eine wichtige Voraussetzung
2913 ist. Wir möchten, dass diese Kinder zwei Sprachen gut beherrschen und nicht beide schlecht oder
2914 mittelmäßig. Diese Förderung muss so früh wie möglich erfolgen. Wir fordern deshalb den Ausbau
2915 von herkunftssprachlich- bilingualen Kita-Gruppen.

2916 **5.2.4 Förderung der Diversität im öffentlichen Dienst**

2917 Die personelle Struktur des öffentlichen Dienstes sollte die Vielfalt unserer Gesellschaft
2918 widerspiegeln. Leider sehen viele Menschen mit Migrationshintergrund den öffentlichen Dienst
2919 nicht als potenzielle Karriereoption für sich. Um diese Barrieren abzubauen, sollten gezielte
2920 Werbemaßnahmen, auch in Kölner Schulen, durchgeführt werden. Dabei steht die individuelle
2921 Eignung im Vordergrund, nicht die Herkunft.

2922 **5.2.5 Kulturfest in Köln**

2923 Die Freien Demokraten schlagen die Einführung eines Kulturfests vor, das als Familienveranstaltung
2924 die verschiedenen Kulturen Kölns sichtbar und erlebbar macht. Es wäre denkbar, dieses Fest in
2925 wechselnden Stadtbezirken abzuhalten, um die lokale Vielfalt hervorzuheben.

2926 **5.2.6 Unterstützung von Integrationsprojekten in Vereinen**

2927 Vereine, sei es im Sport, Brauchtum oder anderen Bereichen, spielen eine zentrale Rolle für den
2928 sozialen Zusammenhalt. Allerdings bestehen für Zugewanderte oft unsichtbare Hürden, die den
2929 Vereinen selbst nicht immer bewusst sind. Wir plädieren dafür, dass die Stadt Beratungsangebote
2930 zur interkulturellen Öffnung von Vereinen bereitstellt, an die sich die Verantwortlichen wenden
2931 können. Die Auszeichnung von Best-Practice-Beispielen könnte zudem als Inspiration dienen.

2932 **5.2.7 Unterstützung von Migrantenselbstorganisationen strukturell ausbauen**

2933 In Köln gibt es über 100 Migrantenselbstorganisationen. Das ist ein starker eigenständiger Beitrag
2934 für eine gelingende Integration. Wir regen an, diese Strukturen durch einen Verbund zu stärken.
2935 Dies soll dem Austausch untereinander dienen und auch die weitere Vernetzung mit der
2936 Stadtgesellschaft erleichtern. Eine solche Verbundstruktur sollte vom neu geschaffenen Amt für
2937 Integration und Vielfalt unterstützt und begleitet werden.

2938 **5.2.8 Einführung von freiwilligen Willkommenspersonen**

2939 Wir fordern den Einsatz von Willkommenspersonen, die ausländische Fach- und Führungskräfte im
2940 Rahmen des von der FDP-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der CDU-Fraktion sowie
2941 der Volt-Fraktion im Rat der Stadt Köln beschlossenen Welcome Desks (AN/0901/2022) zusätzlich
2942 unterstützen werden. Dabei soll es sich um freiwillige Bürgerinnen und Bürger handeln, die die
2943 Fachkräfte in der ersten, kritischen Ankunftsphase persönlich betreuen und als
2944 Ansprechpartnerinnen oder Ansprechpartner für alle Belange fungieren.

2945 Das bisherige Konzept des Welcome Desks weist eine solche persönliche Note in der Integration
2946 nicht auf. Vorgesehen ist hier lediglich die Betreuung ausländischer Fach- und Führungskräfte durch
2947 die Stadt Köln sowie durch externe Netzwerke.

2948 Der persönliche Faktor aber ist gerade mit Blick auf eine gelingende Integration sowie auf eine
2949 nachhaltige Arbeitsmarktpolitik entscheidend. Neben der Unterstützung bei den administrativen
2950 Herausforderungen, die im Rahmen des Welcome Desks durch professionelle Kräfte seitens der
2951 Stadt Köln bearbeitet werden, erlauben die freiwilligen Betreuerinnen und Betreuer einen direkten
2952 Einblick in die Lebenswelt Deutschlands und insbesondere der Stadt Köln. Durch diesen
2953 empathischen Zugang zur Gesellschaft helfen sie den Fach- und Führungskräften, in der Stadt Köln
2954 nachhaltig Fuß zu fassen, wodurch deren Integration beschleunigt und gefestigt wird.

2955 Letztlich sollen sie das noch fehlende, essentielle Puzzlestück des Welcome Desks sein, das den
2956 persönlichen, kölschen „Touch“ liefert und dem Welcome Desk nachhaltig zum Erfolg verhilft.

2957 **5.2.9 Informationsbroschüre zur mehrsprachigen Erziehung**

2958 Wir setzen uns für die Erstellung einer Informationsbroschüre zur mehrsprachigen Erziehung von
2959 Kindern ein. Diese Broschüre soll Eltern aufzeigen, wie sie eine effektive Zwei- oder
2960 Mehrsprachigkeit in der Familie fördern können. Sie wird bei allen Kölner Kinderärztinnen und -
2961 ärzten ausgelegt und im Rahmen der Einschulungen sowie der KinderWillkommen-Besuche (KiWi)
2962 der Stadt Köln verteilt. Auf diese Weise erreichen wir die Eltern direkt und bieten ihnen wertvolle
2963 Informationen über die Vorteile und bewährten Methoden der mehrsprachigen Erziehung.

2964 Die Broschüre beinhaltet praktische Ratschläge und bewährte Methoden, um eine erfolgreiche
2965 mehrsprachige Erziehung zu gewährleisten. Sie stärkt das Bewusstsein für die Bedeutung aller
2966 Sprachen und ermutigt Eltern dazu, jede Sprache gleichermaßen zu fördern sowie ihre
2967 Muttersprache in die Bildung ihrer Kinder einzubeziehen.

2968 Diese Maßnahme ist besonders wichtig, da viele Familien bei der mehrsprachigen Erziehung auf
2969 interne und externe Herausforderungen stoßen. Häufig fehlen ihnen die nötige Kompetenz und das
2970 Wissen für eine erfolgreiche mehrsprachige Förderung. Externe Faktoren wie ablehnende
2971 Einstellungen gegenüber bestimmten Sprachen oder der Mehrsprachigkeit können ebenfalls den
2972 Erfolg der Erziehung zur Mehrsprachigkeit beeinträchtigen.

2973 Eine mehrsprachige Erziehung fördert nicht nur die Sprachkenntnisse, sondern auch das
2974 Verständnis und die Wertschätzung unterschiedlicher Kulturen. Durch die gebündelte Bereitstellung
2975 notwendiger Informationen tragen wir zur Förderung einer vielfältigen und inklusiven Gesellschaft
2976 bei.

2977 **5.2.10 Willkommenspersonen für Geflüchtete mit Aufenthaltsstatus**

2978 Wir fordern den Einsatz von Willkommenspersonen für geflüchtete Neubürgerinnen und Neubürger
2979 mit Aufenthaltsstatus. Die Willkommenspersonen sollen mit den Verwaltungsvorgaben und den
2980 Prozessen der lokalen Administration vertraut sein, um den Geflüchteten die erste, für das
2981 Ankommen in Deutschland und die weitere Integration kritische Phase zu erleichtern.

2982 Die Willkommensperson fungiert als Ansprechpartnerin oder Ansprechpartner für alle Fragen. Sie
2983 informiert die Geflüchteten nicht nur über alle notwendigen Schritte bei ihrer Ankunft in der Stadt,
2984 sondern kann sie auch zu allen Terminen persönlich begleiten. Insbesondere bei Neubürgerinnen
2985 und Neubürgern, die der deutschen Sprache nicht ausreichend mächtig sind, können
2986 Willkommenspersonen mit ähnlichem kulturellem oder nationalem Hintergrund eingesetzt werden.
2987 Sie dienen nicht nur als Übersetzerinnen oder Übersetzer im sprachlichen, sondern auch im
2988 interkulturellen Sinne.

2989 Die Willkommensperson schafft dadurch auch einen Zugang zur Kultur und Gesellschaft der Stadt.
2990 Dadurch hat sie direkte Auswirkungen auf eine gelingende Integration der Neubürgerinnen und
2991 Neubürger.

2992 Die deutsche Bürokratie kann für ausländische und/oder der deutschen Sprache nicht gänzlich
2993 mächtige Mitbürgerinnen und Mitbürger mit einer Vielzahl an Hürden und Herausforderungen
2994 verbunden sein. Angefangen bei der Anmeldung des Wohnsitzes über die Registrierung eines
2995 Kraftfahrzeugs bis zur Schulanmeldung der Kinder oder der Eröffnung eines Kontos stehen
2996 komplexe Anmeldeverfahren im Vordergrund. Dies gilt besonders angesichts der mangelnden
2997 Digitalisierung der deutschen Verwaltung.

2998 Die Sprachbarriere führt oft dazu, dass die Kommunikation mit den Fachkräften in der Verwaltung
2999 und behördliche Anforderungen zu schwer überbrückbaren Hindernissen für Neuankömmlinge
3000 wird, insbesondere wenn es keine ausreichenden Übersetzungsdienste gibt. Die relative Strenge
3001 der deutschen Bürokratie bedeutet, dass Fehler oder unvollständige Dokumente zu Verzögerungen
3002 im Anmeldeverfahren führen können. Gleiches gilt für die langen Wartezeiten in der Verwaltung.

3003 **5.2.11 Ausländerrechtliche Beratungskommission (ABK)**

3004 Mit Unterstützung der FDP wurde bereits im Jahr 2005 die Ausländerrechtliche
3005 Beratungskommission (ABK) für die Stadt Köln eingerichtet. Die Kommission setzt sich aus
3006 Vertreterinnen und Vertretern der Politik, Verwaltung, des Integrationsrates, der freien
3007 Wohlfahrtspflege und der Flüchtlingsberatungsstellen zusammen und berät die kommunale
3008 Ausländerbehörde bei Härtefallentscheidungen. Damit leistet sie einen wichtigen Beitrag für
3009 Menschen, die sich vorbildlich in unserer Stadt integriert und hier ihr Zuhause gefunden haben. Wir
3010 setzen uns für den Erhalt der Kommission ein.

3011 **5.2.12 Zugang zu Integrationskursen erleichtern**

3012 Um jungen Müttern den Zugang zu Integrationskursen zu erleichtern, sollten passende
3013 Kinderbetreuungsangebote in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen. Die Stadt könnte hier mit
3014 der Volkshochschule (VHS) eine Vorreiterrolle übernehmen.

3015 Leider gibt es auch Integrationskurse von Anbietern, deren Abschlüsse von den zuständigen
3016 Behörden nicht anerkannt werden, was für die Teilnehmenden zu einem unnötigen Zeit- und
3017 Kostenaufwand führen kann. Für Neuankömmlinge, die sich in der Sprache und im Kurssystem
3018 noch nicht auskennen, ist dies oft schwer zu erkennen. Daher fordern wir die Einführung eines
3019 Gütesiegels für Integrationskursanbieter, um Transparenz und Qualität zu gewährleisten.

3020 **5.2.13 Initiativen wie „Stadtteileltern“ und „Integrationslotsen“ ausbauen und systematisieren**

3021 Gelingende Integration ist nicht nur eine Frage der Bereitschaft der Neuankommenden, sondern
3022 auch eine der Chancen und Möglichkeiten, die unsere aufnehmende Gesellschaft bietet. Einen
3023 wichtigen Beitrag können hier schon integrierte Zuwanderinnen und Zuwanderer leisten, weil sie
3024 aus ihrer Erfahrung besonders glaubwürdige Helfer und Unterstützer sein können. Den Aufbau
3025 solcher Unterstützungsstrukturen, wie es Projekte wie „Stadtteilletern“ oder „Integrationslotsen“
3026 darstellen, sollten wir systematisieren und ausbauen.

3027 **5.2.14 Haus der Einwanderungsgesellschaft**

3028 Schon seit vielen Jahrzehnten engagiert sich Domid e.V. für die Dokumentation und Erforschung
3029 der Einwanderungsgeschichte in Köln. Inzwischen ist daraus eine bundesweit bedeutsame
3030 Einrichtung geworden. Wir freuen uns sehr, dass der Bund und das Land NRW sich für Köln als
3031 Standort für ein Haus der Einwanderungsgeschichte entschieden haben. Mit der Industriehalle in
3032 Kalk ist auch ein guter Standort gefunden, den die Stadt Köln einbringen will. Wir unterstützen Idee
3033 und Standort und wollen mit Land und Bund eng für die Realisierung zusammenarbeiten.

3034 **5.3 Einsatz gegen Rassismus, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit**

3035 In unserer Gesellschaft werden Menschen aufgrund ihres äußeren Erscheinungsbildes oder ihrer
3036 religiösen Zugehörigkeit immer wieder ausgegrenzt und bedroht. Rechtspopulistische Hetze und
3037 verbale Angriffe gefährden das gesellschaftliche Zusammenleben, indem sie im vermeintlichen
3038 Namen der Deutschen gegen Minderheiten hetzen. Besonders unsere muslimischen
3039 Mitbürgerinnen und Mitbürger sind häufig von fremdenfeindlichen Vorurteilen betroffen, und der
3040 Islam wird von Rechtspopulisten als Feindbild instrumentalisiert und rassistisch aufgeladen. Wir
3041 tolerieren es nicht, dass Menschen aufgrund ihrer Religion, Herkunft oder ihres Aussehens
3042 diskriminiert, angefeindet oder bedroht werden.

3043 Leider stellt auch Antisemitismus ein wachsendes Problem dar. 75 Jahre nach dem Ende des
3044 nationalsozialistischen Vernichtungszuges gegen das europäische Judentum müssen wir
3045 feststellen, dass Antisemitismus nie vollständig verschwunden war und sogar wieder zunimmt.
3046 Unsere jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger fühlen sich zunehmend bedroht. Zuwanderung aus
3047 Ländern, in denen Hass auf Juden und Israel staatlich gefördert wird, trägt zu einem veränderten
3048 gesellschaftlichen Klima bei. Dennoch bleibt der rechtspopulistische Antisemitismus die größte
3049 Bedrohung für das gesellschaftliche Miteinander. Wir stehen entschieden an der Seite unserer
3050 jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger.

3051 Für uns Freie Demokraten ist es unmissverständlich, dass Rassismus, Antisemitismus und
3052 Islamfeindlichkeit keinen Raum in unserer Gesellschaft haben dürfen.

3053 **5.3.1 Bekämpfung von Antisemitismus**

3054 Jüdisches Leben hat in Köln eine lange Geschichte. Jüdinnen und Juden kamen mit den Römern in
3055 die Stadt, haben die Gesellschaft auf vielfältige Weise geprägt und mitgestaltet. Seit nachweislich
3056 mehr als 1700 Jahren gibt es jüdisches Leben in der Stadt. Als Beleg gilt das Edikt des römischen
3057 Kaisers Konstantin aus dem Jahr 321, welches auch den Anstoß gab für das bundesweit begangene
3058 Festjahr 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland war. Köln kommt also mit Blick auf die
3059 Geschichte jüdischen Lebens in Deutschland eine ganz besondere Rolle zu. Die Stadt ist heute
3060 wieder Heimat verschiedener jüdischer Communities.

3061 Jüdisches Leben ist jedoch bedroht und gefährdet durch Antisemitismus in seinen verschiedenen
3062 Ausprägungsformen. Antisemitismus stellt eine permanente Belastung und Einschränkung für
3063 Jüdinnen und Juden in Köln dar. Darüber hinaus ist er ein Angriff auf die demokratische Kultur
3064 unseres Landes.

3065 Wir setzen uns dafür ein, dass endlich Maßnahmen ergriffen werden, die Antisemitismus wirksam
3066 bekämpfen und nachhaltig vorbeugen. Wesentliche Voraussetzung dafür ist jedoch, dass
3067 Antisemitismus in all seinen Ausprägungen erkannt und entsprechend benannt wird. Wir fordern,

- 3068 1. dass sich Köln der internationalen Arbeitsdefinition der International Holocaust
3069 Remembrance Alliance (IHRA) anschließt. Die Bundesregierung unterstützt diese Definition
3070 bereits seit 2017. Sie sollte auch für Köln handlungsleitend sein.
- 3071 2. eine qualifizierte Ansprechperson in der Stadtverwaltung, die ein Gesamtkonzept zur
3072 Bekämpfung von Antisemitismus in Köln erarbeitet und eine koordinierende Rolle einnimmt.
- 3073 3. keine städtische Förderung von Antisemitismus

3074 Wir fordern, dass Vereine, Initiativen und Institutionen, die antisemitischen Inhalten einschließlich
3075 israelbezogenen Antisemitismus Raum geben, kein3e kommunalen Fördermittel mehr bekommen.
3076 Mit Blick auf den israelbezogenen Antisemitismus soll auf den sogenannten „3D-Test“
3077 zurückgegriffen werden. Alle Institutionen und Projekte, die kommunal gefördert werden, müssen
3078 die Arbeitsdefinition der IHRA anerkennen und anwenden.

3079 Es wird zunehmend berichtet, dass "du Jude" auf Schulhöfen wieder als Beleidigung verwendet
3080 wird. Besonders seit dem 7. Oktober 2023 häufen sich Berichte über offen antiisraelischen
3081 Antisemitismus in Schulen. Wir fordern Schulleitungen und Lehrkräfte auf, entschlossen gegen
3082 diese Entwicklungen vorzugehen, unterstützt von der Schulverwaltung. Das Thema Antisemitismus
3083 muss präventiv in den Unterricht eingebunden werden. Neben der Aufklärung über die Verbrechen
3084 des Nationalsozialismus ist es wichtig, jüdisches Leben in Deutschland positiv zu vermitteln. In
3085 Zusammenarbeit mit der Jüdischen Gemeinde sollte ein strukturiertes Besuchs- und
3086 Austauschprogramm entwickelt werden. Latente und manifeste antisemitische Einstellungen sind
3087 weit verbreitet und kommen in allen gesellschaftlichen Milieus vor. Schulen sind Spiegel der
3088 Gesellschaft und insofern gleichermaßen betroffen. Schule ist, neben der Familie, zentraler
3089 Sozialisationsort für Kinder und Jugendliche. Insofern sollten Schulen in der Bekämpfung von

3090 Antisemitismus eine Schlüsselrolle zukommen. Den Schwerpunkt der Anstrengungen auf Schulen
3091 in Köln zu legen und damit frühzeitig bei jungen Menschen anzusetzen, kann wesentlich dazu
3092 beitragen, mittel- und langfristig das Ausmaß an antisemitische Einstellungen in der Gesellschaft zu
3093 reduzieren. Zudem tragen Schulen die Verantwortung dafür, allen Kindern eine
3094 diskriminierungsfreie Schulzeit zu ermöglichen und jüdische Schüler*innen vor antisemitischer
3095 Diskriminierung zu schützen. Daher fordern wir umfassende Sensibilisierungskampagnen sowie
3096 Fortbildungsangebote für Beschäftigte in der Schulsozialarbeit und für Schulpsychologinnen und
3097 Schulpsychologen. Zudem sollten alle Kölner Schulen verpflichtet werden, ein Konzept zur
3098 Prävention und zum Umgang mit antisemitischen Vorfällen zu entwickeln und umzusetzen. Darüber
3099 hinaus ist es wichtig, Schulpartnerschaften mit israelischen Schulen sowie den Schüleraustausch
3100 verstärkt zu fördern und zu unterstützen.

3101 Auch im Kulturbereich ist struktureller Antisemitismus ein großes Problem. Der Skandal um die
3102 Documenta steht nur für eines von vielen Beispielen. Wir fordern, dass kulturelle Angebote, die
3103 antisemitische Inhalte und Motive transportieren, nicht mehr seitens der Stadt Köln gefördert
3104 werden. Vielfach fehlt das Bewusstsein für die Problematik und Antisemitismus wird als solcher oft
3105 nicht erkannt. Breite Sensibilisierungs- und Aufklärungsangebote für Mitarbeitende im Kölner
3106 Kulturbetrieb sind daher unerlässlich, sollten angeboten und entsprechend kommuniziert werden.

3107 Auch die Erwachsenenbildung ist ein wichtiger Baustein im Kampf gegen Antisemitismus. Wir
3108 fordern aus diesem Grund eine Förderung Maßnahmen in der Erwachsenen- und der politischen
3109 Bildung zur Aufklärung zu allen Formen von Antisemitismus, auch und insbesondere der
3110 Israelbezogene Antisemitismus und zur Sichtbarmachung jüdischen Lebens und Vielfalt in Köln und
3111 darüber hinaus.

3112 Bildung gegen Antisemitismus, für Demokratie und zur vorurteilsbewussten Erziehung beginnt
3113 bereits im Vorschulalter. Wir fordern daher die Förderung von Fortbildungsmaßnahmen für Fach-
3114 und Führungskräfte in kommunalen Kindertagesstätten, um Konzepte zur vorurteilsbewussten
3115 Erziehung und zur Prävention gegen Antisemitismus zu implementieren.

3116 Lebendige Städtepartnerschaften sind unerlässlich für den Austausch mit anderen Kulturen und
3117 zum Abbau von Vorurteilen. Köln hat das Privileg, mit Tel-Aviv eine pulsierende Metropole als
3118 Partner zu haben. Wir fordern eine Intensivierung des Austauschs zwischen Köln und Tel-Aviv, vor
3119 allem im Bereich der Kultur und der Wirtschaft. Gerade die lebendige Start-Up-Szene von Tel-Aviv,
3120 die Digitalisierung sowie die Maßnahmen zum Umgang mit den Herausforderungen im Zuge des
3121 Klimawandels sind in Israel exemplarisch und sollten einen besonderen Stellenwert bekommen und
3122 sollten mehr Sichtbarkeit in der Stadtgesellschaft bekommen.

3123 Die Sicherheit jüdischer Einrichtungen muss gewährleistet werden. Leider ist es notwendig,
3124 jüdische Einrichtungen besonders vor Übergriffen zu schützen. Obwohl die jüdischen Gemeinden
3125 bereits viel für ihre eigene Sicherheit tun, dürfen wir sie damit nicht allein lassen. Wir Freie

3126 Demokraten setzen uns uneingeschränkt für den Schutz unserer jüdischen Mitbürgerinnen und
3127 Mitbürger ein und werden in diesem Bereich keine Kompromisse eingehen.

3128 **5.3.2. Aufklärung gegen Alltagsrassismus**

3129 Die Stadt Köln muss sich gut sichtbar gegen Rassismus stellen und für die Betroffenen deutlich
3130 Stellung beziehen, damit deutlich wird, dass die Kölnerinnen und Kölner in großer Mehrheit an ihrer
3131 Seite stehen. Wir fordern dafür eine konstante Kampagne für Toleranz und gegen Ausgrenzung, die
3132 fest zum Erscheinungsbild der Stadt gehören soll. Nicht als einmalige Aktion, sondern immer!

3133 **5.3.3 Bildung gegen Rassismus**

3134 Vorurteile sind der Nährboden für Rassismus und sie basieren oft auf Unkenntnis. Aufklärung
3135 gelingt am besten in direkter Begegnung. Deshalb unterstützen wir Bildungsprojekte wie z.B. das
3136 Projekt Brückenbauer. Hier werden Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte dabei unterstützt,
3137 durch gegenseitiges Kennenlernen und Verstehen, gegen Rassismus und Diskriminierung aktiv
3138 vorzugehen.

3139 **5.3.4 Religiöse Vielfalt wertschätzen und sichern**

3140 Das Bekenntnis zur religiösen Vielfalt verlangt, dass wir Menschen unterschiedlichen Glaubens
3141 ermöglichen, ihren Glauben in der Praxis offen und angstfrei auszuüben. Das erschöpft sich nicht
3142 in einer Vorzeigemoschee. Die Stadt Köln soll Religionsgemeinschaften bei der Suche nach
3143 würdigen Räumlichkeiten aktiv unterstützen und sensibel auf Sicherheitsbedürfnisse reagieren.

3144 **5.3.5 Muslimische Bestattungen ermöglichen**

3145 Jede Religion sollte das Recht haben, ihre eigenen Rituale zu praktizieren. In Köln lebt eine große
3146 Zahl muslimischer Mitbürgerinnen und Mitbürger. Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt Köln
3147 private islamische Friedhofsflächen zulässt, auf denen nach den Regeln des muslimischen Ritus
3148 bestattet werden kann.

3149 **5.4 Diversity**

3150 Köln ist eine Stadt, die offen für vielfältige Lebensweisen ist. Unabhängig von sexueller Orientierung,
3151 geschlechtlicher Identität, religiösem Glauben oder körperlichen Besonderheiten möchten wir in
3152 einer toleranten und inklusiven Gesellschaft leben. Es reicht jedoch nicht aus, nur auf das kölsche
3153 Motto "Jeder Jeck ist anders" zu setzen – es bedarf eines aktiven Engagements gegen jede Form
3154 von Diskriminierung und Benachteiligung! Wir setzen uns für die Anerkennung und Wertschätzung
3155 sowohl selbstgewählter Lebensentwürfe als auch angeborener Identitäten ein. Kein Mensch soll
3156 aufgrund seiner Individualität ausgegrenzt oder angefeindet werden. Politische Maßnahmen zur

3157 Förderung von Diversität betreffen nicht nur Minderheiten, sondern alle Menschen - und damit
3158 jeden Einzelnen von uns.

3159 **5.4.1 Diversity-Konzept weiterentwickeln**

3160 Mit dem 2016 verabschiedeten Diversity-Konzept hat Köln einen wichtigen Schritt in Richtung eines
3161 umfassenden Diversity-Managements gemacht. Jetzt fordern wir eine Evaluierung, die die
3162 Perspektiven der betroffenen Gruppen einbezieht. Das Amt für Vielfalt sollte einen solchen Prozess
3163 initiieren und begleiten. Unser Ziel ist es, das Konzept in allen Bereichen der Stadt weiter
3164 umzusetzen und sicherzustellen, dass die Menschen in Köln sich frei entfalten und sie selbst sein
3165 können. Dazu gehört auch die Verbesserung der Situation von transsexuellen, transgender und
3166 intergeschlechtlichen Menschen, beispielsweise durch geschlechtergerechte Formulare in allen
3167 städtischen Einrichtungen oder durch verstärkte Schulungen für das Personal in städtischen
3168 Kliniken und Rettungsdiensten, um für die Belange dieser Menschen zu sensibilisieren.

3169 **5.4.2 Die LGBTIQ*-Community macht Köln aus**

3170 Die LGBTIQ*-Community ist ein essenzieller Teil Kölns. Es freut uns, dass Köln für diese
3171 Gemeinschaft besonders attraktiv ist – laut einer Studie der Stadt aus dem Jahr 2019 identifizieren
3172 sich 10,6 % der Kölner Bevölkerung als lesbisch, schwul, bisexuell, transgender, intergeschlechtlich
3173 oder queer. Dies spricht nicht nur für die tolerante Atmosphäre der Stadt, sondern verpflichtet uns
3174 auch, diese Vielfalt weiter zu fördern. Köln soll seine internationale Bekanntheit als "Rainbow City"
3175 weiter ausbauen, da die LGBTIQ*-Community maßgeblich dazu beiträgt, dass Köln als weltoffene
3176 und vielfältige Stadt wahrgenommen wird. Veranstaltungen wie der CSD und der fest etablierte
3177 Come-Together-Cup haben unsere volle Unterstützung. Doch über diese bekannten Events hinaus
3178 setzen wir uns für die Anerkennung verschiedener sexueller Orientierungen und geschlechtlicher
3179 Identitäten ein. Wir möchten Beratungszentren wie das Rubicon oder das Anyway für Familien und
3180 Jugendliche weiter stärken und ausbauen. Die Aufklärungsarbeit an Schulen soll intensiviert und
3181 für bestehende Angebote in der Stadt, wie die Fachstelle für Queerpolitik, ColognePride e.V., SC
3182 Janus, das Centrum Schwule Geschichte, Regenbogenfamilien Köln und die Aidshilfe Köln,
3183 geworben und zusätzliche finanzielle Unterstützung bereitgestellt werden. Zudem setzen wir uns für
3184 LGBTIQ*-Ampeln, wie sie zum CSD am Heumarkt zu sehen sind, an ausgewählten Standorten im
3185 gesamten Stadtgebiet sowie für Regenbogen-Zebrastrifen, insbesondere im Bereich um die
3186 Schaafenstraße, ein.

3187 **5.4.3 Interreligiösen Austausch verstärken mit einem „Tag der Religionen“**

3188 Der bereits etablierte Rat der Religionen ist ein wichtiges Instrument. Der gemeinsame Austausch
3189 führt zu Achtung und Akzeptanz. In einer Zeit, in der religiöse Differenzen wieder politisiert werden
3190 und für Ausgrenzung und Diffamierung genutzt werden, müssen wir das gemeinsame Gespräch in
3191 der offenen und demokratischen Gesellschaft pflegen. Gegen Antisemitismus, Antiislamismus und

3192 alle religionsbezogene Hetze hilft auch besseres Kennenlernen. Wir Freie Demokraten möchten
3193 diesen Prozess stärken und schlagen deshalb einen „Kölner Tag der Religionen“ vor. In öffentlichen
3194 Veranstaltungen soll religiöse Vielfalt erklärt und erlebbar werden. Die Stadt Köln soll als neutrale
3195 Instanz des Gemeinwesens den gemeinsamen Bezugspunkt und eine organisatorische Plattform
3196 bilden.

3197 **5.5 Ehrenamt fördern**

3198 Das Ehrenamt ist eine tragende Säule des Zusammenhalts in Köln. Dies wurde besonders beim
3199 starken Zustrom von Geflüchteten deutlich, gilt aber ebenso für viele Initiativen, die abseits der
3200 öffentlichen Aufmerksamkeit wirken. In Bereichen wie sozialen Einrichtungen, Sport oder Kultur
3201 wäre vieles ohne das Engagement von Ehrenamtlichen nicht möglich. Wir sind der Meinung, dass
3202 dieses Engagement Anerkennung und Unterstützung verdient.

3203 **5.5.1 Digitale Plattform für das Ehrenamt**

3204 Wir schlagen die Einführung einer digitalen Plattform für das Ehrenamt vor. Hier könnten
3205 Suchanfragen und Angebote gezielt zusammengeführt werden, um den Austausch zwischen Bedarf
3206 und Bereitschaft zum Engagement zu erleichtern. Diese Plattform sollte mit der Website des Kölner
3207 Ehrenamtspreises verknüpft werden, um dem Thema mehr Aufmerksamkeit zu verschaffen.

3208 **5.5.2 Ehrenamtskarte ausbauen**

3209 Zudem möchten wir die Ehrenamtskarte mit attraktiven Erweiterungen ausbauen und dadurch das
3210 ehrenamtliche Engagement noch stärker fördern. Auf der digitalen Plattform könnten
3211 Ehrenamtspunkte gesammelt werden, die in teilnehmenden Einrichtungen wie Museen, Theatern
3212 oder Sportveranstaltungen eingelöst werden können, um das Ehrenamt noch reizvoller zu gestalten.

3213 **5.6 Internationale Perspektiven**

3214 Köln, gegründet von den Römern, trägt die Internationalität seit jeher in sich. Von der Zeit als
3215 Hansestadt bis hin zur heutigen Zuwanderung hat Köln immer über seine Stadtgrenzen
3216 hinausgewirkt. Gleichzeitig scheint auch eine gewisse Selbstbezogenheit zum Wesen der Stadt zu
3217 gehören, die oft wenig auf die Außenwelt blickt. Zwischen diesen beiden Extremen muss ein
3218 Gleichgewicht gefunden werden – wobei es deutlich wichtiger ist, die internationale
3219 Anschlussfähigkeit weiter zu fördern, als sich nach innen zu orientieren.

3220 **5.6.1 Pflege der Städtepartnerschaften deutlich ausbauen**

3221 Die Partnerschaften Kölns mit Städten weltweit bieten eine hervorragende Gelegenheit, den
3222 Horizont zu erweitern und Vorurteile abzubauen. Diese Möglichkeiten sollten entschlossener genutzt
3223 werden. Die ehrenamtlichen Vereine, die diese Beziehungen pflegen, brauchen mehr Unterstützung.

3224 Die Gründung des gemeinsamen Netzwerks „Cologne Alliance“ war ein wichtiger Schritt, nun muss
3225 die Stadt mehr Ressourcen bereitstellen, um das kulturelle und wirtschaftliche Potenzial dieser
3226 Verbindungen auszuschöpfen.

3227 **5.6.2 Mehr Schüleraustausch mit Partnerstädten**

3228 Schüleraustauschprogramme mit den Partnerstädten sollten verstärkt werden, um der Jugend
3229 interkulturelle Begegnungen zu ermöglichen und so Offenheit und Toleranz zu fördern. Es gilt,
3230 direkte Schulkontakte intensiver zu fördern und systematisch auszubauen.

3231 **5.6.3 Köln mehrsprachig machen**

3232 Um Köln zugänglicher zu machen, sollten mehrsprachige Informationen, insbesondere in Englisch,
3233 im Stadtzentrum Standard werden. Im digitalen Bereich muss die Stadt ihre Serviceangebote in den
3234 Sprachen der wichtigsten Besucher und Neubürger ausbauen, beispielsweise durch eine "Köln
3235 International"-App.

3236 **5.6.4 Köln als internationale Marke in Tourismus und Wirtschaft ausbauen**

3237 Köln sollte sich stärker als internationale Marke im Tourismus und in der Wirtschaft positionieren.
3238 Die Stadt ist bereits ein bedeutendes Touristenziel, doch es braucht mehr Initiativen, um Köln als
3239 hochwertigen Kulturstandort und als attraktives Ziel für mehrtägige Aufenthalte zu vermarkten. Dies
3240 könnte auch das Image Kölns als attraktiven Standort für hochqualifizierte Arbeitsplätze stärken,
3241 was auf internationalen Arbeitsmärkten zunehmend entscheidend ist.



Die Stadt, die rechnen kann

3242

3243 **6. Die Stadt, die rechnen kann**

3244

3245 Politik muss gestalten, sie muss die Dinge so anpacken, dass sie funktionieren und finanzierbar
3246 sind. Wir brauchen eine Politik, die an nachfolgende Generationen denkt und so Verantwortung für
3247 die Zukunft übernimmt. Deshalb muss Köln aufhören, von seiner Substanz zu leben. Wir fordern
3248 einen ausgeglichenen Haushalt, die gelbe Null für Köln! Umso wichtiger ist es, Projekte seriös zu
3249 kalkulieren und zügig durchzuführen.

3250

3251 Die Kapazitäten der städtischen Verwaltung müssen auf die Aufgaben konzentriert werden, die für
3252 das Funktionieren unseres Gemeinwesens wichtig sind. Die Stadt muss sich nicht um alles
3253 kümmern, aber was sie macht, muss sie gut machen.

3254

3255 **6.1. Finanzen**

3256 **6.1.1 Aufgaben auf den Prüfstand stellen**

3257

3258 Angesichts schwieriger finanzieller Rahmenbedingungen (u.a. durch Inflation, Zinssteigerungen,
3259 Tarifsteigerungen, Baukostensteigerungen) sowie gestiegener Aufgaben, die zum Teil auf neue
3260 Gesetzgebungen von Bund und Land zurückgehen, aber nicht von diesen ausgeglichen werden, ist
3261 die Aufstellung eines soliden Haushalts in diesen Zeiten besonders herausfordernd.

3262

3263 Teure Prestigeprojekte können wir uns nicht mehr leisten. Auf Projekte wie die Historische Mitte zu
3264 verzichten, wird jedoch nicht reichen. Ausgabenkürzungen nach dem „Rasenmäherprinzip“ gilt es
3265 zu vermeiden. Es braucht einen umfassenden Überblick. Und: alle Aufgaben müssen auf den
3266 Prüfstand.

3267 Viele Positionen im Haushalt der Stadt Köln gehen auf gesetzlich vorgegebene Aufgaben zurück,
3268 andere gehen auf Aufgaben zurück, die zum Erhalt der Vielfalt in allen Bereichen notwendig sind.
3269 Die aktuelle Lage muss ein Anlass sein, alle Aufgaben auf den Prüfstand zu stellen.

3270

3271 **6.1.2 Einhaltung des Konnexitätsprinzips**

3272

3273 Gesetzlich vorgegebene Aufgaben: Wie der Deutsche Städtetag fordern auch wir die strikte
3274 Einhaltung des Konnexitätsprinzips von Bund und Land. Das heißt, wer Gesetze auf Kosten der
3275 Kommunen und ihrer Bürgerinnen und Bürger beschließt, muss diese auch finanzieren. Das gilt für
3276 Sozialleistungen, wie auch auf den Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz oder einen Platz in der
3277 offenen Ganztagsbetreuung.

3278

3279 **6.1.3 Überprüfung aller freiwilligen Leistungen der Stadt**

3280

3281 Die Stadt verpflichtet sich aber auch zu einer Vielzahl freiwilliger Leistungen. Wir wollen, dass die
3282 städtischen Finanzmittel effektiv eingesetzt werden. Dazu bedarf es einer transparenten Kontrolle.
3283 Wir wollen deshalb alle freiwilligen Leistungen der Stadt benennen.

3284

3285 Im nächsten Schritt sollen die freiwilligen Leistungen überprüft werden: Wie trägt die Aufgabe zur
3286 Erreichung der städtischen Ziele bei? Wie gut werden die beispielsweise mit einer sozialen
3287 Maßnahme verfolgten Ziele erfüllt? Ist diese Aufgabe noch zeitgemäß? Kann auf eine
3288 Aufgabenwahrnehmung verzichtet werden oder die Aufgabenwahrnehmung eingeschränkt werden,
3289 ohne dass eine gravierende Verfehlung der gesteckten Ziele droht?

3290

3291 Die städtischen Beteiligungen – 41 direkte Töchter; unter Einbeziehung der indirekten Töchter
3292 insgesamt über 250 Unternehmen – nehmen Aufgaben für die Stadt wahr. Viele Beteiligungen
3293 können diese Aufgabenwahrnehmung nicht aus eigener Kraft wirtschaftlich finanzieren und sind auf
3294 Zuschüsse aus dem städtischen Haushalt angewiesen. Die Überprüfung der freiwilligen Leistungen
3295 muss sich daher auch auf die Beteiligungen erstrecken.

3296 Die deutliche Steigerung des Zuschusses an die Bühnen erfordert eine Überprüfung der Leistungen
3297 im Kulturbereich insgesamt. In der Konsequenz bedeutet dies aber auch, die städtischen
3298 Beteiligungen insgesamt auf den Prüfstand zu stellen. Es soll geprüft werden, ob sie für die jeweilige
3299 Aufgabenstellung notwendig sind. Es stellt sich beispielsweise die Frage, ob und inwiefern die
3300 Akademie der Künste der Welt zur Erreichung der Ziele der Kulturstadt Köln erforderlich ist.

3301

3302 Beteiligungen sollten sich auf ihr Kerngeschäft konzentrieren. Dies bedeutet unter anderem, dass
3303 große Investitionsprojekte, die nicht allein der Daseinsvorsorge dienen, einen klaren
3304 Wirtschaftlichkeitsnachweis benötigen.

3305

3306 **6.1.4 Ausgaben im städtischen Haushalt**

3307

3308 Die Darstellung der Ausgaben im städtischen Haushalt ist intransparent. Wir wollen, dass im
3309 städtischen Haushalt ausgewiesen wird, welche Aufwendungen auf Pflichtaufgaben zurückzuführen
3310 sind und welche Aufwendungen mit freiwilligen Leistungen korrespondieren.

3311

3312 Es bedarf der klaren Differenzierung zwischen Leistungen, die der Stadt unabänderlich durch
3313 Bundes- oder Landesrecht auferlegt sind, und den freiwilligen Leistungen, um erkennbar zu
3314 machen, an welchen Stellen kommunalpolitisch Änderungen überhaupt möglich sind. Diese
3315 Differenzierung muss gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern klar kommuniziert werden.

3316

3317 **6.1.5 Priorisierung freiwilliger Bauprojekte**

3318

3319 Ohne Frage muss die Stadt die notwendige Verkehrsinfrastruktur (Straßen, Schienen, Brücken,
3320 Tunnel) erhalten und moderne und zweckmäßige Schulbauten schaffen, damit unsere Pänz unter
3321 besten Bedingungen lernen und vorankommen können. Aber es braucht eine klare Priorisierung
3322 freiwilliger Bauprojekte. Das bedeutet, dass Kulturbauten erst vollendet werden sollten, bevor neue
3323 Kulturbauten beschlossen werden. Nur so bleibt die Durchführung der Projekte leistbar. Und für
3324 freiwillige Maßnahmen insgesamt gilt: Erst wenn bestehende Maßnahmen ausreichend finanziert
3325 sind, dürfen neue Maßnahmen hinzukommen.

3326

3327 **6.1.6 Sinnvolle und gerechte Steuerpolitik**

3328

3329 Wir sind entschlossen, die finanzielle Belastung unserer Bürgerinnen und Bürger zu verringern und
3330 gleichzeitig eine effiziente Verwaltung zu gewährleisten. Daher werden wir keine Steuern erhöhen
3331 und keine neuen Steuern einführen. Stattdessen streben wir eine gerechtere Verteilung der
3332 Steuerlast an.

3333

3334 Der Steuerertrag muss immer im Verhältnis zum Aufwand der Erhebung stehen. Die Stadt Köln
3335 nimmt im Jahr 2024 über 3,2 Milliarden Euro an Steuern und Schlüsselzuweisungen ein. Gleichzeitig
3336 gibt es Bagatellsteuern, wie beispielsweise die Tanzabgabe – eine Untergruppe der
3337 Vergnügungssteuer –, deren Kosten der Erhebung in keinem Verhältnis zu den Einnahmen stehen.
3338 Darum sprechen wir uns für die Abschaffung der Tanzsteuer aus. Eine Abschaffung würde auch die
3339 Existenz der Kölner Clubszene unterstützen.

3340

3341 Mit der Reform der Grundsteuer sind die Werte für Ein- und Zweifamilienhäuser aber auch von
3342 Mietwohnungen stark gestiegen. Hier darf es nicht zu einer verdeckten Steuererhöhung kommen.
3343 Darum wollen wir den Hebesatz senken, so wie es die Landesregierung für Köln auch vorschlägt.

3344
3345 Wir werden die Hundesteuer so gestalten, dass das Halten von Hunden aus dem Tierheim im ersten
3346 Jahr nach der Anschaffung steuerfrei ist. Darüber hinaus soll die Hundesteuer linear mit der Anzahl
3347 der gehaltenen Hunde steigen.

3348
3349 Mit diesem Programm setzen wir uns insgesamt für eine gerechte Steuerpolitik ein. Die Gebühren
3350 werden wir im Rahmen der allgemeinen Preisentwicklung stabil halten.

3351

3352 **6.1.7 Professionalisierung der Fördermittelakquise**

3353
3354 Wenn Fördermittel, die von Land, Bund und EU bereitgestellt werden, maximal ausgeschöpft
3355 werden, wird der städtische Haushalt bei gleicher Aufgabenwahrnehmung weniger stark belastet.
3356 Die Stadt muss sich professioneller aufstellen, um diese Möglichkeiten bestmöglich zu nutzen. Köln
3357 und die Region sind in Brüssel, wenn es um die Fördermittelakquise geht, schlecht aufgestellt.

3358
3359 Oftmals weiß die Stadt gar nicht, welche Fördermittel sie in Brüssel beantragen kann. Darum sollten
3360 wir die Region Stuttgart als Vorbild nehmen und für Köln und die Region in Brüssel ein Büro zur
3361 Fördermittelakquise einrichten. Ein solches Büro kann den Zugang zu europäischen Akteuren und
3362 Netzwerken vereinfachen. Die Vorteilhaftigkeit wurde bereits durch ein Gutachten bestätigt, das die
3363 Verwaltung in Folge eines von der FDP eingebrachten Antrags einholte.

3364

3365 **6.1.8 Schuldenbremse ins Kölner Stadtrecht**

3366
3367 Die Gemeindeordnung verpflichtet die Kommune zum Haushaltsausgleich, die Aufwendungen
3368 dürfen also die Erträge nicht übersteigen. Ohne die Corona-Krise hätte es Dank des Einflusses der
3369 Kölner FDP ab 2023 einen ausgeglichenen Haushalt ohne neue Schulden gegeben. Dafür machen
3370 wir uns weiter stark! Wir müssen alles daransetzen, wieder zu einem ausgeglichenen Haushalt zu
3371 kommen. Nur so können solide Finanzen erreicht und Handlungsspielräume eröffnet werden.

3372

3373 Wir wollen darum die Schuldenbremse im Kölner Stadtrecht verankern, um dieses Bekenntnis trotz
3374 der jüngsten Herausforderungen (Pandemie, Erderwärmung und Klimawandel, Krieg, Migration,
3375 Energiesicherheit) zu demonstrieren.

3376 **6.1.9 Jährliche Schuldentilgung in Höhe von mindestens 100 Mio. Euro**

3377

3378 Die Einnahmen der Stadt sind so hoch wie seit Jahrzehnten nicht. Trotz bester wirtschaftlicher
3379 Gesamtlage führt die Stadt bislang kaum Kredite zurück. Wir wollen eine generationengerechte

3380 Finanzwirtschaft der Stadt. Dazu gehört auch das Zurückführen von Verbindlichkeiten, damit
3381 nachfolgende Generationen nicht mit Schulden belastet werden, von denen sie selbst keinerlei
3382 Nutzen mehr haben.

3383

3384 **6.1.10 Green Bonds**

3385

3386 Green Bonds sind eine marktwirtschaftliche Finanzierungsoption, die die nachhaltige
3387 Transformation der Stadt in Richtung Klimaneutralität unterstützt. Auf Initiative der FDP wurde
3388 Anfang 2024 in Köln der erste Green Bond mit 150 Millionen Euro zur Finanzierung von Maßnahmen
3389 zur Förderung der Klimaneutralität
3390 auferlegt. Green Bonds können in Form von Schuldscheindarlehen an institutionelle Anleger bzw.
3391 Anleihen für ein breiteres Publikum aufgelegt werden.

3392

3393 Anders als bei Kommunalkrediten besitzen diese Finanzierungsoptionen einen festen Zinssatz und
3394 haben für die mittelfristige Finanzplanung eine bessere Planungssicherheit. Aufgrund der hohen
3395 Nachfrage bei Kapitalanlegern können kommunale Green Bonds mit einer Verzinsung unter dem
3396 Marktzins aufgelegt werden. Damit ist die Kapitalaufnahme günstiger als beim Kommunalkredit.

3397

3398 **6.1.11 Städtische Finanzen nachvollziehbar erklären**

3399

3400 Der Kölner Haushalt umfasst mehr als 5,5 Milliarden Euro. Das Zahlenwerk wird in drei Bänden
3401 dargestellt, jedoch fehlt eine nachvollziehbare und einfache Erklärung des städtischen Haushalts.
3402 Insbesondere wurden die transparenten und leicht nachvollziehbaren Schaubilder der Entwicklung
3403 des Haushaltes über 15 bis 20 Jahre hinweg gestrichen. Diese transparenten Schaubilder sollen
3404 zukünftig wieder in den Haushaltsplänen Berücksichtigung finden.

3405

3406 **6.3 Verwaltung**

3407

3408 **6.3.1 Prozessmanagement und verbesserter Personaleinsatz in der Verwaltung**

3409

3410 Der Einsatz städtischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist häufig ineffizient, da Aufgaben und
3411 deren Priorisierung nicht eindeutig definiert und deren Erfüllung nicht fortlaufend gemeinsam mit
3412 den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern kritisch überprüft wird.

3413

3414 Wir wollen eine effiziente Verwaltung. Dazu müssen die Strukturen gestrafft und die
3415 Aufgabenerfüllung fortlaufend gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern überprüft
3416 werden. Nach erfolgter Aufgabenkritik (siehe oben) müssen daher konsequent die Art der
3417 Aufgabenwahrnehmung und die zugrundeliegenden Prozesse überprüft werden. Dabei sind die
3418 Verantwortungsstrukturen eindeutig zu definieren und zu regeln.

3419
3420 **6.3.2 Personalgewinnung**
3421
3422 Ausgeschriebene Stellen können häufig nicht qualifiziert neu besetzt werden, da die Vorgaben für
3423 die tarifliche Eingruppierung zu engmaschig sind. In vielen Bereichen ist die angebotene Vergütung
3424 nicht mehr marktüblich. Zur Gewinnung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern – aber auch um
3425 bestehendes Personal zu halten – müssen daher alle Anreize, die tarifrechtlich möglich sind, genutzt
3426 werden.

3427
3428 Dazu gehören für uns attraktive Leistungszulagen und Leistungsprämien, die Möglichkeit zur
3429 Auszahlung von Überstunden, Modelle der flexiblen Arbeitszeitgestaltung, mobiles Arbeiten sowie
3430 die Schaffung eines insgesamt attraktiven Arbeitsumfeldes. Angesichts des Fachkräftemangels ist
3431 dies wichtiger denn je.

3432
3433 **6.3.3 Effektives Projektmanagement und Controlling für Investitionen**

3434
3435 Die Quote der tatsächlichen Investitionen gegenüber den Bewilligten ist gleichbleibend gering, auch
3436 unabhängig von im Haushalt vorgesehenen Erhöhungen. Im Ergebnis scheitern Investitionen in
3437 Zukunftsprojekte nicht an fehlenden Mitteln, sondern an den fehlenden Möglichkeiten zu deren
3438 effektivem Einsatz. Wir begrüßen die Einführung eines internen Bauinvestitionscontrollings, das
3439 dazu beiträgt, Abweichungen vom geplanten Investitionsvolumen offen zu legen, und erwarten, dass
3440 das städtische
3441 Projektmanagement bei Bauprojekten weiterentwickelt wird.

3442
3443 **6.3.4 Zentrale Buchführung für die städtische Finanzwirtschaft**

3444
3445 Die Prüfungen der Jahresabschlüsse führten in den letzten Jahren zu so gravierenden
3446 Einwendungen, dass das Testat der Prüfung nur eingeschränkt erteilt werden konnte. Einbußen in
3447 der Qualität der Buchführung und teilweise erhebliche Rückstände waren in Teilen durch nicht
3448 hinreichend ausgebildetes Personal, das zudem in unterschiedlichen Ämtern beheimatet war,
3449 begründet. Wir begrüßen daher, dass die Verwaltung die Forderung des Rechnungsprüfungsamts
3450 nach einer zentralen Buchhaltung mit entsprechend geschultem Personal umgesetzt hat. Der
3451 eingeschlagene Weg soll weiterverfolgt werden.

3452 **6.3.5 Einbringung der Jahresabschlüsse**

3453
3454 Nach den Vorgaben der Gemeindeordnung müssen die städtischen Jahresabschlüsse jeweils bis
3455 zum 31. März des Folgejahres aufgestellt und anschließend den politischen Gremien vorgelegt
3456 werden. Mit der Einbringung der Jahresabschlüsse ist die Kämmerei in Verzug, der Jahresabschluss
3457 2020 wurde dem

3458 Rechnungsprüfungsausschuss beispielsweise im März 2023 vorgelegt. Dieser Rückstand ist
3459 aufzuholen, die Jahresabschlüsse sind zeitig vorzulegen. Zeitnah ein Bild der finanziellen
3460 Verhältnisse zu haben ist auch für die Aufstellung der Haushaltspläne von Bedeutung.

3461

3462 **6.3.6 Städtische Gebäudewirtschaft ausgliedern**

3463

3464 Öffentliche Bauvorhaben der Stadt werden viel zu langsam umgesetzt. Eine Kostenplanung kann bei
3465 dieser langen Zeitdauer gar nicht eingehalten werden. Gleichzeitig fehlt das nötige Fachpersonal, da
3466 in der privaten Wirtschaft mehr gezahlt wird. Wir begrüßen die bereits eingeleiteten Schritte wie die
3467 Gründung der Schulbau-GmbH. Dieser Weg soll konsequent fortgesetzt werden: Eine komplette
3468 Ausgliederung der Gebäudewirtschaft aus der Verwaltung würde sie handlungsfähiger machen.

3469



3470
3471

7. Die nachhaltige, lebenswerte Stadt

3472 Wir wollen Köln nachhaltig weiterentwickeln. Dazu gehört die Reduktion von klimarelevanten
3473 Emissionen genauso wie die Steigerung der Lebensqualität durch ökologisch sensible
3474 Stadtgestaltung.

3475 Für eine schnelle Vermeidung fossiler Treibstoffe wollen wir den Kölner Individualverkehr
3476 zukunftsfest aufstellen durch ein wirklich flächendeckendes Ladenetz sowie ein besseres und
3477 vernetzteres ÖPNV-Angebot. Der Radverkehr braucht ein bequemes und geschlossenes und
3478 sicheres Wegenetz. Den Stadtraum wollen wir von parkenden Autos entlasten, indem wir
3479 Quartiersgaragen anbieten.

3480 Nachhaltigkeit verstehen wir auch wirtschaftspolitisch als zentrales Entwicklungsfeld unserer Stadt.
3481 Neue Technologien, smarte Lösungen und die damit verbundenen Arbeitsplätze von morgen sollen
3482 in Köln entstehen. In einem Köln mit lebenswertem Stadtraum, neutraler Klimabilanz und einer
3483 Wirtschaft der Zukunft.

7.1 Natur und Grün

3485 Wir wollen ein grünes Köln. Für uns Liberale ist Naturschutz eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.
3486 Grün muss erfahrbar sein. Deswegen sprechen wir uns gegen Zugangs- und Nutzungsverbote zu

3487 Natur- und Landschaftsschutzgebieten aus. Stattdessen müssen wir die Menschen sensibilisieren
3488 und die Umweltbildung stärken. Für uns haben alle ein Recht auf Naturgenuss.

3489 Die öffentlichen Parks sollen Treffpunkte für Menschen sein. Grillen und Sport soll an geeigneten
3490 Stellen möglich sein. Dazu müssen aber auch flächendeckend Wasserspender, Mülleimer und
3491 Toiletten in Grünanlagen eingerichtet werden. Wir fordern:

- 3492 1. Verstärkte Umweltbildung anstelle von Verboten z.B. Landschaftsgebiete zu
3493 Naturschutzgebieten.
- 3494 2. Das Recht auf Naturgenuss soll durch verstärkte Umweltbildung vor Ort erhalten
3495 bleiben.
- 3496 3. Kontrollen mit Zugangsverboten zu Naturschutzgebieten sind im Hinblick auf die
3497 Umwelt-Sensibilisierung nicht zielführend.
- 3498 4. Grillen und Sport in Parks müssen erlaubt werden und/oder bleiben, damit die
3499 städtischen Grünflächen durch die Kölnerinnen und Kölner zur Erholung nutzbar sind
- 3500 5. Kommerzielle Fitnesskurse und botanische Führungen sind im öffentlichen Grün
3501 gegen Zahlung einer Nutzungsgebühr erlaubt,
- 3502 6. Die Sauberkeit in Grünanlagen muss erhöht und Wasserspender, Toiletten und
3503 ausreichend Abfalleimer müssen installiert werden.

3504 **7.2 Bäume**

3505 Bäume sind ein Kernaspekt städtischer Klimapolitik. Daher müssen wir nicht nur Straßenbäume, wo
3506 immer möglich, erhalten, sondern auch nachpflanzen. Bei Sanierung und Neubauplanungen gilt für
3507 uns: Keine Straße ohne Grün. Besonders der Kölner Westen hat großes Potenzial für Aufforstung.
3508 Bei diesen Pflanzungen sollen vorwiegend klimaresiliente Bäume verwendet werden. Zudem muss
3509 die Stadt Fassaden- und Dachbegrünung bei Privaten fördern und bei den eigenen Gebäuden
3510 konsequent umsetzen.

3511 **7.3 Wasser**

3512 Der Rhein, die Kölner Seen und Bäche oder Wasserspielplätze: Wasser ist zentral für die
3513 Stadtökologie und ein wichtiger Erholungsaspekt. Wir wollen die Kölner Bäche, wo möglich,
3514 renaturieren, wieder an die Oberfläche führen und schützen. Auch wenn die Wasserqualität sich in
3515 Köln verbessert hat, wollen wir die Sauberkeit in Rhein und Seen verbessern.

3516 **7.4 Flächen**

3517 Wir müssen dem Flächenverbrauch entgegen treten, vor allem durch Entsiegelung. Hier hat Köln
3518 ein großes Potenzial. Vor allem Schulhöfe sind noch heute viel Beton und wenig grün. Auf dem Weg
3519 zu einem zukunftsfähigen Flächenmanagement fordern wir die Einrichtung eines zentralen
3520 Flächenregisters für Köln, in dem der Bodenrichtwert zusammen mit der ökologischen Bewertung

3521 der Flächen ausgewiesen wird. So kann durch ein regionales Flächenzertifikatesystem wirklich
3522 ökologisch geplant und Flächen ausgeglichen werden.

3523 **7.5 Umweltbußgeldkatalog**

3524 Als FDP fordern wir die Schaffung eines Umwelt-Bußgeldkataloges, um Fehlverhalten in Bezug auf
3525 Umweltverschmutzung (z.B. wilder Müll) besonders zu ahnden, um sowohl den Stellenwert einer
3526 sauberen Umwelt hervorzuheben, als auch zukünftige Ordnungswidrigkeiten zu vermeiden.

3527 Kommunale Verschönerungsprogramme sollen dahingehend verwendet werden, dass ökologisch
3528 sinnvolle Projekte unterstützt werden.

3529 **7.6 Umwelttechnologien**

3530 Steigende Anforderungen an den Umwelt- und Klimaschutz bieten viele Chancen für die Wirtschaft.
3531 Dabei setzen wir auf die Innovationskraft des Wettbewerbs. Innovative Ansätze und neue
3532 Technologien sind der wesentliche Motor des Klimaschutzes. Durch mehr Effizienz können
3533 Ressourcen und Energie gespart, Emissionen reduziert und die Lebensqualität verbessert werden
3534 – nicht nur auf dem deutschen Markt. Wir denken auch an die Sicherung des Exportes. Köln sollte
3535 sich daher gezielt als Standort für innovative Umwelttechnologien vermarkten und Start-Ups in
3536 diesem Bereich besonders fördern. Hieraus können große Synergieeffekte gewonnen und
3537 zukunftsorientierte Arbeitsplätze entstehen. Wir fordern eine besondere Förderung von GreenTech,
3538 um die Transformation unserer städtischen Wirtschaft hin zu mehr Nachhaltigkeit zu stärken.

3539 **7.7 Mehr Lebensqualität durch Umwelt- und Klimaschutz**

3540 Investitionen in den Umweltschutz sind Investitionen in die Lebensqualität der Kölnerinnen und
3541 Kölner. Eine wachsende Stadt darf sich nicht auf dem Status Quo ausruhen, sondern muss stetig
3542 weiter in die Umwelt investieren und Regeln anpassen. Diese Investitionen schaffen ein
3543 lebenswertes Umfeld und halten die Belastungen durch Emissionen und Lärm für Menschen,
3544 Pflanzen und Tiere möglichst gering. Wir müssen auf bekannte und unbekannte Risiken der zu
3545 erwartenden klimatischen Veränderungen durch lokale Minderung von Emissionen und Vorsorge
3546 beim Stadtklima reagieren.

3547

3548

3549 **7.8 Klimanotstand bekämpfen**

3550 Auch wenn der vom Rat beschlossene Klimanotstand von uns als Symbolpolitik betrachtet wird,
3551 muss Köln konkrete Maßnahmen ergreifen, die Emissionen zu reduzieren und die Auswirkungen
3552 des Klimawandels abzuschwächen. Dazu macht die FDP Vorschläge:

3553 Klimaschutz ist ein Teil nachhaltiger Stadtentwicklung. Nachhaltige Entwicklung fängt in Köln und in
3554 den Veedeln an. Köln will bis 2050 klimaneutral sein und schon bis 2030 die
3555 Treibhausgasemissionen halbieren. Dafür hat die Stadt einen Fahrplan erstellt, wie diese Ziele
3556 tatsächlich erreicht werden können. Diese ist vor allem im Klimaplan der Stadt erkenntlich. Die
3557 Finanzierung ist jedoch realitätsfern. Es fehlt an klaren Prioritäten, um schnellstmöglich CO2
3558 einzusparen und die Stadt für den Klimawandel vorzubereiten. Darüber hinaus soll sich die Stadt
3559 am Greenhouse Protokoll orientieren, um für die Bürgerinnen und Bürger größtmögliche
3560 Transparenz zu gewährleisten. Die FDP fordert die Herauslösung der Aufgaben der
3561 Klimaschutzplanung aus der Verwaltung und der Rheinenergie AG in eine
3562 Klimaförderungsgesellschaft, die zunächst der Stadt und der Rheinenergie gemeinsam gehört für
3563 den besten Weg, Tempo bei Klimaschutzplanung und Klimaschutz-Controlling aufzunehmen und
3564 dafür das notwendige Personal zu gewinnen.

3565 Die FDP fordert Investitionen in Umweltbildung, neue Technologien und Anreize für vorbildliches
3566 Verhalten. Umweltschutz braucht Kooperation. Die Wärme- und Wasserstoffüberschüsse aus der
3567 Industrie rund um Köln sind Chancen, durch Partnerschaften unnötigen CO2-Ausstoß zu
3568 vermeiden. Die stadteigenen Betriebe sollen mit Unternehmen in Partnerstädten Projekte
3569 durchführen, die zu einer Einsparung von CO2 führen und die auf die Klimabilanz aller Beteiligten
3570 anteilig angerechnet werden. So können wir durch vertrauensvolle Zusammenarbeit über offene
3571 Grenzen hinweg unser Klimaziele erreichen.

3572 **7.9 Maßnahmen für ein besseres Stadtklima**

3573 Die Stadt Köln steht vor der Herausforderung, mehr Wohnraum schaffen zu müssen. Wir brauchen
3574 Bauformen, die für die steigenden Temperaturen im Sommer geeignet und zugleich möglichst
3575 klimaneutral sind. Wir wollen zum Beispiel das (serielle) Bauen mit Holz fördern. Wie bei der
3576 Ernährung sollten Baustoffe aus der Region kommen.

3577 Bei Stadtplanung und Baugenehmigung muss vorgesorgt werden, dass Aufheizung im Sommer
3578 vermieden wird. Das "GrünHochDrei"-Programm zur Förderung der Begrünung von Dach-,
3579 Fassaden- und Hofflächen ist richtig, muss aber ergänzt werden, z.B. durch Gutscheine für die
3580 Beurteilung der Statik eines Daches. Das ist genauso wichtig wie die Förderung von Sonnenenergie
3581 auf unseren Dächern. Auch kleine Dächer wie Garagen, Vereinsheime und Bushaltestellen müssen
3582 berücksichtigt und gefördert werden. Bei jeglichen städtischen Baumaßnahmen soll eine
3583 Neuplanung oder Ertüchtigung mit Solaranlagen erfolgen. Besonders nicht überdachte Flächen wie
3584 Parkplätze von Discountern oder die städtischen Park-and-Ride-Plätze (P&R) eignen sich
3585 besonders, um große Flächen mit Solaranlagen zu realisieren.

3586 Einige Feldfrüchte lassen sich unter Photovoltaikmodulen anbauen. Dies soll auf Ackerflächen der
3587 Stadt Köln in Zusammenarbeit mit der Rheinenergie ermöglicht werden.

3588 Zudem wollen wir die Offenlegung von Bächen und offene Wasserflächen in dicht besiedelten Teilen
3589 der Stadt fördern und so Kühlung bei großer Hitze erreichen. Wir wollen, dass Entsiegelung bei der
3590 Abwassergebühr und Eigenkompostierung bei der Abfallgebühr berücksichtigt werden. Analog dazu
3591 soll der Erhalt von örtlich wichtigen Bäumen, Baumgruppen und Gehölzen auf Privatgrundstücken
3592 bei den Grundbesitzabgaben und der Pacht berücksichtigt werden. Weiter fordert die FDP:

3593 1. Die Baum-Kompetenz der Verwaltung muss in den Stadtbezirken gestärkt und den
3594 Menschen zugänglich gemacht werden, beispielsweise durch öffentlichen Zugang in das
3595 vorhandene städtische Baumkataster.

3596 2. Parkplätze müssen mit Bäumen oder Solarpaneelen beschattet werden.

3597 3. Versiegelter Boden heizt sich stark auf und fördert Überschwemmungen. Vorschläge aus
3598 den Stadtteilen, wo Asphalt durch wassergebundene Oberflächen ersetzt werden könnte,
3599 sollen gesammelt und umgesetzt werden.

3600 4. Weitere KVB-Trassen und Haltestellendächer müssen begrünt werden.

3601 5. Nachhaltige Innovationen sollen bei Investitionen bevorzugt werden, wenn sie eine Chance
3602 haben, sich einmal wirtschaftlich selbst zu tragen. Dazu gehören Radwege und
3603 Lärmschutzwände, die Strom erzeugen oder aus Altplastik hergestellt werden. Die Stadt
3604 braucht ein Gremium, das das fachlich bewertet.

3605 6. Solarenergie, Nah- und Fernwärme sollen forciert ausgebaut werden.

3606 7. Umweltfeindliche Steinwüsten in Wohngebieten wollen wir durch eine Vorgartensatzung
3607 verhindern.

3608 8. Brachflächen sollen hinsichtlich einer qualitativen Aufwertung oder für Energiepflanzen über
3609 AVG oder Rheinenergie geprüft werden.

3610 9. Öffentliche Plätze sind durch Begrünung und Beschattung – notfalls in Großkübeln und
3611 Hochbeeten – als Wohlfühlraum zu gestalten. Betonwüsten ohne Aufenthaltsqualität müssen
3612 begrünt werden.

3613 10. Monokulturen sind zu vermeiden; eine Pflanzen-Vielfalt erhöht die langfristige Resistenz des
3614 Stadtgrüns.

3615 11. In städtischen Parks und Grünanlagen soll die biologische Vielfalt durch Anbau alter,
3616 bedrohter Pflanzen- und Baumarten gefördert werden. Blumenwiesen sollen Lebensräume
3617 für Insekten bieten. Landwirte, die beim Schutz des Grundwassers mit den Wasserwerken
3618 beim Grundwasserschutz organisiert zusammenarbeiten, sollen bei der Pacht städtischer
3619 Flächen Priorität bekommen.

3620 **7.10 Schadstoffausstoß und Lärmbelästigung verringern**

3621 Verkehrspolitik gelingt nur durch Kooperation mit dem Umland – da sind Kompromisse notwendig.
3622 Der Kölner Verkehr ist zu entspannen, Schadstoffausstoß und Lärmbelästigung sind zu verringern.
3623 Die EU hat gerade die Verschärfung der Grenzwerte für die Luftqualität eingeleitet: das stellt Köln
3624 vor neue Herausforderungen. Weniger Lärm und bessere Luft führen dazu, dass die Wohnqualität
3625 in der Nachbarschaft steigt und damit auch der Wert der Immobilien. Der Zusammenhang zwischen
3626 Immobilienwert und Abstand zum Grün ist nachgewiesen. Wenn das Leben in der Stadt attraktiver
3627 wird, hat das auch Einfluss auf die Verkehrsdichte.

3628 Neben der Vermehrung von Stadtgrün und der Begrünung von Fassaden und Dächern, die helfen,
3629 Schadstoffe aus der Luft zu filtern, sehen wir großes Potential für die Einsparung von
3630 Stickstoffoxiden (NOx) und Ruß in der Sanierung von Gebäuden und emissionsarmen Neubauten.
3631 Auch müssen Pilotprojekte wie textile Luftfilter an Fassaden ausgebaut werden.

3632 Fließender Verkehr verursacht weniger Schadstoffe als Stop-and-go. Deswegen sind
3633 Pflörtnerampeln, die den Verkehr stauen und in die Wohngebiete umleiten, grundsätzlich
3634 abzulehnen. Forderungen nach Fahrverboten für ältere Autos oder Einführung einer Citymaut sind
3635 unsozial. Sie treffen besonders diejenigen, die sich kein neues Auto leisten können und die keine
3636 zusätzlichen Gebühren für die Benutzung von Straßen bezahlen können. Mit solchen Forderungen
3637 fördert man die Spaltung zwischen Köln und den Menschen, die hier leben und arbeiten.

3638 Die Menschen brauchen Alternativen zum Auto, die vergleichbares Tempo und Sicherheitsgefühl
3639 geben. Alternativen für eine intelligente Verkehrsführung sind:

3640 1. Der ÖPNV muss zuverlässig sein und braucht preiswerte und verständliche Tarife. Die
3641 Menschen müssen Zeit im ÖPNV nutzen können und brauchen dazu Internet-Empfang und
3642 als Anreiz WLAN, dessen Nutzung im Fahrpreis inbegriffen ist.

3643 2. Die Park-and-Ride-Möglichkeiten müssen ausgebaut werden, um den Menschen aus dem
3644 Kölner Umland attraktive Alternativen anzubieten, nicht mit dem Auto in die Stadt zu fahren.

3645 3. Das Schienennetz der KVB muss jährlich um 10 Kilometer erweitert werden, auch über die
3646 Stadtgrenzen hinaus.

3647 4. Sichere, beleuchtete Fahrradwege müssen zügig ausgebaut werden. Moderne Technik
3648 erlaubt es, die Nebenwirkungen auf Insekten gering zu halten.

3649 Nicht nur für die Menschen, sondern auch für den Transport von Produkten brauchen wir
3650 schadstoffarme Alternativen:

3651 1. Der Lieferverkehr muss entzerrt werden, um den Verkehrsfluss aufrecht zu halten.
3652 Fahrzeuge mit alternativen Antrieben sollen für den Lieferverkehr gefördert werden, z. B.
3653 durch Privilegien bei Lieferzeiten.

3654 2. Die Rheinschiffe, die in Köln anlegen, müssen mit Landstrom versorgt werden, um den
3655 Einsatz von Dieselmotoren zu verringern. Da wo Landstrom zur Verfügung steht, muss eine
3656 Pflicht zur Nutzung des Landstroms im Vergleich zu Diesel angemessenen Kosten eingeführt
3657 werden: Köln hat kein Interesse, dass Schiffe aus Köln vertrieben werden.

3658 **7.11 Digitalisierung im Straßenverkehr**

3659 Auf der Basis von punktuellen Messwerten und darauf basierenden Simulationen wird über
3660 Navigationssysteme eine intelligente Lenkung des Verkehrs zur Schadstoffreduktion möglich. Dazu
3661 gehören intelligente Ampelschaltungen, die Staus und damit Abgase vermindern. So kann der
3662 Verkehr situationsgerecht gesteuert und die Eingriffe können reduziert werden. Sensoren an
3663 Parkplätzen können die Belegung erfassen und Autos per App gezielt zu den freien Plätzen lotsen.
3664 So kann der Parksuchverkehr verringert und damit Abgase reduziert werden.

3665 **7.12 Smart City für Klimaschutz**

3666 Die Lärminderungsplanung beruht ausschließlich auf berechneten Daten. Es gibt kein Lärm-
3667 Messnetz. Die Lärm-Messwagen messen nur bei kurzfristigen Überschreitungen. Umgekehrt gibt
3668 es für Luftschadstoffe wie Stickoxide und Staub zwar lokale Messungen, aber kein digitales Modell,
3669 das Aussagen über die Teile Kölns macht, in denen nicht gemessen wird. Für die Klimaemissionen
3670 (CO₂, aber auch Methan und Lachgas) gibt es nur grobe Schätzungen.

3671 Messen und Rechnen gehören in der digitalen Welt zusammen: Wir brauchen Messpunkte für Lärm
3672 in der Stadt. Auch bei den Klimagasen brauchen wir satellitengestützte Messungen von Emissionen
3673 wie CO₂, Feinstaub, Methan etc. statt Schätzungen.

3674 Die Umweltdaten können mittels dezentraler Mess-Einrichtungen aufgenommen und mit dem
3675 Funknetzstandard LoRAWAN abgerufen und verarbeitet werden. Hierfür muss das LoRAWAN-Netz
3676 ausgebaut werden. So ergeben sich beispielsweise minutengenaue digitale Karten der
3677 Luftschadstoffe und Lärmbelastungen. Die Messungen zur Validierung der berechneten Daten
3678 schaffen Glaubwürdigkeit und die Grundlage für präzisere Maßnahmen.

3679 Unser langfristiges Ziel ist, dass Sensoren die lokale Umweltbelastung beobachten, Programme der
3680 künstlichen Intelligenz (KI) ein digitales Gesamtbild der Stadt errechnen und damit sowohl die
3681 Ampelschaltungen als auch die Navigationsgeräte so mit Informationen versorgt werden. Wir
3682 erwarten eine weitere Verschärfung von Grenzwerten und damit eine Verbesserung der
3683 Lebensqualität und des Wertes der Immobilien an heute belasteten Teilen der Stadt. Die Einhaltung

3684 der neuen Grenzwerte lässt sich durch ein digitales Bild der Belastungssituation in der Stadt und
3685 intelligente Steuerung besser erreichen als durch drastische Verbote, die wir ablehnen.

3686 **7.13 Modernisierung der Abfallwirtschaft**

3687 Es wird angestrebt, die Verträge zwischen Stadt und AWB so zu verändern, dass sie der Nachfrage
3688 der Menschen nach Dienstleistungen nach Bedarf stärker entsprechen. Wir sind überzeugt, dass
3689 moderne intelligente Planungssoftware flexibleren Service möglich machen kann. Dazu gehören
3690 mehr Flexibilität bei Abfuhrhythmus der grauen Tonne (je nach Jahreszeit und Abholbezirk), bei
3691 Hol- und Bringservice, beim Wechsel bei der Straßenreinigung zwischen Anwohner und AWB und
3692 die Wahlfreiheit bei der Biotonne. Wir halten auch eine Überprüfung der Qualität der Wertstoffe in
3693 den gelben, blauen, Glas- und Biotonnen nach Abholbezirk für notwendig, um durch Umweltbildung
3694 gezielt zu reagieren und zu vermeiden, dass sich das Sortieren von Menschen, die das zu Recht
3695 ernst nehmen, durch Fehlwürfe anderer nicht lohnt.

3696 Die Abfallwirtschaftsbetriebe sollen alle öffentlichen Mülleimer mit Sensoren ausrüsten, die ihre
3697 Füllhöhe mitteilen, damit die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bedarfsgerecht leeren können und
3698 dabei unnötige Fahrten und damit Kraftstoff und Abgase sparen können.

3699 **7.14 Die Stadtverwaltung soll Vorbild beim Umweltschutz sein**

3700 Die öffentliche Verwaltung hat eine Vorbildfunktion für die Bürgerinnen und Bürger. Um dieser
3701 Funktion gerecht zu werden, fordert die FDP:

- 3702 1. Die Energieversorgung für die städtischen Gebäude und Infrastruktur soll klimaneutral
3703 erfolgen.
- 3704 2. Der Fuhrpark der Stadt soll auf Fahrzeuge mit alternativen Antrieben und Kraftstoffen –
3705 bevorzugt Wasserstoff oder e-Fuels aus der Region – umgestellt werden.
- 3706 3. Ziel muss die weitgehend papierlose Verwaltung sein, denn Reduzierung von Papierbedarf
3707 heißt Reduzierung des Ressourcenbedarfs.
- 3708 4. Die Stadt baut normalerweise sparsam nach Bundes- und Landesrecht. Einzelne Neubauten
3709 der Stadt sollen zeigen, was technisch möglich ist. Die Stadt soll Erfahrungen mit
3710 innovativen Technologien sammeln und zur Nachahmung kommunizieren.

3711 **7.15 Köln soll Wasserstoff-Modellregion werden**

3712 LKWs, Busse und andere schwere Nutzfahrzeuge müssen umweltfreundlicher werden. Die Busse
3713 der KVB fahren derzeit mit Batterieantrieb, die der benachbarten RVK mit Wasserstoffantrieb.
3714 Ursache sind die Anstiege im Vorgebirge. Brennstoffzellenfahrzeuge sind auch bei Lokomotiven
3715 erprobt verfügbar. Die Stadtwerke Köln sollen sich um den Vertrieb von überschüssigem

3716 Wasserstoff aus der Region für den Betrieb von schweren Nutzfahrzeugen (Busse, Müllfahrzeuge,
3717 Lokomotiven, Schiffe der HGK) kümmern. Die Stadt soll hierbei auch Entwicklungspartner der
3718 Industrie bei der Erprobung neuer Technologien sein.

3719 **7.16 Fernwärmenetz entwickeln**

3720 Deutschland braucht einen Modernisierungsschub, um international mithalten zu können. Industrie
3721 und Gewerbe müssen ihre Anlagen modernisieren und das ist auch im Privatleben notwendig. Dabei
3722 ist die Stadtverwaltung gesetzlich verpflichtet, durch eine gute Planung der Wärmeversorgung die
3723 Menschen zu unterstützen. Der städtisch kontrollierten Rheinenergie, kommt dabei durch das
3724 Angebot an Nah- und Fernwärme, von Strom (für dezentrale Lösungen wie Wärmepumpen) und
3725 von Gas mit einem kontinuierlich bis 100% steigenden Anteil von Wasserstoff eine wichtige Rolle
3726 zu.

3727 **7.17 Masterplan Grün zur Stärkung des Grüngürtels umsetzen**

3728 Ohne frische Luft wird gesundes Leben in der Innenstadt extrem schwer. Gesunde Erwachsene
3729 kommen mit Hitze und belasteter Luft relativ gut zurecht. Kranke, sehr junge und alte Menschen
3730 dagegen haben damit Probleme. Deshalb respektiert die FDP bei der Stadtplanung die Wege der
3731 frischen Luft in die Stadt. Die Frischluftschneisen der regionalen Klimavorsorgestrategie müssen
3732 im Regionalplan, in Flächennutzungsplänen und Bebauungsplänen gesichert werden. Der
3733 Grüngürtel muss erhalten und im Norden und Osten entsprechend dem Masterplan Grüngürtel von
3734 2012 entwickelt werden. Eingriffe sind im Kölner Gesamtsystem zu kompensieren, eine räumliche
3735 Nähe zum Eingriff hat für uns gegenüber anderen Zielen (Frischluft, Biotopvernetzung, Erholung)
3736 bei der Kompensation von Eingriffen geringere Priorität.

3737 **7.18 Tieren in Köln eine Heimat geben**

3738 Die wachsende Stadt muss auch den Lebensraum von Wildtieren berücksichtigen. Wenn dieser
3739 Raum reduziert wird, muss dies kompensiert werden. Gleichzeitig müssen die Menschen in Köln
3740 genug Platz für ihre Haustiere haben; die Freilaufflächen für Hunde müssen erhalten bleiben.
3741 Tierheime brauchen kontinuierliche Unterstützung und stabile Rahmenbedingungen. Wir halten ein
3742 drittes Tierheim in privater Trägerschaft, unterstützt durch die Stadt, für unausweichlich.

3743 Wir möchten die Finanzierung der Kölner Tierheime sichern, indem die Stadt Köln eine
3744 Bezuschussung in die langfristige Finanzplanung aufnimmt. Zudem fordern wir eine Befreiung von
3745 der Hundesteuer für Bürgerinnen und Bürger, die Hunde aus dem Tierheim adoptieren.

3746 Um der Taubenproblematik Herr zu werden, wünschen wir uns die Ausweitung von betreuten
3747 Taubenschlägen, wie z.B. an der KVB-Haltestelle Hansaring, um so nachhaltig und langfristig die
3748 Taubenüberpopulation zu reduzieren.

3749 Bei städtischen Begrünungsprojekten soll besonders auf die Anpflanzung von Wildblumen geachtet
3750 werden, um dem Insektensterben entgegen zu wirken.

3751 **7.19 Artenvielfalt erhalten**

3752 Wir kennen das Problem von Neophyten und Neozoen, also nicht heimischer Tier- und
3753 Pflanzenarten, die sich in unserer Stadt ausbreiten. Wir wollen eine städtische Strategie zum Schutz
3754 der heimischen Arten, die den Artenschutz für nicht-heimische Tier- und Pflanzenarten beachtet.

3755 **7.20 Verstärkte Umweltbildung anstelle von Verboten**

3756 Der bereits beschränkte Zugang zu Naturschutzgebieten wird durch die Ordnungsbehörden unter
3757 dem Vorwand des Naturschutzes zunehmend untersagt. Ordnungsbehördliche Kontrollen
3758 verderben vielen Ausflüglern grundlos ihr Naturvergnügen. Die Naturbegeisterung für Rhein,
3759 Königsforst und Co. sollte jedoch durch die zielgerichtete Aufklärungsarbeit der Verwaltung
3760 gefördert werden. Rücksichtnahme und Naturschutz aus Einsicht sind besser als Verbote.
3761 Kontrollen mit Zugangsverboten zu Naturschutzgebieten sind im Hinblick auf die Umwelt-
3762 Sensibilisierung nicht zielführend. Das Recht auf Naturgenuss soll durch verstärkte Umweltbildung
3763 vor Ort erhalten bleiben, digitale Lernmethoden in der Natur müssen von Uni-Pilotversuchen zur
3764 Normalität werden.

3765 **7.21 Abwasser**

3766 In Köln gibt es ein großes Potential für die Wärmegewinnung aus Abwasser. Dieses wollen wir
3767 anhand der Potentialkarte der Stadtentwässerungsbetriebe (STEB) heben. Diese Möglichkeit muss
3768 auch Bauherren und Eigentümern in Köln bekannt und nutzbar gemacht werden, um unsere
3769 bestehenden Ressourcen nachhaltiger zu nutzen.

3770

3771 **7.11 Greenbonds - Klimaschutz braucht Geld**

3772 Greenbonds sind eine marktwirtschaftliche Finanzierungsoption, die eine nachhaltige
3773 Transformation der Stadt in Richtung Klimaneutralität unterstützt. Auf Initiative der FDP wurde
3774 Anfang 2024 der erste Greenbond in Köln mit 150 Mio. Euro extra für den Klimaschutz aufgelegt.
3775 Greenbonds können als Schuldscheinverschreibungen an institutionelle Anleger bzw. Anleihen in
3776 kleineren Stücken sein. Anders als bei Kommunalkrediten besitzen diese Finanzierungsoptionen
3777 einen festen Zinssatz und geben für die mittelfristige Finanzplanung eine wichtige
3778 Planungssicherheit. Durch die große Nachfrage bei Kapitalanlegern bei kommunalen Greenbonds
3779 kann die Schuldverschreibung/Anleihe mit einer Verzinsung unter dem Marktzins aufgelegt
3780 werden. Damit ist die Kapitalaufnahme günstiger als beim Kommunalkredit.

3781 **7.23 Entsiegelung der Stadt vorantreiben**

3782 Wir fordern Unterstützung für Eigentümer von Privatgrundstücken, um Entsiegelungsprojekte
3783 durchzuführen und somit zur Verbesserung der ökologischen Qualität und zur Reduzierung von
3784 Überflutungsrisiken beizutragen. Dies könnte durch finanzielle Zuschüsse, steuerliche Anreize oder
3785 technische Beratung erfolgen, um die Umwandlung von versiegelten Flächen in grüne und
3786 durchlässige Bereiche zu fördern.

3787 **7.24 Aus der Ahrtal-Katastrophe lernen - Wege zur Schwammstadt**

3788 Starkregenereignisse werden häufiger aufgrund des Klimawandels. Neben dem klassischen
3789 Klimaschutz braucht es daher auch eine klimaangepasste Infrastruktur und damit eine schnelle
3790 Umsetzung von Maßnahmen im Rahmen der Schwammstadt-Strategie, die darauf abzielen, urbane
3791 Räume widerstandsfähiger gegenüber Starkregen und Überschwemmungen zu machen:

- 3792 1. **Integration von Schwammstadt-Konzepten in die Stadtplanung:** Die Stadtverwaltung sollte
3793 die Integration von Schwammstadt-Konzepten in die städtebauliche Planung verpflichtend
3794 machen, um die Versickerung von Regenwasser zu fördern und Überschwemmungen zu
3795 reduzieren.
- 3796 2. **Ausbau von Grünflächen und Versickerungsflächen:** Forderung nach verstärktem Ausbau
3797 von Grünflächen, Parks und Versickerungsflächen, um Regenwasser auf natürliche Weise
3798 zurückzuhalten und abzuleiten.
- 3799 3. **Anpassung von Infrastruktur und Gebäuden:** Forderung nach der Anpassung von Straßen,
3800 Gehwegen, Gebäuden und anderen Infrastrukturen, um Regenwasser zu absorbieren und
3801 zu speichern, z.B. durch die Integration von begrünten Dächern, Regenwasserspeichern und
3802 durchlässigen Belägen.
- 3803 4. **Schaffung von Schwammstadt-Netzwerken:** Forderung nach der Schaffung von
3804 Schwammstadt-Netzwerken, die verschiedene Stadtteile miteinander verbinden und den
3805 natürlichen Wasserkreislauf fördern, um die Auswirkungen von Starkregenereignissen auf
3806 die gesamte Stadt zu reduzieren.
- 3807 5. **Anlage von weiteren Retentionsräumen,** bei denen gezielt geflutet werden kann, um
3808 Überschwemmungen zu verhindern oder abzumildern.
- 3809 6. **Bürgerbeteiligung und Sensibilisierung:** Forderung nach verstärkter Bürgerbeteiligung und
3810 Sensibilisierungskampagnen, um das Bewusstsein für die Bedeutung von Schwammstadt-
3811 Maßnahmen zu stärken und die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an entsprechenden
3812 Projekten zu fördern.

3813 **7.25 Sommer in der Stadt - gewappnet gegen Hitzeinseln**

3814 Um die Hitze im Sommer zu reduzieren und ihre negativen Auswirkungen auf die Gesundheit, das
3815 Wohlbefinden und die Umwelt zu minimieren, braucht es einen Maßnahmenkatalog gegen
3816 Hitzeinseln:

- 3817 1. Identifikation von Hitzeinseln durch KI und Durchführung eines Pilotprojekts mit der TH Köln
3818 und privaten Investoren in Kalk als besonders von Hitze betroffenen Veedel.
- 3819 2. **insgesamte Erhöhung des Grünanteils:** Durch die Schaffung von Parks, Grünflächen,
3820 Baumpflanzungen und begrünten Dächern kann die Oberflächentemperatur gesenkt und das
3821 Mikroklima verbessert werden, indem Grünflächen Feuchtigkeit verdunsten und Schatten
3822 spenden.
- 3823 3. **Verbesserung der Gebäudeeffizienz von städtischen Gebäuden:** Durch die Verwendung
3824 von hochreflektierenden Materialien für Gebäudefassaden und Dächer, die Installation von
3825 Dachbegrünungen, die Verbesserung der Wärmedämmung und den Einsatz von
3826 Sonnenschutzvorrichtungen kann die Gebäudehitze reduziert werden.
- 3827 4. **Luftdurchlässigkeit und Versickerung:** Es braucht mehr durchlässige Oberflächen und
3828 Versickerungsflächen, wie durchlässige Pflasterungen und
3829 Regenwasserversickerungsanlagen in der Stadt. Wir wollen vor allen Dingen private
3830 Eigenheimbesitzer durch einen Anreiz motivieren, etwa ihre Vorgärten zu entsiegeln.
- 3831 5. **Blaue Infrastruktur - mehr Wasserelemente und -flächen:** Die Schaffung von
3832 Wasserflächen, wie Brunnen, Teiche und künstliche Seen, sieht nicht nur gut aus.
3833 Wasserflächen können die Lufttemperatur durch Verdunstung senken und die städtische
3834 Umgebung abkühlen. In Fußgängerzonen wollen wir durch Nebelsprühanlagen wie in Wien
3835 im Sommer für Abkühlung sorgen. Auch wollen wir etwa überprüfen lassen, ob etwa die
3836 Strunde in Köln-Mülheim oder auch andere Bäche in Köln freigelegt werden können.
- 3837 6. **Sensibilisierung für die Gefahren von Hitze:** Die Sensibilisierung der Bürgerinnen und
3838 Bürger für die Auswirkungen von Hitze in städtischen Gebieten und die Förderung von
3839 Maßnahmen zur Anpassung an extreme Hitzeereignisse, wie die Einrichtung von Hitze-
3840 Warnsystemen und die Schaffung von öffentlichen Kühlzentren, ist von entscheidender
3841 Bedeutung, um Hitzetote zu vermeiden.

3842 **7.26 Netzausbau vorantreiben**

3843 Um eine Dekarbonisierung in allen Bereichen der Stadt zu ermöglichen, sind moderne und
3844 leistungsfähige Energienetze notwendig. Dafür muss das Netz ausgebaut und digitalisiert werden.
3845 Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt sich als Konzessionsgeber, Mehrheitseigentümer des
3846 Netzbetreibers und Genehmigungsbehörde dafür einsetzt, dass der Netzausbau gemäß dem
3847 **überragenden öffentlichen Interesse umgesetzt wird. Hierfür soll schnellstmöglich und vor der dem**
3848 **Verbot auf die Errichtung neuer SF6-Anlagen in der Mittelspannung verzichtet werden.**

3849 **7.3. Verkehr**

3850 **7.3.1 ÖPNV**

3851 **7.3.1.1 Die FDP ist DIE U-Bahn Partei - Ost-West-Achse in den Tunnel**

3852 Eine Metropole braucht einen entsprechenden ÖPNV. Wir fordern als einzige konsequent seit 15
3853 Jahren, die Ost-West-Achse zu untertunneln.

3854 Insbesondere die Linie 1 der KVB ist zu Stoßzeiten überfüllt. Es werden dringend mehr
3855 Transportkapazitäten benötigt. Da auf der Strecke zwischen Heumarkt und Neumarkt aber nicht nur
3856 die 1, sondern auch die 7 und 9 verkehren, fährt dort heute schon alle zwei Minuten eine Bahn in
3857 jede Richtung – insgesamt jede Minute eine. Kürzere Taktzeiten sind damit nicht möglich. Daher
3858 fordern wir, die Schienen der KVB vom Heumarkt bis Melaten unterirdisch zu führen.

3859 Trotzdem muss der Blick über den Innenstadt-Tellerrand hinaus geworfen werden: So schafft eine
3860 direkte Verbindung des Frechener Astes an die Ost-West-Achse durch einen Tunnel unter der
3861 Dürener Straße eine massive Verbesserung des ÖPNV-Angebotes in Frechen und bei einer
3862 möglichen Verlängerung der Strecke bis nach Kerpen.

3863 Ohne einen verlässlichen ÖPNV ist eine Verkehrswende nicht möglich. Unsere Vision für den
3864 ÖPNV: Jede Person in Köln soll innerhalb von 5 Minuten einen Anschluss an den ÖPNV hat.

3865 Durch das erfolgreiche 49 Euro Ticket ist der ÖPNV eine günstige Alternative zum PKW geworden.
3866 Doch von dieser müssen auch alle profitieren können, nicht nur die Bewohnerinnen und Bewohner
3867 der innerstädtischen Bezirke.

3868 **7.3.1.2 Die Verkehrswende braucht mehr Schiene - Ausbau des ÖPNV hat Priorität**

3869 In den letzten 5 Jahren sind 0 km KVB-Schiene dazukommen, in den letzten 10 Jahren gerade
3870 einmal 600 m. Die KVB wird täglich von vielen Menschen als Hauptmobilitätsmittel genutzt. Wenn
3871 wir uns wünschen, dass noch mehr Menschen den ÖPNV nutzen, müssen wir auch so ehrlich sein
3872 und benennen, dass dieser an seine Kapazitätsgrenzen kommt. Es braucht daher einen weiteren
3873 Ausbau des vorhandenen Angebots. Um die Flexibilität und Kapazität der bestehenden Strecken
3874 Infrastruktur zu erhöhen, sollen die bestehenden Zugsicherung von festen Raumabständen zu
3875 wandernden Raumabständen geändert werden.

3876 **7.3.1.3 Weiterer Ausbau des Streckennetzes - vor allen Dingen für Außenbezirke**

3877 Dass aufgrund fehlender finanzieller Mittel keine weiten Ausbauprojekte in den nächsten 5 bis 10
3878 Jahren geplant werden könnten, sehen wir sehr kritisch. Vor allen Dingen den Außenbezirken wird
3879 teilweise seit Jahrzehnten eine Anbindung versprochen. Wir erwarten, dass weitere Ausbauprojekte
3880 geplant werden, damit, wenn Land und Bund Fördermittel zur Verfügung stellen, wir bereits

3881 Planungen in der Schublade haben und nicht wie in der Vergangenheit Fördermittel z.B. nach
3882 Hamburg und München gehen und wir leer ausgehen.

3883 **7.3.1.4 Städteübergreifenden Verkehr ausweiten - mehr Zusammenarbeit mit umliegenden**
3884 **Kommunen**

3885 Kölns Staus beruhen unter anderem auch auf der Masse an Fahrzeugen, die täglich nach Köln
3886 pendeln. Damit auch für diesen Personenkreis der Umstieg auf den ÖPNV attraktiv wird, dürfen die
3887 Bahnen der KVB nicht an der Stadtgrenze Kölns enden. Wir wünschen uns mehr Zusammenarbeit
3888 mit den umliegenden Kommunen. Dies würde auch den Druck auf den Kölner Wohnungsmarkt
3889 senken.

3890 **7.3.1.5 Attraktivität der Haltestellen**

3891 Wir fordern die Schaffung attraktiver Haltestellen im öffentlichen Nahverkehr, um mehr Menschen
3892 für die Nutzung des ÖPNV zu gewinnen. Dies umfasst die Gestaltung von Haltestellen mit moderner
3893 Infrastruktur, angenehmen Wartebedingungen, guter Anbindung und barrierefreiem Zugang.

3894 **7.3.1.6 Sicherheit im ÖPNV**

3895 Einer der Gründe, warum z.B. ältere Personen, Frauen oder queere Menschen den ÖPNV meiden,
3896 ist das Thema Sicherheit. Wir fordern daher:

- 3897 1. die Einführung von Technologien zur Prävention von Vandalismus und Gewalt in öffentlichen
3898 Verkehrsmitteln, wie z.B. die Entwicklung von Apps für mobile Endgeräte, die es Fahrgästen
3899 ermöglichen, schnell und einfach verdächtige oder gefährliche Situationen zu melden und
3900 Hilfe anzufordern.
- 3901 2. die Erhöhung der Präsenz von Sicherheitspersonal in Bussen, Bahnen und an Haltestellen
3902 sowie verstärkte Zusammenarbeit mit der Polizei zur Durchsetzung von
3903 Sicherheitsmaßnahmen etwa an den Haltestellen Neumarkt, Ebertplatz und Appellhofplatz.
- 3904 3. die Implementierung von innovativen Beleuchtungskonzepten und Designelementen an
3905 Haltestellen und in Fahrzeugen, um das Sicherheitsgefühl der Fahrgäste zu verbessern und
3906 potenzielle Gefahrensituationen zu minimieren.

3907 **7.3.1.7 Barrierefreiheit im ÖPNV**

3908 Alle Haltestellen für Hochflurbahnen, die bisher nicht barrierefrei sind, müssen in Zukunft
3909 barrierefrei werden. An wichtigen U- und S-Bahn-Stationen müssen beschleunigt Aufzüge eingebaut
3910 werden.

3911 **7.3.1.8 Massiven Ausfall von Bussen und Bahnen beseitigen**

3912 Der Hauptgrund für ausfallende Verbindungen im ÖPNV ist die schlechte Personalsituation der KVB.
3913 Wir fordern eine breiter aufgestellte Personalstrategie. Die KVB sollen sowohl Studierende als auch
3914 Geflüchtete verstärkt in ihre Personalplanung aufnehmen.

3915 Wir fordern eine verbesserte Notfallplanung und -kommunikation seitens der
3916 Verkehrsunternehmen, um auf Ausfälle von Bahnen und Bussen effektiv zu reagieren. Dies
3917 beinhaltet die rechtzeitige Benachrichtigung der Fahrgäste über Ausfälle, die Bereitstellung von
3918 Ersatzverkehr und alternativen Routen sowie die regelmäßige Wartung und Instandhaltung von
3919 Fahrzeugen und Infrastruktur, um Ausfälle zu minimieren.

3920 **7.3.2 Fahrrad**

3921 **7.3.2.1 Fahrradschnellstraßen wie in Kopenhagen - Schnell und sicher**

3922 Wir wollen ein geschlossenes Radwegesystem und speziell ausgewiesene Routen für den
3923 Fahrradverkehr, die darauf ausgelegt sind, eine schnelle, sichere und effiziente Fahrt für den
3924 Radverkehr zu ermöglichen.

3925 Diese Routen sollen in der Regel durch bauliche Maßnahmen wie breite Radwege, getrennte
3926 Fahrspuren für Fahrräder und Fußgängerinnen und Fußgänger, wenige Kreuzungen mit dem
3927 Autoverkehr sowie Vorfahrtsregelungen den Fahrradverkehr priorisieren. Dies soll die Nutzung des
3928 Fahrrads auch sicherer machen.

3929 **7.3.2.2 Mehr Fahrradabstellflächen - weniger Fahrradleichen**

3930 Es soll bedarfsorientiert eine größere Anzahl an Radabstellanlagen und Fahrradständern im
3931 gesamten Stadtgebiet errichtet werden, nicht ausschließlich an U-Bahn-Haltestellen.

3932 Zudem wollen wir die Fahrradnutzung durch sichere Abstellmöglichkeiten, z.B. durch die Schaffung
3933 von überdachten Fahrradparkplätzen, die vor Witterungseinflüssen schützen, fördern.

3934 Hierzu braucht es aber auch eine regelmäßige Überwachung und Entfernung von Fahrrädern, die
3935 offensichtlich verlassen oder beschädigt sind, um Platz für aktive Nutzerinnen und Nutzer
3936 freizugeben.

3937 **7.3.2.3 Mehr Bike-Sharing Anlagen**

3938 Die FDP fordert den Bau von Bike & Ride-Stationen sowie von Fahrradparkhäusern an Bahnhöfen,
3939 gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit privaten Investoren oder der Deutschen Bahn.

3940 Das Angebot an Leihfahrrädern durch die KVB soll auf die gesamte Stadt Köln ausgeweitet werden.
3941 Hierzu wünschen wir uns eine Mindestanzahl an Bikesharing Stationen für jeden Stadtbezirk - es
3942 braucht insbesondere mehr Stationen in den Randbereichen (in den nicht-flexiblen Zonen), um ein
3943 Umsteigen zwischen den nachhaltigen Verkehrsmöglichkeiten so einfach wie möglich zu machen.

3944 **7.3.3 Fußgängerinnen und Fußgänger**

3945 Fußgänger sind die vulnerabelste Gruppe im Straßenverkehr und dürfen - vor allen Dingen mit
3946 Hinblick auf die alternde Gesellschaft - nicht vergessen werden.

3947 **Integration von Fußgängerbelangen in Stadtplanung und Verkehrspolitik:** Wir fordern eine
3948 verstärkte Berücksichtigung von Fußgängerbelangen in Stadt und Verkehrsplanung, um die
3949 Bedürfnisse von Fußgängerinnen und Fußgängern besser zu berücksichtigen und ihre Mobilität zu
3950 fördern.

3951 Wir fordern für die Sicherheit von Fußgängerinnen und Fußgängern:

- 3952 1. Installation von Beleuchtung an Fußgängerüberwegen und in Fußgängerzonen und Parks,
3953 um die Sichtbarkeit von Fußgängerinnen und Fußgängern bei schlechten Lichtverhältnissen
3954 zu verbessern.
- 3955 2. Flächendeckenden Einsatz von Technologien wie Fußgängerampeln mit akustischen
3956 Signalen für Sehbehinderte und taktilen Bodenmarkierungen an gefährlichen Stellen, um
3957 Fußgängern bei der sicheren Überquerung der Straße zu helfen.
- 3958 3. Integration von Fußgängersicherheit in die städtebauliche Planung, um Fußgängerzonen zu
3959 schaffen und die Wege zwischen Wohngebieten, Schulen, Geschäften und öffentlichen
3960 Verkehrsmitteln sicherer zu gestalten. Ein solches Beispiel sind z.B. die Schulstraßen und
3961 mehr Verkehrsinseln.
- 3962 4. Die Durchführung von regelmäßigen Verkehrskontrollen und Durchsetzung von
3963 Verkehrsregeln, um sicherzustellen, dass PKW- und Fahrradfahrerinnen und -fahrer die
3964 Vorrangregeln für Fußgängerinnen und Fußgänger respektieren und Fußgängerwege frei
3965 von Hindernissen sind.
- 3966 5. Wenn möglich eine bauliche Trennung von Fahrrad- und Fußgängerverkehr.
- 3967 6. Eine Lösung für die Mindestwegbreite und die Außengastronomie: Es ist wichtig, dass
3968 die Sicherheit und Barrierefreiheit für Fußgängerinnen und Fußgänger gewährleistet ist und
3969 dass die Interessen der Anwohnerinnen und Anwohner, Geschäfte und der lokalen
3970 Gemeinschaft insgesamt berücksichtigt werden. Wir wünschen uns allerdings flexible
3971 Lösungen, um etwa beengte Situationen wie auf der Aachener Straße im Belgischen Viertel
3972 für alle Beteiligten fair zu gestalten.

3973 **7.3.4 Nachhaltige individuelle Mobilität**

3974 **7.3.4.1 Mehr Lademöglichkeiten für E-Autos**

- 3975 - **Kooperationen mit Unternehmen:** Die Stadt soll verstärkt mit Unternehmen
3976 kooperieren, um deren Parkplätze für die Installation von Ladesäulen zur Verfügung zu
3977 stellen. Dies gilt sowohl für öffentliche Parkplätze als auch für Parkplätze von

3978 Unternehmen. So können Flächen, die insbesondere nachts brach liegen, sinnvoll
3979 genutzt werden.

3980 - **Bessere Koordinierung und Planung:** Köln soll eine koordinierte und langfristige
3981 Planung für den Ausbau der Ladeinfrastruktur entwickeln, um eine effiziente Nutzung
3982 der Ressourcen sicherzustellen und Engpässe zu vermeiden. Hierdurch sollen geplante
3983 Ladestellen auch schneller genehmigt werden.

3984 - Innovative Ladeinfrastruktur wie beispielsweise Ladebordsteine oder Ladelaternen
3985 können Ladeinfrastruktur ermöglichen mit weniger Platzbedarf als herkömmliche
3986 Ladesäulen.

3987 **7.3.4.2 Vertrieb von Wasserstoff**

3988 Die Stadtwerke Köln sollen sich um den Vertrieb von überschüssigem Wasserstoff für den Betrieb
3989 von schweren Nutzfahrzeugen (Busse, Müllfahrzeuge, Lokomotiven der HGK) kümmern

3990 **7.3.4.3 ParkPilot - smartes Parkleitsystem stadtwweit ausrollen**

3991 - Durch den Einsatz des 'ParkPilot' wird unnötiger Verkehr aufgrund der Parkplatzsuche
3992 reduziert, der Schadstoffausstoß verringert und dadurch die Energieeffizienz und
3993 Lebensqualität in der Stadt gesteigert. Auch die Anwohnerinnen und Anwohner
3994 profitieren von einer entspannteren Verkehrssituation.

3995 - Wir wollen das System stadtwweit ausrollen und an die Laternenmasten bringen, damit
3996 in ganz Köln durch die angebrachten LED-Displays in Echtzeit zum nächsten Parkplatz
3997 gelotst werden können.

3998 **7.3.4.4 KVB ISI beibehalten und ausbauen** - Nachtverkehr bedarfsgerecht gestalten

3999 - Die Stadt soll das On-Demand-Systeme ISI für den öffentlichen Nahverkehr beibehalten
4000 und sobald die finanzielle Möglichkeit besteht auch ausbauen.

4001 - Die KVB soll ein intelligentes Nachtkonzept einführen, welches allen - von Berufstätigen
4002 bis hin zu Partygängern - auch nachts einen sicheren Transport ermöglicht So wollen
4003 wir insbesondere die Nachfrage nachts oder am Wochenende bedienen, wenn die
4004 Nachfrage für Busse nicht ausreicht.

4005 **7.4 Nachhaltig Bauen – liberale Strategien für den Kölner Wohnungsmarkt**

4006 Die Kölner Liberalen erkennen das große Spannungsfeld zwischen Wohnraummangel und dem
4007 Erhalt von Freiflächen als Frischluftschneisen und Stadtgrün an. Auch das Ziel, möglichst

4008 kostengünstig zu bauen, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, steht im Konflikt mit der Idee,
4009 vermehrt nachhaltige Materialien und Bauweisen zu nutzen.

4010 Beim Thema Wohnen scheint Köln vor einem unlösbaren Dilemma zu stehen. Dennoch nehmen wir
4011 uns der Aufgabe an, als Partei der Mitte auch einen Mittelweg bei der Frage einer nachhaltigen
4012 Wohnungsbaupolitik zu finden. In dieser ideologisch verhärteten Debatte wollen wir pragmatische
4013 Lösungen anbieten.

4014 **7.4.1 Flächenschonendes Bauen - Bauen in die Höhe**

4015 Im Vergleich mit anderen Metropolen erscheint Köln eher niedrig gebaut. Köln hat derzeit nur neun
4016 Gebäude, die die Hundertmetermarke überschreiten, davon nur zwei, der Kölnturm im Mediapark
4017 und das KölnTriangle in Deutz, aus diesem Jahrtausend. In vier der Kölner Ü100-Hochhäuser wird
4018 gewohnt, die weiteren, darunter auch die beiden Jüngsten, sind reine Bürobauten. Köln tut sich
4019 traditionell schwer mit Hochhäusern und in den letzten 30 Jahren waren Investitionen in
4020 Hochhausprojekte unattraktiv. Doch Wohnhochhäuser könnten in der Frage des nachhaltigen
4021 Wohnens eine Schlüsselkomponente sein: Klimaangepasstheit, Energieeffizienz sowie
4022 Flächenschonung lassen sich in dieser Bauform am leichtesten realisieren.

4023 Daher braucht es ein verbindliches und verlässliches Hochhauskonzept für die gesamte Stadt, um
4024 die politische Entscheidungsfindung und die Planungsprozesse erheblich zu vereinfachen und zu
4025 beschleunigen. Dieses Konzept soll dabei nicht nur die Innenstadt und den äußersten Stadtrand in
4026 Neubaugebieten betreffen, sondern auch in Gebieten mit mittelhoher Bebauung Anwendung finden.
4027 Zudem stehen wir der Idee, einen Hochhausring außerhalb der Dompufferzone zu realisieren, sehr
4028 positiv gegenüber.

4029

4030

4031 **7.4.2 Nachverdichtung**

4032 Für die aktuellen Herausforderungen auf dem Wohnungsmarkt gibt es wohl keine nachhaltigere
4033 Antwort als die Bestandsnutzung von Gebäuden. Nachverdichtung und Nutzung des Bestands
4034 spielen in Zukunft also eine wichtige Rolle. KI ermöglicht das Aufdecken von Grundstücken und
4035 Gebäuden mit Nachverdichtungspotenzial.

4036 Am Anfang steht dabei die Analyse des Bestandes an Flächen. Jedoch darf die Stadt dabei nicht nur
4037 unbebautes kommunales Eigentum in Betracht ziehen, sondern bestehende Flächen, die kaum
4038 bebaut, eingeschossig oder ungenutzt sind, besonders berücksichtigen.

4039 Durch dieses Flächenrecycling können bestehende Flächen höher ausgelastet werden.
4040 Grundsätzlich ist der Wohnraumdruck so hoch, dass die Stadt die Anreize für die Privatwirtschaft
4041 und private Eigentümerinnen und Eigentümer massiv ausbauen und erhöhen muss. Wir halten die
4042 Vergabe von Bauland ausschließlich auf Basis von Erbpachtverträgen jedoch für falsch und ein
4043 großes Investitionshemmnis.

4044 Neben unseren bestehenden Forderungen zum Baulückenschluss muss, wo möglich, aufgestockt
4045 werden. Auf Kölner Dachböden und Flachdächern besteht ungenutztes Bauland.

4046 Jene Flachdächer, welche nicht für Aufstockung geeignet sind, sollen jedoch mit
4047 Photovoltaikanlagen und/oder Dachbegrünung versehen werden. Hierzu muss die Stadt die
4048 Förderung und Beratung viel breiter aufstellen.

4049 Nach dem Vorbild von Wirtschaftsförderung und Start-Up-Centern soll die Stadt die Stabsstelle für
4050 Wohnungsbau deutlich ausbauen und vor allem in dem Bereich Dachausbauten, Aufstockungen etc.
4051 verstärken, durch sämtliche nötige Behördengänge führen, um Privaten auch kleine
4052 Wohnbauprojekte schnell und unbürokratisch zu ermöglichen. Hierdurch erhoffen wir uns vor allen
4053 Dingen im Bereich der Aufstockungen neue Potenziale zu erschließen. Wir setzen uns aktiv in der
4054 Bundesregierung dafür ein, Förderprogramme für kleinere Aufstockungsprojekte zu etablieren. Die
4055 bereits durch die FDP durchgesetzte qualitative Bauberatung muss auf alle Wohnbauprojekte
4056 unabhängig von der Größe ausgeweitet werden. Die Bauaufsicht soll v.a. in § 34 Baugesetzbuch
4057 eher zugunsten des Antragstellers bzw. neuen Wohnraums denken.

4058 **7.4.3 Ökologische Flächennutzung**

4059 Neben der bereits von uns beschlossenen ökologischen Baulandanalyse und geänderten
4060 Kompensationsflächenauswahl müssen wir feststellen, dass die Planung von weiteren neuen
4061 Stadtteilen auf der „Grünen Wiese“ nicht mehr mit dem Stadtklima vereinbar ist. Deswegen müssen
4062 den vorgenannten Maßnahmen höchste Priorität eingeräumt werden.

4063 Neubausiedlungen, die überwiegend mit Ein- und Zweifamilienhäusern beplant werden, stehen einer
4064 verantwortungsvollen Städteplanung entgegen. Wir wollen neue Wohnraumgebiete auch effizient
4065 beplanen, indem eine sozialdurchmischte, hochgradige Verdichtung angestrebt wird. Besonders
4066 sollte der Aspekt des suffizienten Wohnens, also der Schaffung und Nutzung von passgenauen
4067 Angeboten (z.B. Wohnen auf kleinem Raum für Senioren und junge Menschen in Ausbildung)
4068 berücksichtigt werden.

4069 Eine Aufwertung von alten Industrieflächen, wie des von der FDP lang geforderten Deutzer Hafens,
4070 sind jedoch gute Beispiele, wie ungenutzter städtischer Raum dem Wohnungsbau zugutekommen
4071 kann. Wobei wir die soziale Durchmischung dieser neuen Stadtteile durch einen Anteil an öffentlich
4072 geförderten Wohnungsbau ausdrücklich begrüßen.

4073 Besonders ökologisch ist die hybride Nutzung von Gebäuden. Bei Neubau- und Sanierungsprojekten
4074 soll Mischnutzung zwischen Wohnen und Gewerbe oder Kultur sowie Tag-/Nachtnutzung oder in
4075 Form von Multifunktionsgebäuden eingeplant werden. Zudem befürworten wir flexible
4076 Umwidmungsmöglichkeiten, um nicht genutzte Bürogebäude etwa in Wohnraum
4077 umzufunktionieren.

4078 Ineffiziente Nutzungen von Flächen müssen der Vergangenheit angehören. Besonders
4079 eingeschossige Gewerbebauten in nicht-integrierten Einzellagen, wie etwa bei Supermarktketten
4080 üblich, sollen in Köln nicht mehr genehmigt werden. Dementsprechend müssen auch
4081 Bebauungspläne überarbeitet werden.

4082 Zudem muss die Einrichtung von Retentionsflächen in Bauvorgaben für private wie öffentliche
4083 Flächen gefordert und Maßnahmen wie Entsiegelung finanziell gefördert werden.

4084 **7.4.4 Digitalisierung und Bauen**

4085 Als Digitalisierungspartei ist den Kölner Freien Demokraten klar, dass eine nachhaltige Stadt
4086 zwangsläufig smart sein muss. Früher klar getrennte ‚Ökosysteme‘ wie Mobilität, Wärme und Strom
4087 müssen miteinander verschmolzen werden. Hierbei muss die Stadt durch Pilotprojekte, bestenfalls
4088 in Kooperation mit den Kölner Hochschulen, Vorreiterin werden.

4089 Wir fordern ein Sonderprogramm Digitalisierung des Bauamtes als primär zu digitalisierendes Amt.
4090 Die digitale Bauakte soll schnellstmöglich auf alle Bauvorhaben ausgerollt werden.

4091 **7.4.5 Günstigeres Bauen**

4092 Wir fordern die Etablierung eines Baukosten-TÜVs. Dabei sollen neue und bestehende Regelungen
4093 einer Kosten-Nutzen-Analyse unterworfen werden. Dadurch können ineffiziente Vorgaben entfallen.
4094 Besonders relevant sind Sonderregelungen mit hohem Verwaltungsaufwand, die de facto kaum
4095 Anwendungsfälle finden. Besonders gilt dies für Kölner Sonderregeln, die bestehende europäische
4096 und deutsche Gesetzgebung zusätzlich verschärfen.

4097 Wir fordern auch für größere Baugebiete serielles Bauen mit Holz. Dazu müssen die hohen
4098 Baustandards auf Landes- und Bundesebene angepasst werden, besonders in Bezug auf den
4099 Geschosswohnungsbau.

4100 **7.4.6 Lebenswerte Veedel für alle**

4101 Soziale Mischung lässt sich am einfachsten im Neubau auf der „grünen Wiese“ oder auch auf
4102 Stadtbrachen verwirklichen. Vor allen Dingen letztere Flächen muss Köln dementsprechend
4103 entwickeln (lassen). Dabei fehlen in deutschen Großstädten insbesondere günstige Appartements

4104 unter 45 qm. Städtisches Bauland darf in Köln nicht weiterhin nur an Höchstbietende vergeben
4105 werden, die an den Bedürfnissen Kölns vorbeiplanen.

4106 **7.4.7 Schnelleres Bauen**

4107 Auch die Stadtverwaltung selbst muss verbindliche Vorgaben und Ziele für ihr eigenes Handeln
4108 ausgeben, die mehr als bloße Lippenbekenntnisse sind. Die Verwaltung muss sich selbst
4109 verpflichten, eine bestimmte Anzahl an Baugenehmigungen pro Jahr zu erteilen, statt sich zu
4110 rühmen, wie viele Bauanträge in Quartieren mit sog. Milieuschutzsatzung abgelehnt wurden. Zudem
4111 soll die Stadt sich, ähnlich wie in Hamburg, verpflichten, eine Mindestanzahl an Wohnungen pro
4112 Jahr fertigzustellen.

4113 **7.4.8 Lebensqualität und Wohnen**

4114 Eine moderne und nachhaltige Stadt besteht nicht aus Innenstadt und umgebenden Schlafstädten,
4115 sondern muss eine Mischung aus gesellschaftlichem Leben und guter Anbindung an Bildungs-,
4116 Gesundheits-, Mobilitäts- und Kulturangebote sein. Durch Bebauungspläne sollen auch kulturelle
4117 Nutzungen gesichert werden. Daher ist er ein wichtiges Instrument der nachhaltigen
4118 Quartiersentwicklung, der Raum für verschiedenste Nutzungen vorsehen kann, wie Freifeierflächen,
4119 Dachgärten/Urban Gardening.

4120 Auch ein attraktives ÖPNV-Angebot trägt zu einer lebenswerten Stadt bei, da dieser Menschen in
4121 allen Lebenslagen Mobilität ermöglicht. Perspektivisch treten wir beispielsweise dafür ein, dass
4122 jeder Haushalt innerhalb von 500 m eine Anbindung an den ÖPNV hat.

4123 Sogenannte Hitzeinseln senken im Sommer nicht nur die Lebensqualität aller Bürgerinnen und
4124 Bürger, sondern stellen auch eine gesundheitliche Gefahr für vulnerable Gruppen dar. Abhilfe
4125 können hier technologische Innovationen schaffen: Sensoren und KI können
4126 Temperaturschwankungen und für Hitzeinseln anfällige Gebiete heutzutage frühzeitig erkennen und
4127 darüber hinaus Gegenmaßnahmen simulieren.

4128 **7.4.9 Emissionsneutrales / ökologisches Wohnen**

4129 Wir wollen den Ausbau der Photovoltaik in Köln ausweiten und beschleunigen. Dazu müssen
4130 zuvorderst städtische Liegenschaften nachträglich mit PV-Anlagen versorgt werden und gesetzliche
4131 Hürden abgebaut werden, um beispielsweise Mieterstrom zu vereinfachen. In Zeiten hoher
4132 Energiepreise ist das eigene Stromerzeugen mit kleinen PV-Anlagen besonders attraktiv. Zudem
4133 sollte Köln sich aufgrund mangelnder Flächen für Windkraft ambitionierte Ziele im PV-Ausbau setzen
4134 und nichts geringeres als Solarstadt Nr. 1 werden.

4135 Emissionseinsparungen fangen jedoch schon beim Bau an. In Köln müssen Möglichkeiten des
4136 lokalen Baustoffrecyclings geschaffen werden, um die Wiederverwendung von Beton, die nur vor

4137 Ort sinnvoll ist zu ermöglichen. Grundsätzlich sollen öfter bestehende Grundmauern erhalten
4138 werden, anstatt Gebäude vollständig abzureißen und neu zu bauen.